

POLITIK

Arbeitsmarkt: Eine positive Entwicklung ist nach Ansicht des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke (Foto), in 1987 auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Die Trends von 1986 ließen hoffen. (S. 8)



DDR: 22 Mitglieder des Ost-Berliner „Öko-Kreises“ haben sich bei SED-Chef Honecker für die Freilassung zweier Mitglieder der Friedensbewegung eingesetzt. Sie hatten westliche Rundfunk-Mitschnitte zum Thema Tschernobyl weiterverbreitet.

Anreise: Der in Breslau lebende Dichter Lothar Herbst hat nach langen Bemühungen und mehreren Ablehnungsbescheiden von Warschau die Erlaubnis erhalten, sich in Lübeck einer augenärztlichen Behandlung zu unterziehen.

Terrorismus: Nach dem Fund eines umfangreichen Waffenlagers bei Paris hat die Polizei bis zum Wochenende sechs Verdächtige aus dem Nahen Osten festgenommen. Darunter sind auch zwei syrische Regimegegner.

Kuba: Der nach 21 Jahren Haft freigelassene kubanische Regimekritiker Gutierrez Menoyo ist in Madrid eingetroffen. Castros früherer Kampfführer war 1965 unter dem Verdacht der Zusammenarbeit mit dem CIA zunächst zum Tod verurteilt worden.

Nigeria: Einer der Vizepräsidenten des Schweizer Chemie-Konzerns Ciba-Geigy, Hans-Rudi Urscheler, ist auf einer Geschäftsreise in Nigeria erschossen worden. Das Attentat ereignete sich in der Nähe des Flughafens Lagos.

Südafrika: In einem Schwarzen-Vorort der Hafenstadt Port Elizabeth haben Schwarze einen Landsmann lebendig verbrannt. Die Polizei vermutet, daß es sich um einen politisch motivierten Racheakt handelt, dessen Hintergründe noch unbekannt sind.

Brandanschläge: In mehreren Kaufhäusern und Geschäften in den Hamburger Stadtteilen Barmbek und Bergedorf sind am Sonntag Brände ausgebrochen, die offenbar durch Brandsätze mit Zeitzündern verursacht wurden.

Studenten in Schanghai rufen nach Demokratie und Freiheit

„Das Volk läßt sich nicht versklaven“ / Bevölkerung unterstützt Proteste

DW/jhe. Peking

Die größten Demonstrationen in China seit dem Ende der Kulturrevolution vor zehn Jahren sind nicht auf die Studenten der Hafenmetropole Schanghai beschränkt geblieben: Sie gewannen durch die Unterstützung aus der Bevölkerung an Dynamik. Der Ruf der Hochschüler nach Freiheit und Demokratie wurde in Schanghai von einer begeisterten Menschenmenge aufgenommen. Die Massenkundgebungen, die am Donnerstag begonnen hatten, gingen gestern weiter. Am Samstag waren bis zu 70 000 Menschen auf den Straßen. Es wurden Parolen wie „Im Kampf bestehen wir“, „Es lebe die Demokratie“, „Gebt uns Freiheit“ und „Wir wollen Recht, kein autoritäres Regime“ laut. Gestern versuchten die Studenten, ihre Forderung nach einer weltweiten Beachtung der Proteste durch einen Marsch zum US-Konsulat zu unterstützen.

Ein Studentenfürer rief seine Kommilitonen zu: „Öffnet eure Augen. Wir werden alle unterdrückt. Vielleicht kommt die Polizei und löst unsere Veranstaltung auf, aber das

chinesische Volk läßt sich nicht versklaven.“ Ohne Demokratie und Pressefreiheit werde China einfach nicht schnell genug vorankommen.

Die Demonstranten forderten von dem Bürgermeister der zwölf-Millionen-Stadt, Jiang Zemin, die Proteste als legal anzuerkennen. Dies sei ihnen zunächst auch zugesichert worden, sagten Studentenvertreter. Später habe der Bürgermeister jedoch rund 200 Demonstranten festnehmen lassen.

SEITE 5:
Streit verschärft sich

Dutzende von Demonstranten seien zusammengeschlagen worden. Ein Sprecher der Stadtverwaltung dementierte die Festnahmen, räumte jedoch ein, Straßenblockaden stellten eine Verletzung der Gesetze dar.

Jiang, der als „fortschrittlich“ gilt und die Wirtschaftsreformen von Deng Xiaoping unterstützt, hatte bereits am Freitag zu den Studenten gesprochen und erklärt, es liege nicht in seiner Macht, Pressefreiheit zu gewähren. Deng hatte Reformen in Aussicht gestellt, jedoch betont, daß da-

bei langsam vorgegangen werden müsse.

Ein japanischer Journalist berichtete, die Unmutsausdrücke hätten sich zum Teil an trivialen Anlässen wie der Qualität des Mensaessens entzündet und seien anschließend in Demonstrationen für demokratische Reformen übergegangen. Studenten sagten, es hätte sich auch deshalb Wut angestaut, weil die Polizei zwei Kommilitonen verprügelt habe, die bei einem Konzert der amerikanischen Pop-Gruppe „The Beach Boys“ auf die Bühne gegangen waren.

Die Demonstrationen setzen Befürworter und Gegner von Reformen gleichermaßen unter Druck. Partei-ideologen um Chen Yun und Peng Zhen sträuben sich gegen den Reformkurs Dengs. Vor dem Nationalen Volkskongreß hatte Peng erst kürzlich die studentischen Forderungen als Versuch abgekanzelt, die „bürgerliche Demokratie“ einzuführen. „Als leuchtete der Mond der kapitalistischen Gesellschaft heller als unsere Sonne“, rief er aus und verteidigte das Prinzip von der Überlegenheit der „sozialistischen Demokratie“.

Bonn verteidigt Hilfen für Airbus

Amerikanische Kritik zurückgewiesen / WELT-Gespräch mit Staatssekretär Grüner

W. FURLER, Bonn

Die Bundesregierung hat die Unterstützung des Airbus gegen amerikanische Kritik verteidigt. US-Handelsrepräsentant Clayton Yeutter hatte die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Frankreich vor einem Handelskrieg gewarnt, der aus der Subventionierung des Airbus entstehen könnte.

Dazu erklärte der Parlamentarische Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums, Martin Grüner, gegenüber der WELT, daß die deutschen Subventionen für das Airbus-Programm mit den Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt völlig in Einklang stünden. Grüner verwies darauf, daß die Zuschüsse rückzahlbar seien. Die Bonner Linie laute unverändert, das Airbus-Programm so rasch wie möglich in die Verantwortung privater Unternehmen zu überführen und es durch eine Erweiterung der privaten Kapitaldecke auf eine breitere Basis zu stellen. Dies sei den Verantwortlichen in Washington in etlichen Ge-

sprächen verdeutlicht worden, und die Reaktionen der Amerikaner seien, auch wenn dieses Ziel noch nicht erreicht wurde, durchaus positiv gewesen.

Doch der Druck auf die US-Administration im Zusammenhang mit dem hohen Handelsbilanzdefizit gebe zu besonderer Vorsicht Anlaß, erklärte Grüner. So seien die jetzigen Airbus-Vorwürfe nicht als Einzelfall zu werten, sondern paßten in die Ge-

SEITE 2:
Handels-Luftkrieg

samtlinie, wie die Differenzen um die deutschen Werkzeugmaschinenexporte und der Agrarkonflikt mit der EG zeigten. Umso intensiver bemühe sich Bonn um die Fortsetzung der Gespräche mit Washington über das Airbus-Problem, und zwar auf europäischer Basis, auch wenn es keinen neuen Sachverhalt gebe, und sich an der Lage nichts verändert habe.

Die Bundesregierung habe sich dabei stets bemüht, die Airbus-Finan-

zierung offenzulegen. Gleichzeitig sei aber darauf verwiesen worden, daß die amerikanischen Flugzeughersteller in Teilbereichen „absolute Monopolisten“ seien (gemeint ist insbesondere Boeing mit seinem Jumbo Jet 747) und gerade mit Blick auf die zivile Luftfahrt einen enorm starken Markt in Europa hätten.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat die Bereitschaft der Bundesregierung zu Hilfen für die Airbus-Industrie angedeutet. In einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ sagte Stoltenberg, es gebe Argumente dafür, von 1988 an bestimmte Bürgschaften, die der Bund bisher gegeben habe, in Zuschüsse umzuwandeln. Als unverzichtbar nannte Stoltenberg aber einen stärkeren Beitrag der Industrie. Die Arbeitsteilung könne nicht so sein, daß die führenden ertragsstarken Industrieunternehmen durch Beteiligung an Unternehmen der Luftfahrtindustrie modernste technologische Erkenntnisse übernahmen und der Staat die ganze Rechnung zahle.

Sacharow: Ich gebe den Kampf nicht auf

Erwartet Kreml vom Nobelpreisträger politische Unterstützung? / Tataren-Führer freigelassen

DW. Moskau/Bonn

Der sowjetische Atomphysiker Andrej Sacharow und seine Frau Jelena Bonner wollen heute abend mit dem Zug die 400 Kilometer lange Reise von Gorki nach Moskau antreten. Sacharow war, wie sich erst am Wochenende herausstellte, bereits am Dienstag von Generalsekretär Michail Gorbatschow telefonisch über die Aufnahme der Verbannung unterrichtet worden. Von dem Gespräch des Parteichefs mit dem prominentesten Bürgerrechtler berichteten die in den USA lebende Stieftochter Sacharows, Tatjana Jankeljewitsch, und der in Köln wohnende Schriftsteller Lew Kopelew. Beide hatten am Wochenende mit Sacharow telefoniert.

Kopelew zitierte Sacharow: „Am 15. abends, als wir gerade zu Bett gehen wollten, kam ein Agent des KGB zum Haus, begleitet von zwei Technikern, die das Telefon wieder anschlossen. Der KGB-Agent sagte mir, am nächsten Tag werde gegen 11 Uhr morgens ein wichtiger Telefonanruf kommen. Natürlich bin ich in

der Nähe des Telefons geblieben, aber niemand hat angerufen, bis um 15 Uhr. Als ich dann den Hörer abnahm, sagte jemand: „Sie werden jetzt mit Gorbatschow sprechen.“ Gorbatschow habe gesagt: „Kommen Sie zurück und widmen Sie sich patriotischen Tätigkeiten.“

Jankeljewitschs Mann Effrem vermutet, daß sich Moskau von der Begnadigung die Unterstützung offizieller Positionen im Bereich der atoma-

SEITE 3:
Unmut in der Steppe

ren Abrüstung durch Sacharow verspricht. Zeitungen hatten den Physiker Anfang des Jahres gebeten, über Abrüstung zu schreiben. Sacharow hatte geantwortet, er werde dies nicht tun, solange er verbannt sei.

Der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Gurij Martschuk, hat Sacharow in Gorki besucht und ihm nahegelegt, eine konstruktive Haltung zu den „enormen positiven Veränderungen“ einzunehmen. Sacha-

row, so seine Tochter Tatjana, habe jedoch geantwortet, er könne dem nicht zustimmen. In seinem ersten Telefoninterview aus dem Verbannungsort Gorki mit dem israelischen Rundfunk bekräftigte Sacharow seine Haltung: „Soweit es von mir abhängt, beabsichtige ich, immer zu sagen, was ich denke, weil ich das für richtig und notwendig halte.“

Kopelew sagte nach dem Telefonat: „Ich sage heute: Laßt uns Gorbatschow helfen. Was er macht, macht er gut. Ich glaube nicht an Emotionen, ich glaube an seinen Verstand, an seinen Fortschrittswillen.“

Unterdessen ist der Tataren-Führer Mustafa Dschemilew aus einem Lager in Sibirien entlassen worden. Dschemilew, der 18 Jahre in Unfreiheit verbracht hat, darf nach Taschkent, der Hauptstadt Usbekistans, zurückkehren. Stalin hatte die Krimtataren 1944 wegen Kollaboration mit Deutschland nach Mittelasien deportieren lassen. Obwohl 1987 rehabilitiert, durften sie nicht zurückkehren.

DER KOMMENTAR

Krise und Umbruch

CARL GUSTAF STRÖHM

Der Chef des Regimes griff zum Telefon und rief den seiner Freiheit beraubten (geistigen) Chef der Opposition an, um ihm seine Freilassung mitzuteilen. Der Chef der Opposition bedankte sich, forderte aber den Chef des Regimes auf, auch alle anderen politischen Gefangenen zu befreien. Der Chef des Regimes sagte, man werde sehen - und im übrigen seien „viele“ doch bereits freigelassen. Darauf der Sprecher der Opposition: „Nicht einige, sondern alle müßten befreit werden.“

Dieser Dialog zwischen Michail Gorbatschow und Andrej Sacharow klingt wie ein Märchen - und ist doch Realität. Er verrät eine Situation der Krise und des Umbruchs, in der sich die Sowjetunion heute befindet. Denn zum erstenmal in der sowjetischen Geschichte hat der Chef des Regimes anerkannt, daß einer der wichtigsten, wenn nicht gar der wichtigste Oppositionelle des Landes, nicht als „antisowjetischer Verbrecher“, sondern als patriotischer Bürger anzusehen ist. Aber Gorbatschow braucht in den

schweren inneren Kämpfen, die ihm bevorstehen, die Unterstützung der liberalen, undogmatischen, auch oppositionellen Intelligenz. Auch die Vorgänge in Kasachstan haben bewiesen, daß das sowjetische Riesengebiet turbulenten Zeiten entgegengehen könnte. Gorbatschows Dilemma ist: Versucht er etwas Neues, stößt er auf heftigen Widerstand. Die Fortsetzung des bisherigen Kurses aber würde die Sowjetunion auf lange Sicht zu einer zweitrangigen Macht, ja, zu einem Entwicklungsland degradieren.

Während sich in der Sowjetunion von Kasachstan bis Gorki geradezu revolutionäre Veränderungen ankündigen, demonstrieren in Shanghai tausende von chinesischen Studenten für mehr Demokratie und in Belgrad weigert sich die Akademie der Wissenschaften unter Berufung auf Demokratie und wissenschaftliche Freiheit, den Befehlen der jugoslawischen Partei nachzukommen. Die kommunistischen Systeme stoßen überall auf die Grenzen, die im Wesen der menschlichen Natur liegen.

In der Union Uneinigkeit über Meldepflicht bei Aids

München: Immunschwäche nicht nur bei Randgruppen

DW. Köln

In der Union ist ein Meinungsstreit darüber entbrannt, ob für Aidskranke eine Meldepflicht eingeführt werden soll. Zudem gibt es in der CSU offenbar unterschiedliche Vorstellungen über die effektivste Art der Vorbeugung. Die Differenzen betreffen nicht nur die grundsätzliche Einführung einer Meldepflicht, sondern auch den Personenkreis, den diese erfassen sollte. Peter Gauweiler, Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, nannte eine zumindest anonyme Meldepflicht als Voraussetzung für eine Bekämpfung der Immunschwäche, während Bundesgesundheitsminister Rita Süsmuth bei der Ablehnung einer solchen Maßnahme bleibt.

Gauweiler geht davon aus, daß Aids nicht nur in Rand- und Risikogruppen vorkommt und hält die Aussage von einem Teil der Experten, nur eine Minderheit der Infizierten erkrankt tatsächlich, als eine Fehleinschätzung. Weil die Ausbreitung der bislang stets tödlich verlaufenden Infektion nur durch konsequente Hygiene- und Schutzmaßnahmen bekämpft werden könne, müßten die Ansteckungswege abgeschnitten

werden. Dies setze die Information über die Ausbreitung voraus. „Es bedarf deshalb dringend einer bundeseinheitlich geregelten Meldepflicht - mindestens in anonymen Form - an das unter der ärztlichen Schweigepflicht stehende örtliche Gesundheitsamt“, so Gauweiler im „Express“.

Demgegenüber sprach sich Kurt Falkhauser, der Gesundheitsexperte der CSU, für eine begrenzte Meldepflicht aus, die die Risikogruppen betreffen soll: Straßengänge, polizeilich registrierte Rauschgiftsuchende, Prostituierte sowie Berufsgruppen, die mit Blut in Kontakt kämen, wie Ärzte. In einem Anti-Aids-Gesetz müßte für diese Gruppen ein Aidsstest verbindlich gemacht werden, so Falkhauser in der „Bild am Sonntag“.

Rita Süsmuth hatte in einem WELT-Gespräch (WELT v.16.12.) die Ablehnung einer Meldepflicht damit begründet, daß sich dann weniger Bürger als bisher freiwillig einem Aidsstest unterziehen. Nur mit Aufklärung und Vorsicht beim Geschlechtsverkehr könne Aids bekämpft werden.

Genscher sieht Signal Moskaus

DW. Bonn

Bundesaußenminister Genscher hat die Aufhebung der Verbannung für den Regimekritiker Sacharow auch auf eine verantwortungsbewußte aber nicht provokatorische westliche Menschenrechtspolitik zurückgeführt. Hier zeige sich der Wille von Parteichef Gorbatschow, die Gesellschaft zu öffnen und zu modernisieren, so Genscher in der „Bild-Zeitung“. Die Entscheidung des Kreml passe zu dessen Haltung bei der Konferenz über Familienzusammenführung im Rahmen der KSZE.

Aufgabe für Glotz in Südbayern?

DW. München

Nach dem überraschenden Rücktritt des südbayerischen SPD-Bezirksvorsitzenden Jürgen Böddrich (53) haben Mitglieder des geschäftsführenden Bezirksvorstands bereits SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz zur Kandidatur für dieses Amt auf dem nächsten ordentlichen Parteitag im Oktober 1987 aufgefordert. Glotz sagte dazu: „Das wäre sicher eine reizvolle Aufgabe“. Er könne darüber aber erst nach der Bundestagswahl am 25. Januar entscheiden. Seite 4: Außer Rand und Band

UNO verabschiedet ein umfassendes Sparprogramm

Perez de Cuellar: Schwerste Finanzkrise noch nicht beendet

DW. New York

Die 41. Generalversammlung der Vereinten Nationen ist am Wochenende mit der Verabschiedung eines Reformpakets für die Finanzen der Weltorganisation beendet worden. Es sieht umfassende Sparmaßnahmen und Haushaltsreformen vor, mit deren Hilfe die Zahlungsfähigkeit der Weltorganisation erhalten werden soll. Sie sollen zudem bewirken, daß die Vereinigten Staaten wieder einen vollen Finanzbeitrag zum UNO-Haushalt leisten. In einer ersten Stellungnahme aus Washington hieß es, daß das Weiße Haus durch den Beschluß der Vollversammlung in die Lage versetzt werde, den Kongreß um die Freigabe der zurückgehaltenen Mittel zu ersuchen.

Den Haushaltsbeitrag der USA für 1986 in Höhe von 210 Millionen Dollar hatte der Kongreß auf hundert Millionen Dollar gekürzt. Er hatte dies mit Mißwirtschaft und damit begründet, daß die großen Beitragszahler keinen Einfluß auf den Haushalt hätten. Dieser werde vielmehr von einer Mehrheit kleinerer Staaten kontrolliert, die

nur einen Bruchteil zu den Finanzen der UNO beitrügen.

Wichtigster Bestandteil der Resolution ist eine Übereinkunft, daß der Programm- und Koordinationsausschuß seine Beschlüsse künftig im Konsens fassen muß. Dies gibt den 21 Mitgliedern des Ausschusses praktisch ein Vetorecht und den USA damit ein größeres Mitspracherecht. Auch nach den beschlossenen Sparmaßnahmen stehe die UNO vor der schwersten Finanzkrise ihrer Geschichte, sagte Generalsekretär Javier Perez de Cuellar. Am Jahresende seien genau zehn Millionen Dollar auf der Bank. Dies reiche gerade aus, die Geschäfte fünf Tage lang weiterzuführen.

Im Rahmen des Sparprogramms sollen 25 Prozent der höheren UNO-Posten gestrichen werden. Insgesamt beläuft sich die Personal Kürzung auf 15 Prozent. Damit können jährlich 80 Millionen Dollar eingespart werden. Nachträgliche Haushaltsveränderungen sollen in Zukunft auf einen bestimmten Prozentsatz des Budgets beschränkt bleiben.

Heute in der WELT

Raissa Maximowa Gorbatschowa

In London wollte sie von Premierminister Thatcher wissen, wo diese denn ihre schönen Ohrringe her habe. Prompt kaufte sie sich das gleiche Ohrgehänge. In Reykjavik charakterisierte sie kühn das sowjetische Außenministerium, als ihr die Besichtigungstour zu vollgepfropft erschien: „Die planen und planen, dann ändern sie alles“. Egal, wohin der sowjetische Parteichef reist, Raissa Maximowa Gorbatschowa ist immer dabei. Ein Porträt von Rose-Marie Borngäßer. Seite 5

WIRTSCHAFT

Erdöl: Die Fachminister von zwölf der 13 Opec-Mitgliedsstaaten haben sich am Wochenende, am 10. Tag ihrer 80. Konferenz, mühsam auf die Festlegung neuer Förderquoten und Preise geeinigt. Danach will das Kartell in den ersten sechs Monaten 1987 insgesamt 15,8 Millionen Barrel täglich fördern, bei einem Richtpreis von 18 Dollar pro Barrel. (S. 9)

Sozialgesetz: In einem stürmischen parlamentarischen Wetlauf vor Beginn der Parlamentsferien hat die französische Regierung ein Veto von Präsident Mitterrand umgangen und flexiblere Arbeitszeitregelungen verabschiedet lassen. Der sozialistische Präsident hatte sich geweigert, die Neuregelung auf dem Verordnungsweg abzuzeichnen. (S. 2 und 9)

KULTUR

„Weihnachtstod“: Franz Xaver Kroetz bekannte: „Ich bin ein altes Theaterpferd“, und er bewies dies jetzt im Werkraum der Münchner Kammerspiele mit der Uraufführung seines „Bayerischen Requiem“. Es ist ein Volksstück, ein Rückgriff auf alte Dramaturgie des Wohnkuchens. Kroetz strahlt glücklich. (S. 15)

Opern: Zwei Premieren zu Weihnachten - „Turandot“ in Berlin und „Rigoletto“ in Hamburg. Musik-Theater an der Alster, jene Krisen-Produktion, die zum Höhepunkt hatte werden sollen. Sie wurde vom Publikum bejubelt und leicht umhüllt. An der Spree Betroffenheit; auch chinesische Höflichkeit wurde versagt. (S. 15)

SPORT

Ski Alpin: Nach 1979 gab es wieder einen Salom-Sieg für den Deutschen Ski-Verband (DSV): Armin Bittner aus Krün (Foto) gewann den vierten Weltcup-Salom dieser Saison im österreichischen Hinterstoder. (S. 12)

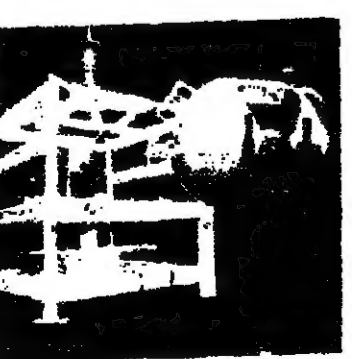


Tennis: Nur 49 Minuten brauchte Steffi Graf, um bei den nationalen Hallenmeisterschaften in Mainz mit einem 6:3, 6:3 gegen Heike Thoms (Flensburg) den Titel zu gewinnen. Herren-Meister wurde Patrick Kühnen. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Fahnder: Mit Hilfe von Sonargeräten und eines kleinen, mit TV-Kamera und Kleinbildkamera ausgerüsteten Unterwasser-Roboters (Foto) ist es jetzt erstmals gelungen, in einem Seegebiet nordwestlich von San Francisco einen

Fall von „Fahnder“ auf See eindeutig aufzuklären. (S. 16)



Alfred Leck: Der 48 Jahre alte Gewaltverbrecher, der drei Monate nach seiner Flucht aus der Bonner Universitäts-Klinik auf der Nordsee-Insel Sylt von einem Spezialkommando der Polizei überrascht und festgenommen worden war, befindet sich nun wieder in Händen der nordrhein-westfälischen Justiz. (S. 18)

Verkehr: Der Winter droht; Glätte, Stürmböen, Schnee- und Regenschauer haben den vorweihnachtlichen Verkehr in vielen Gebieten der Bundesrepublik empfindlich behindert. Auch der Streik der französischen Lokführer wirkte lähmend. (S. 16)

Leserbriefe und Personalien
Fernsehen
Pankraz
Wetter: Dauerfrost

Seite 7
Seite 14
Seite 15
Seite 16

„Dohnanyi mußte mit den Ausschreitungen rechnen“

Straßenschlacht bei Demonstration um besetzte Häuser

UWE BAHNSEN, Hamburg

Bei den schweren Zusammenstößen, die sich am Samstag während einer Protestdemonstration gegen die Räumung der ehemals besetzten Häuser in der St. Pauli-Hafenstraße in der Hansestadt ereigneten, sind nach möglicherweise immer noch unvollständigen Angaben der Polizei und des Veranstalter GAL 93 Polizisten und 31 Demonstranten verletzt worden. Zu der Demonstration hatten insgesamt 25 Gruppen aufgerufen, darunter neben der GAL auch die Jungsozialisten, die DPK und Friedensinitiativen.

Nachdem die Demonstration zunächst friedlich verlaufen war, kam es in der Nähe des Straßenzustellbäudes zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und einem „revolutionären Block“ von rund 1000 potentiellen Gewalttätern.

von denen die meisten Schutzhelme tragen oder vermutet waren.

Innensenator Pawelczyk (SPD), der Veranstalter warfen sich nach der Demonstration gegenseitig vor, Vereinbarungen nicht eingehalten und dadurch die Auseinandersetzungen ausgelöst zu haben. Der CDU-Fraktionsvorsitzende in der Hamburger Bürgerschaft Penschau hielt dem Senat vor, die Demonstration genehmigt zu haben. „Die schweren Ausschreitungen waren vorhersehbar. Die beiden Bürgermeister Dohnanyi und Pawelczyk wußten das.“ Der Senat habe die im Versammlungsgesetz enthaltenen rechtlichen Möglichkeiten nicht genutzt, „um diese Herausforderung des Rechtsstaates zu unterbinden“, und stattdessen die „Gefährdung unschuldiger Menschen in Kauf genommen“. Seiten 2 und 3: Weitere Berichte

Ein Plädoyer für Nationalbewußtsein

DW. Bonn

Bundespräsident von Weizsäcker hat sich für ein ruhiges, geklärtes nationales Bewußtsein ausgesprochen. Die Zeit des Nationalismus sei überwunden, sagte Weizsäcker in einem ZDF-Interview. Mit Blick auf den Nationalsozialismus erklärte Weizsäcker, für die Jugend gebe es „absolut nicht darum, dauernd das Kreuz zu tragen“. Aber „alle jungen Menschen können im Umgang mit sich und mit Gleichaltrigen im Ausland ein Stück Befreiung dadurch erleben, daß sie eben offenen Auges in jede Richtung der Geschichte blicken“. Weizsäcker lobte das Auftreten Boris Beckers. Wie er sich im US-Fernsehen zu der Vergangenheit geäußert habe, sei beispielhaft. Man habe Becker besonderen Respekt entgegengebracht, weil er gesagt habe, „mache ich verantwortlich in seinem Auftreten, zu wissen, wie sich die Geschichte entwickelt habe.“ Seite 8: Zwei Systeme

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wessen Erfolg?

Von Uwe Bahnsen

Was ist ein Erfolg? Nach der jüngsten Lesart des Hamburger Innensenators Alfons Pawelczyk ist dieser Begriff anzuwenden auf den Verlauf einer Großdemonstration durch das Menschengewühl der Innenstadt mit rund 10 000 Teilnehmern, die mit 93 verletzten Polizeibeamten und 31 blessierten Demonstranten bei zugegebenermaßen vergleichsweise geringen Sachschäden endet.

Immer wieder muß zur Beruhigung der aufgebrachtsten Öffentlichkeit die „Rechtslage“ herhalten – so auch jetzt, als es darum ging, ob die von der GAL angemeldete Demonstration in Sachen Hafenstraße vom Senat verboten werden könnte. Dohnanyi und Pawelczyk haben das verneint unter Hinweis auf den Brokdorf-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts.

Aber für die Beurteilung dieser Frage gilt, was für das gesamte Problem Hafenstraße, diese mittlerweile schwärende Wunde am Organismus der Hansestadt Hamburg, zutrifft: Der Innensenator und die ihm unterstellte Polizei haben für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Was muß eigentlich noch passieren, bis endlich auch in der Hafenstraße das Gesetz angewendet wird? Und wie viele zur Gewalt entschlossene Teilnehmer müssen der Innenbehörde avisiert werden, bis eine Demonstration verboten wird? Ist der Brokdorf-Beschluß tatsächlich, wie seine Kritiker seinerzeit vermuteten, ein Freibrief für Gewalt?

Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut. Aber die Unversehrtheit von Müttern und Kindern, denen Gewalttäter Kanonenschläge vor die Füße werfen, ist es auch. Man muß das unglaubliche Staunen der mit ihren Weihnachtseinkäufen beschäftigten Menschen gesehen haben, die mitten im Demonstrationszug, in trauter Gemeinsamkeit mit den verummten Gewalttätern, eine offizielle Abordnung der Hamburger Jungsozialisten entdeckten. An einen solchen Anblick werden sich diese Hamburger erinnern, wenn sie am 25. Januar in der Wahlkabine stehen. Die Parteiführung hat ihre Junggenossen mit keinem Wort zurückgepfiffen. Die GAL kann zufrieden sein. Sie hat gezeigt, was man mit der SPD alles machen kann.

Handels-Luftkrieg

Von Gerd Brüggemann

In dem seit langem schwelenden Handelskrieg mit ihren europäischen Alliierten wollen die Amerikaner jetzt offenbar eine Front wiederbeleben, an der es in letzter Zeit etwas ruhiger gewesen war: in der Flugzeugindustrie. Die starken Worte, mit denen der Handelsbeauftragte der amerikanischen Präsidenten, Clayton Yeutter, am Wochenende die am Airbus beteiligten europäischen Regierungen aufforderte, sich zu den Subventionsvorwürfen der Amerikaner zu äußern, sind in der Sache nicht neu. Sie sind seit vielen Jahren hin- und hergewendet worden.

Die Europäer halten den Amerikanern entgegen, ihre Flugzeugindustrie sei gleichfalls, nämlich durch militärische Programme, subventioniert, und im übrigen seien die Regierungszahlungen für den Airbus bedingt rückzahlbar. Nun glaubt zwar niemand ernstlich daran, daß mit solchen Rückzahlungen vor dem St. Nimmerleinstag begonnen werden kann. Aber das wissen auch die Amerikaner seit langem.

Deswegen überrascht eigentlich der Zeitpunkt der Yeutter-Attacke. Um so mehr, als die Klagen der amerikanischen Flugzeugbauer Boeing und McDonnell-Douglas über die staatliche Konkurrenz aus Europa in jüngster Zeit eher etwas leiser klingen, was damit zu tun hat, daß ihre Auftragsbücher, vor allem die von Boeing, mehr als voll sind.

Man muß die Ausführungen des US-Handelsbeauftragten deswegen in die richtige Perspektive rücken. Sie sind nicht so branchenbezogen, wie es den Anschein hat, sondern eher einer der zahlreichen Versuche der Amerikaner in schwieriger handelspolitischer Lage, die Europäer an ihre Mitverantwortung für den Funktionieren des Welt Handels zu erinnern.

Daß dies auch im Interesse der Europäer, vor allem aber der Deutschen, liegt, deren wirtschaftliches Wohlergehen in so großem Maße vom Außenhandel abhängt, ist offensichtlich. Schuldvorwürfe an die Adresse der Amerikaner und Selbstgerechtigkeit, wie man sie oft in Europa hört, dienen der Sache nicht, auch wenn man einräumen muß, daß Tonfall und Wortwahl der Amerikaner ihren Anliegen gleichfalls nur selten hilfreich sind.

Zerreißprobe

Von Peter Ruge

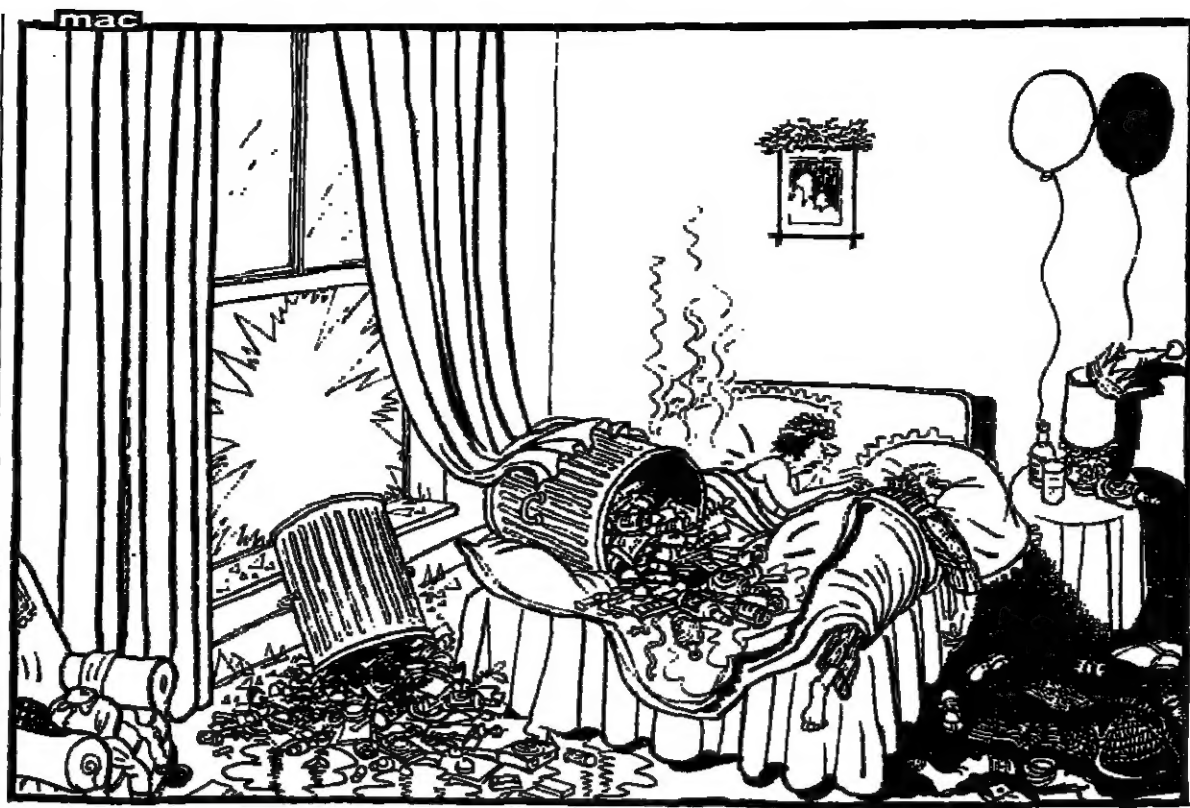
Zum dritten Mal sagte Frankreichs Staatspräsident zu einem Reformvorhaben der Regierung „nein“. Mitterrand lehnte die Ordinance über die Arbeitszeitregelung ab. Die anderen Verwaltungsanordnungen Jacques Chiracs über die Umstellung der Arbeitsvermittlung und die Hilfen zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit in diesem Paket ließ er dagegen im Ministerrat passieren – er will ja nicht als Störenfried gelten, er schreitet doch nur dann ein, wenn ein Vorhaben seiner Meinung nach „dem sozialen Fortschritt nicht dienlich“ ist.

Das war so bei den Ordonanzen über die „Privatisierung“ und die „Wahlkreisreform“. Beide Male blieb der Regierung der Weg über das Parlament offen. Und beide Male wurde dem Einspruch des sozialistischen Präsidenten dadurch Rechnung getragen, daß die bürgerliche Mehrheit Abstriche machte. Die Franzosen waren überwiegend zufrieden. Die „Cohabitation“ wurde in ihrem Augen zum idealen Führungsgespann, da sie Machtgeüsten jeder Seite Grenzen setzte und weil in der Sache ein Mittelweg gesucht werden mußte.

Das dritte Nein des Präsidenten droht dieser scheinbaren Links-Rechts-Harmonie nun ein Ende zu bereiten: Mitterrand setzte nämlich Jacques Chirac mit seinem Reformwerk im sozialen Bereich unter Zeitdruck. Das Parlament vor der Weihnachtspause – da hätte eine eigene Gesetzesvorlage erst in der neuen Session im April eingebracht werden können. So griff die Regierung zur Hilfskonstruktion, die Ordinance als Änderungsantrag an ein Gesetzesvorhaben in der Nationalversammlung und im Senat „dranzuhängen“. Chirac paukte die Arbeitszeitregelung vor Toresschluß durch die Institutionen.

Niemand ist wohl bei diesem Ritt über die Seine. Das Selbstverständnis der Abgeordneten ist in Frage gestellt, der maschinelle Vorgang des Abstimmens quasi ohne Lesung hat die Opposition bereits den Verfassungsrat anrufen lassen.

Frankreich droht eine neue Krise. Das war es wohl, was Mitterrand wollte. Doch Jacques Chirac hat die Herausforderung diesmal angenommen. Die „Cohabitation“ ist zum ersten Mal einer Belastung ausgesetzt, die von beiden Seiten ausgeht – das muß nicht, aber es kann zum Bruch des Zusammenspiels an der Staatsspitze der V. Republik führen.



„Hast du eigentlich das Weihnachtsgeschenk für die Müllmänner hinausgestellt?“

Betonsozialismus ade!

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

In Frankreich hat der Massenauflauf von Studenten und Schülern die konservative Regierung gezwungen, das zügige Tempo ihrer liberalen Reformpolitik zu unterbrechen und eine Denkpause einzulegen. Was auch uns zu denken geben muß, ist die Tatsache, daß die Regierung und die Parteien von diesem Sturm völlig überrascht wurden. Noch im November hatte „Le Monde“ geschrieben: „Was sind sie doch vernünftig, die Studenten! Und wie übermäßig angepaßt sie sich geben!“ Wie dick- oder dünnhäutig sind hierzulande Regierungen und Parteien?

Anders als bei uns hat sich der Protest in Frankreich die Spontaneität eines Naturereignisses bewahrt. In unserem geteilten Vaterland kommen die ersten Signale zur Kampagne oft aus Ost-Berlin. Gegenwärtig verfestigt sich der Protest thematisch („Frieden“, „Atomenergie“, „Umwelt“) und organisatorisch (neue soziale Bewegungen, „Friedensbewegung“, zunehmender Parteikarakter der Grünen; bürgerkriegsähnlicher Schläger-Heerhaufen, der von einer Großdemonstration zu anderen wandert). Folglich läßt sich die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland eher unter Kontrolle halten als in Frankreich. Doch das kann sich im Nu ändern.

Gerade weil sich der außerparlamentarische Protest verfestigt, kann sich untergründig ein Hunger nach Spontaneität anstauen, der explodiert, sobald sich das solidarisierte Reizthema findet. Der Eindruck karriereorientierter Anpassung im Campus ist, wie man in Frankreich erlebt hat, kein Gegenbeweis. Alles spricht dafür, daß dann Regierungen und Parteien genauso überrollt werden wie in den sechziger Jahren von der Studentenrevolte.

Um so mehr haben wir Anlaß, genau hinzuschauen, wie sich in Frankreich der Massenauflauf spontan organisiert hat. Die Studenten und Schüler hatten überall „Vollversammlungen“ einberufen, Streikkomitees gebildet und Koordinationsausschüsse eingesetzt, die nach dem Modell des Räte systems funktionierten.

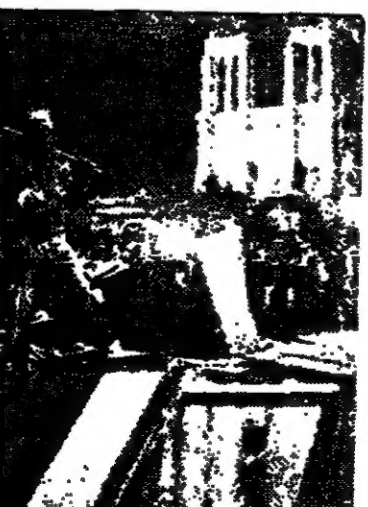
Dieses Netz von Aktionszentren reichte aus, die Massenaufläufe zu dirigieren; es reichte nicht aus, um gewalttätige Auseinandersetzungen zu verhindern. Ein Student erlitt den Tod. So schnell, wie sich die Aktionsstruktur herausgebildet hatte, so schnell verschwand sie wieder.

Wir kennen dieses „basidemokratische Aktionsmuster“ vom Herbst 1983. Inzwischen hat die Erfahrung gelehrt, daß diese Struktur zur Bildung eines politischen Willens und seiner Umsetzung in die Tat genügt, um den Protest auf die Straße zu bringen; sie genügt nicht, um verantwortliches politisches Handeln zu garantieren.

Zwei Erfahrungen aus Frankreich sollten wir sorgsam zur Kenntnis nehmen. Die erste: Es gingen Jahrgänge von Studenten und Schülern auf die Straße, die ihre Rebellion weder in der Kontinuität noch in irgendwelcher Nachfolge jener Jahrgänge vom blutigen Mai 1968 sahen. Sie sagten, sie hätten „keine Lust, die Geschichte zu wiederholen“.

Der Aufruhr im Mai 1968 war ideologisch. Der Massenprotest von 1986 empfand sich selbst – von Drahtziehern abgesehen – als „praktisch“ und „apolitisch“.

Die zweite Erfahrung: Das alte Links-Rechts-Schema beschreibt die Fronten nicht mehr zutreffend. Dazu Anmerkungen vom Revolutionsdiktator Daniel Cohn-Bendit, dem man Sachkenntnis



Gleichheit als „eine Portion Individualismus“: Barrikaden im Quartier Latin

zutrauen kann („Die Weltwoche“ vom 11. Dezember):

„Diese Bewegung will keine Theorie.“

„Diese Studenten wehren sich gegen bestimmte Gewaltvorstellungen, die sie mit 1968 identifizieren.“

„Das Proletariat existiert als solches in der Auseinandersetzung überhaupt nicht; die Studenten nehmen sich als gesellschaftliche Schicht wahr.“

„In Frankreich wird bewiesen, daß die ganze linke Intelligenz von dieser Art der Mobilisierung überrascht wird.“

„... das ist einerseits der Versuch, diesen alten Betonsozialismus abzuwerfen, andererseits diesen neuen rücksichtslosen Liberalismus zu verhindern.“

Der Vorwurf des rücksichtslosen Liberalismus bezieht sich auch darauf, daß im Gesetzentwurf zur Universitätsreform auf Auslese abgehooben wurde. Die Studenten werteten das als Verstoß gegen die Gleichheit und deshalb als einen Bruch der Moral. Cohn-Bendit sagte das so: „Das ist eine durch und durch moralische Bewegung, die das Problem der Gleichheit und der Gerechtigkeit in der ersten Person ganz ernst nimmt, ganz existentiell.“ Die Studenten und Schüler glauben sich gerechtfertigt, weil die Regierung die Gesetzesvorlage zurückgezogen und damit „auch eine Art von zivilen Ungehorsam legitimiert“ habe.

Dieses Erfolgserlebnis kann über die Grenzen Frankreichs hinaus ansteckend wirken. Auch der emotionale Ansatz, Gleichheit und Gerechtigkeit „in der ersten Person“, als eine „Portion Individualismus“, existentiell zu nehmen, kann zünden, wenn bei uns die nuancierte Abgrenzung von der betonsozialistischen Kollektiv-Gleichheit einerseits und dem formalen Gleichheits- und Legalitätsprinzip andererseits nicht von denen aufgegriffen wird, die dafür verantwortlich sind, daß sich die akademische Jugend nicht in einem Vakuum der Herzen und Hirne langweilt. Die Wende, die am 25. Januar ihre Bestätigung durch die Wähler sucht, bedarf der geistigen Führung.

IM GESPRÄCH M. Dschemilew

Führer der Krimtataren

Von Cornelia Gerstenmaier

Von den 137 000 im Zweiten Weltkrieg gegen die Deutschen kämpfenden Krimtataren fielen 57 000 an der Front. Unter dem Vorwurf der Kollaboration mit der deutschen Wehrmacht wurden die Krimtataren gleichwohl 1944 nach Usbekistan deportiert (von den rund 240 000 Deportierten kamen 110 000 ums Leben). Bis heute wird den Krimtataren die Rückkehr in ihre Heimat verweigert, ungeachtet eines Dekrets des Obersten Sowjets vom 28. April 1966, der sie vom Vorwurf des Landesverrats freisprach.

1984 begann eine starke Repatriierungsbewegung der Krimtataren, die faktisch die gesamte Volksgruppe umfaßt. Ihr Wortführer war der heute dreißigjährige Mustafa Dschemilew, der dafür mit dreizehn Jahren Freiheitsentzug bezahlt hat.

Im Alter von sieben Monaten ist er aus seiner Heimat deportiert worden. Vornehmlich wegen seiner Teilnahme an der nationalen Bewegung der Krimtataren, aber auch als aktiver Bürgerrechtler verbüßte Dschemilew sechs Freiheitsstrafen in Straflagern und in der Verbannung; in den kurzen Zeitspannen zwischen den Haftzeiten stand er unter Polizeiaufsicht.

1969 hatte er zu den Gründungsmitgliedern der „Initiativegruppe vom Schutz der Bürgerrechte in der UdSSR“ gezählt; dies führte wenige Monate später zu seiner zweiten Verurteilung. „Das Leben hat gezeigt“, sagte Dschemilew in seinem damaligen Schlusswort, „daß Willkür und Schweigen dem Land vielfältige Leiden gebracht und Millionen Menschenleben gekostet haben. Mit dem Eintreten für meine nationalen und staatsbürgerlichen Rechte habe ich seitens der Machthaber natürlich Repressionen und Verfolgung erwartet. Ich glaube jedoch, daß die ideale, für die ich eingetreten bin, nicht nur den Einsatz der Freiheit, sondern den des Lebens rechtfertigen.“

Während der darauffolgenden Lagerhaft wurde Dschemilew die Verbreitung „sowjetfeindlicher Verleumdungen“ zur Last gelegt; die Beweis-



Die ideale rechtfertigt den Einsatz des Lebens: Dschemilew

führung war indes durch den Umstand erschwert, daß Dschemilews Aufzeichnungen zwar in russischer Sprache, aber mit arabischen Buchstaben verfaßt bzw. krimtatarisch unter Verwendung des lateinischen Alphabets geschrieben waren. Als er 1976 in Omsk neuerlich vor Gericht kam, wurde der eigens angereiste Professor Sacharow zur Verhandlung nicht zugelassen.

Die letzte – sechste – Anklage warf Dschemilew unter anderem den (müßigen) Versuch vor, seinen verstorbenen Vater in dessen krimtatarischer Heimat zu beerdigen. Während der letzten Monate drohte Dschemilew eine siebente Verurteilung. Sie ist iudicialiter sogar gemeldet worden. Statt dessen entschlossen sich die Machthaber jetzt, nach abgelaufener Haftzeit, zur Freilassung.

Ähnlich wie Sacharows Rückkehr nach Moskau kann man auch diese Lösung wohl auf dem Hintergrund des bewußten Opferdes des Regimekritikers Anatolij Martschenko am 8. Dezember sehen. Mit Spannung erwartet die Öffentlichkeit, ob nun auch Korbjagin und die anderen noch inhaftierten Dissidenten freigelassen werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen beschäftigen sich mit der Freilassung Sacharows:

Frankfurter Rundschau

Sacharow und Alma-Ata zeigen, daß eine Gesellschaft, die sich wirklich verändern will, Unberechenbarkeiten riskieren und ertragen muß. Die falsche Entscheidung im Fall Kunjewa hat wahrscheinlich erst einmal den ukrainischen Parteichef Schtscherbitsky vor dem Sturz gerettet, da man in der UdSSR Angst vor weiteren Unberechenbarkeiten hat. Die Rückkehr Sacharows nach Moskau ist nun in ihren Folgen für die UdSSR nicht mehr zu bremsen.

Allgemeine Zeitung

Der Schatten des GULag, der unmenschlichen Straflager in Sowjetasien, vor allem aber das Brandmal der Sacharow-Tragödie belasteten alle Reformansätze. Gorbatschow, der erste diplomatische Jurist im Moskauer Politbüro seit Lenins Tagen, brachte immerhin fast zwei Jahre, um wenigstens das Los des weltbekannten Atomphysikers erleichtern zu können. (Mainz)

THE TIMES

Zusammengenommen verheißen all diese Entwicklungen Wandel, einen Wandel, der zugleich hoffnungsvoll und sehr verwirrend ist. Sie zeigen, daß die sowjetischen Medien offener geworden sind; sie belegen einige der inneren und internationalen Spannungen, mit denen die Sowjet-

union zu tun hat; und sie bestätigen, daß Gorbatschow um sein Ansehen und seine Darstellung in einer Weise bemüht ist, die seine Vorgänger nicht hatten. (London)

Die Presse

Gorbatschow erweist sich als Mann der Aktion. Die innerhalb weniger Stunden aus verschiedenen Teilen des Sowjetreiches kommenden Nachrichten deuten allerdings darauf hin, daß seine Entscheidungen weniger auf Veränderung, eher auf die Korrektur der schlimmsten Auswüchse abzielen. (Wien)

BERLINER MORGENPOST

Nur eilt zum Beispiel die Bundesregierung den Tatsachen weit voraus, wenn sie es begrüßt, daß das Ehepaar Sacharow wieder „ein normales Leben“ in Moskau führen könne. Sacharow ist die Ketten los, aber frei ist er keineswegs. Man gebe sich doch nicht der Illusion hin, daß dieser tapfere und unbestechliche Mann das Kreuz der Bespitzelung trägt, künftig frei und unbelehrt seine Meinung äußern könne.

DEISTER- UND WESERZEITUNG

Sacharow verdankt seine neu gewonnene Mini-Freiheit dem massiven, nicht nachlassenden Protest jener westlichen Menschenrechtsverteidiger, die von unserer Linken mit Vorliebe als Friedensstörer an den Pranger gestellt werden. (Hanneln)

Der Advent verheißt ein Paradies, aber kein irdisches

Gnade ist himmlisch, Ideologie ist gnadenlos / Von Georg Huntemann

Wer Paradiese auf Erden will, schafft letztlich die Hölle auf dieser Welt. Wo Politik zur Ideologie wird, gibt es nicht mehr den politischen Gegner, sondern den Erzfeind. Der geistige Nährboden für den Terrorismus wird dort bereitet, wo Politik zur unfähigen Heilslehre dogmatisiert wird. Protestantische Theologie ist an dieser Situation nicht unschuldig.

Der Züricher Sozialpsychologe Gerhard Schindtchen hat unlängst in dem Buch „Konfession – eine Nebensache?“ daran erinnert, daß „die großen politischen Umschwünge in Deutschland fast immer von den Protestanten eingeleitet und ausgelöst wurden. Der Transzendenzverlust der Protestanten führt zu einer starken Vergesellschaftung, diese automatisch zu einer Hinwendung zu den Parteien, die Gesellschaftliches gestalten wollen. Die unbehausten Protestanten suchen Geborgenheit in neuen Konsensstrukturen.“

Wirklich christlich motiviertes Handeln sieht diese Welt als eine

zweispaltige, gefallene Welt, in der Konflikte niemals so gelöst werden können, daß ein Paradies dabei herauskommt. Ein Paradies auf dieser Erde gibt es für den christlichen Glauben eben nicht. Christliches Handeln weiß, daß es im politischen wie im persönlichen Bereich auch keine „absolute Sicherheit“ gibt.

Wer nach dieser Sicherheit lechzt, hat die Zuversicht des Glaubens verloren. Sicherheit will die Ideologie, Zuversicht die christliche Glaubenswirklichkeit. Wer verantwortlich handelt, wird damit so oder so schuldig.

Im November 1942 fragte ein Oberleutnant den Theologen Dietrich Bonhoeffer, ob er als Christ Hitler erschießen dürfe. Bonhoeffer meinte dazu, daß er das Risiko selbst ganz allein zu tragen habe. Schuldlos könne er so oder so aus dieser Entscheidung nicht heraus. Er dürfe als Christ aber wissen, daß seine Schuld vergebene, eben getragene Schuld sei. Das ist keine unsittliche Leichtfertigkeit. Das

heißt auch nicht „auf Christi Kreuze zeichnen“, als ob alle Taten und Untaten mit dem Mantel der Liebe zugedeckt würden. Aber wer einen Konflikt in der Verantwortung vor dem Gebot Gottes wirklich durchkämpft, der darf die Zuversicht haben, daß der gerechte Gott auch ein gnädiger Gott ist.

Demnach ist die Wirklichkeit: Wir können gewichtige Entscheidungen nicht ausrechnen. Je ernsterhafter eine Entscheidung durchlitten wird, um so mehr weiß man, daß es da keine Sicherheit, sondern nur Zuversicht geben kann – gerade wenn man nach bestem Wissen und Gewissen entschieden hat. Gott, diese Welt und unser Leben sind nicht berechenbar.

Bonhoeffer schrieb während des Krieges in seiner nur als Fragment erhaltenen Ethik, daß derjenige, der sich der Verantwortung der Schuld entziehen wolle, sich aus der letzten Wirklichkeit menschlichen Daseins löse: „Er stellt seine persönliche Unschuld über die Verantwortung für die Menschen.“

Nicht nur der christliche Politiker, sondern auch der „einfache“ Christ in seinem Alltagsleben weiß, daß er in der Verantwortung als sündiger Mensch in einer zweispaltigen Welt immer nur im Vertrauen, im Wagnis und in der Gewißheit um die Vergebung handeln kann. Darum können christlich motivierte Politiker auch im politischen Gegner letztlich doch noch den Partner sehen.

Ein Politiker, der aus christlichem Geist handelt, kann so etwas wie Gnade in das Geschäft der Politik bringen. Als nach dem Siege Preußens über Österreich bei Königgrätz im Jahre 1866 der Wunsch obwaltete, man möge Österreich strafen, erwiderte der lutherische Christenmensch Otto von Bismarck, Strafe sei eine Sache Gottes, aber nicht des Politikers.

Ideologisch motivierte Politiker dieses Jahrhunderts haben durch ihre politischen Diktate und Diktaturen gnadenlos in diese Welt hineingewirkt, weil sie die christliche Tradition von Sünde, Schuld und

Gnade verneinten, weil sie nicht in der Offenbarung Gottes, sondern in ihrer eigenen Offenbarung den Maßstab allen Handelns und das Heil der Welt sahen.

Der innenpolitischen Situation in unserem Lande droht eine Vergiftung durch neue politische Heilslehren, in denen übrigens die alten politischen Ideologien unverkennbar weiterleben. Die radikale Lösung für das radikale grüne Paradies verheißt gnadenlose Zeit. Spannungen könnten dann schließlich nur noch unschönlich, letztlich sogar nur noch mit Gewalt ausgetragen werden.

Die Kirchen sollten heute warnen, daß der Mensch in seinem politischen Handeln nicht ohne Vertrauen, Wagnis und Vergebung, also ohne Gnade leben kann. Auf diese Weise könnte das Licht der Gnade auf unseren Meinungskampf fallen, könnte unsere Bundesrepublik vor dem Ideologismus der Pharisäer bewahrt werden. Professor Georg Huntemann ist Pfarrer zu St. Martin in Bremen.

Auch 1986 hat die Welt...
Bismarck sowohl bei...
Meisterschaft...
Meisterschaft, die...

In der Steppe regt sich Unmut gegen die Russen

Moskau ist nicht die Sowjetunion. In diesen Tagen bekommt der Kreml zu spüren, daß eine Zentralgewalt in einem Vielvölkerstaat mit Risiken lebt. Unruhen nach einem erzwungenen Wechsel an der Parteisitze in der Republik Kasachstan haben Widerstand gegen eine Russifizierung offenbart.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Die stündlichen Nachrichten in Radio Moskau verkünden an diesem vierten Adventssonntag stereotyp, daß das Politbüromitglied Michail Solomentzew, der seit vergangenen Freitag in Alma Ata weilte, sich gemeinsam mit dem neuernannten Parteisekretär, dem Russen Gennadij Kolbin, mit ansässigen Parteifunktionären getroffen habe. Er besuche Großbetriebe und habe auch die Universität von Alma Ata besucht. Für die normale Sowjet-Bewölkerung klingt es wie ein Routinebesuch in der Provinz.

Nichts, gar nichts verrät die Brisanz der Anwesenheit dieses ZK-Mitgliedes just zu dieser Zeit im fernen Kasachstan. Solomentzew ist „Spezialist“ für Parteikontrolle. Er wurde als Nothelfer und Beschwörtiger nach Alma Ata geschickt. Ihm obliegt es, für Ruhe zu sorgen. Er kennt diese Region, war lange Jahre in Karaganda, später in Alma Ata in der Parteiarbeit tätig.

Seit Donnerstag schwellen schwere Unruhen in dieser Region. Sie wurden ausgelöst durch die Absetzung des 74-jährigen Parteichefs Dinmuchaed Kunajew. Dieser wurde, wie Tass erklärte, auf dem ZK-Plenum der Partei von Kasachstan in Alma Ata „im Zusammenhang mit seiner Pensionierung“ von seiner Funktion als Erster Sekretär der Republik entbunden. Daß es sich umgeachtet des Alters von Kunajew um eine Absetzung handelte, wurde dadurch signalisiert, daß die Pensionierung nicht, wie bei einem ehrenvollen Abgang, mit „Gesundheitsrückichten“ begründet wurde.

In Alma Ata, der Hauptstadt Kasachstans, kam es daraufhin zu Ausschreitungen von durch „nationalistische Elemente“ angeführten Schülern und Studenten, denen sich auch junge Arbeiter angeschlossen hätten. Nach Angaben der „Kasachstanskaja Prawda“ haben die Unruhen Tote und Verletzte gefordert. Die Lage sei derzeit wieder ruhig, aber gespannt.

Während der stellvertretende Außenminister Wladimir Petrowski in Moskau am Wochenende ausländischen Korrespondenten beruhigend erklärte, die Lage in Alma Ata „habe sich normalisiert“, einige Hundert Jugendliche hätten demonstriert, „weil sie die Bedeutung der Entscheidungen des Plenums nicht gleich verstanden haben“, berichteten Reisende, daß die Situation unverändert brennend sei. „Man befindet sich wie auf einem Pulverfaß.“ Die Lage gleiche jetzt der im Baltikum.

Hier in Kasachstan, der Sowjetrepublik, die 1936 gegründet wurde, in diesem von Steppen und Wüsten geprägten Riesenterritorium zwischen westsibirischem Tiefland im Norden und Mittelasien im Süden, zwischen Wolga-Don und Kaspischem Meer im Westen sowie den Bergen des Altai im Osten, lebte eine anpackende Völkerfamilie aus Asiaten, Russen, Tataren,

Deutschen und Ukrainern, insgesamt knapp 16 Millionen Menschen.

Flach, trocken und nur spärlich bewachsen zieht sich die Steppe von Europa bis in den fernen Osten. Ständig weht ein Wind über das Land. Jahrtausendlang war er der Feind des kasachischen Bauern, er blies über die Steppengräser, verwehte den Samen, machte das Land unfruchtbar. Zur ökologischen Katastrophe kam es, als der vitale und sprunghafte Nikita Chruschtschow in den fünfziger Jahren Kasachstan zum Brotbeutel des Sowjetreiches machen wollte. Er rief seine „Neulandkampagne“ aus. Hunderttausende begannen zu roden, schufen Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, legten Kolchosen an, bauten Straßen und errichteten Städte.

Doch der Wind trieb das Neuland wie eine Staubfahne über die Ebene. Eine selbstverschuldete „Erosion“ war die Folge. Viele Jahre später, Chruschtschow war längst gestürzt, konnte sich Breschnew hier profilieren. Für ihn wurde die Bewässerung in der kasachischen Steppe zum Sprungbrett für die Rückkehr ins Machtzentrum des Kreml. Er ließ

wurde dann unter Gorbatschows Regiment vorgehalten, daß er Funktionäre „aufgrund persönlicher Ergebnisse, verwandtschaftlicher und landsmannschaftlicher Beziehungen“ wurde Ministerpräsident Nasarbajew ernannt, der öffentlich erklären mußte, die kasachische Parteiführung habe durchaus vom „unwürdigen Verhalten und der mangelhaften Arbeit“ vieler leitender Funktionäre in der Republik gewußt. Diese hätten schließlich nur abgesetzt werden können, weil „von oben“, das heißt aus Moskau, darauf bestanden worden sei.

Außer den schon abgesetzten Funktionären wurden auf dem Parteitag im Februar namentlich wegen Untätigkeit der Präsident der Akademie der Wissenschaften Kasachstans, Askar Kunajew, und wegen des Zustands von Wohnungen an Bekannte der Planchef Muchamed Rachimow angegriffen. Erste Fehlgänge wurden auch dem kasachischen Verlagswesen angelastet. Hier seien Autoren verlegt worden, die allzu gern in die „Tiefe der Jahrhunderte“



Wechsel an der Parteisitze in Kasachstan: Von Dinmuchaed Kunajew, einem Kasachen (links), zu Gennadij Kolbin, einem Russen. FOTOS: DPA/AP

durch Ingenieure neue Maschinen entwickeln, die pflügen, schneiden und bewässern, um dem Wind den Zugriff zu verweigern. Trotz allem ist Kasachstan eine Kornkammer mit Risiken geblieben. Ausgleichskäufe aus den USA und Kanada mußten mühen wettmachen. Dieses Jahr hat jedoch eine gute Ernte gebracht.

Was mag die Kreml-Mächtigen bewegen haben, die dortige politische Situation so falsch einzuschätzen, daß sie Kunajew ablösen und einen Russen einsetzen?

Die Absetzung des Parteichefs Kunajew zeichnete sich bereits im Februar ab, nachdem Michail Gorbatschow systematisch die Ämter von einstigen Breschnew-Anhängern reinigte und seine Getreuen in den Sattel hob. Damals wurde Kunajew bereits im zentralen KP-Organ „Prawda“ einer persönlichen Kritik unterzogen. Damals wurden auch 500 leitende Funktionäre aus Kasachstan aus „negativen Gründen wie Korruption und Unterschlagung“ aus ihren Ämtern entfernt. Doch dies sei nur ein Anfang, schrieb die „Prawda“.

Kunajew, der treue Kasache, den Breschnew zärtlich „Dimasch“ nannte, hatte es seinerzeit als einziger Asiate geschafft, einen Sitz in der Moskauer Zentrale zu erhalten; ihm

des Volkes der Kasachen zurückzugeben.

Spätestens bei diesem letzten Vorwurf hätten die Kreml-Verantwortlichen wissen müssen, daß es trotz aller Rhetorik von der „Völkerfreundschaft“ höchstens zur „Annäherung“, nicht aber zur „Verschmelzung“ hier in Kasachstan gekommen ist und daß das Einsetzen eines Russen an oberster Stelle nicht ohne Folgen bleiben konnte.

Anzeichen für wachsendes Selbstbewußtsein nicht-russischer Völker erlebt man überall im Sowjetreich. Außenminister Schewardnadse mußte in seiner Heimat Georgien erfahren, daß sein berühmter Ausspruch „Für uns Georgier geht die Sonne nicht im Osten auf, sondern im Norden, in Rußland“ nicht ohne Folgen blieb. Nicht jedermann wollte dieser Astronomie folgen. Schwere Auseinandersetzungen brachen aus.

Zwar sorgen im Obersten Sowjet bunte Trachten aus den Provinzen für optischen Nationalitäten-Proporz. Doch die Russen hatten dort, wo entschieden wird, stets das Sagen, auch wenn sie mitunter nur an die zweite Stelle gesetzt wurden. Aber sie verließen an Boden, die anderen Völker werden aufmüpfiger. Kasachstan ist dafür ein neues Lehrbeispiel.



Bei den schweren Zusammenstößen wurde eine alte Dame von einem Stein getroffen; Polizisten geleiteten sie in Sicherheit. FOTOS: DPA/AP (7)

Im Chor drohen sie Morde an

Es sollte eine Demonstration gegen den Abriss städtischer Häuser in Hamburg sein. Am Ende gab es 93 Verletzte. Polizeibeamte, die Demonstranten meldeten 31 Verletzte. Eine Demonstration, in der Militante in Sprechchören Mord und Attentat ankündigten.

Von UWE BAHNSEN

Im fahlen Neonlicht des Konferenzraums 318 im Hamburger Polizeipräsidium zog der beherrschende Mann am Samstagabend, als wieder Ruhe herrschte in der Stadt, eine Erfolgsbilanz dieses 20. Dezember, des letzten verkaufsoffenen Samstags vor dem Fest, für den die GAL-Abgeordnete Ulla Jelpke eine Demonstration gegen den geplanten Abriss städtischer Häuser an der Hafenstraße angemeldet hatte. Die befürchtete Schneise der Gewalt durch die überfüllte City habe es nicht gegeben, sagte der Senator, das auf „Deeskalation“ angelegte Einsatzkonzept der Polizei habe sich bewährt.

Der Senat, die Polizeiführung und die Geschäftswelt in der Innenstadt hatten diesem Tag mit ganz besonderen Beklemmungen entgegengesehen: 700 000 friedliche Passanten, die ihre Weihnachtseinkäufe tätigen wollten, 10 000 Demonstranten mit einem „harten Kern“ von 1000 potentiellen Gewalttätigen, das hektische und nervöse Fluidum dieser Woche vor Weihnachten – konnte das gutgehen?

Die Sorge vor einem neuen 7. Oktober, als Chaoten tatsächlich eine „Schneise der Gewalt“ schlagen konnten, auch die drei Wochen später getroffene Feststellung des Hamburger Verwaltungsgerichts über die Rechtswidrigkeit des „Hamburger Kessels“ auf dem Heiligengeistfeld, dazu die offenen Bestrebungen des linken SPD-Flügels gegen eine Räumung der Hafenstraßen-Häuser – das alles versuchten Pawelczyk und sein Staatsrat Werner Hackmann zu einem polizeilichen Einsatzkonzept zusammenzufügen. Die Devise war: Zurückhaltung, wo immer das möglich ist, „einschließende Begleitung“ von Gewalttätigen, „wenn der erste Stein fliegt“, wie Polizeipräsident Dieter Heering das formuliert hatte, im übrigen starke Polizeipräsenz, „damit das Gewaltpotential nicht aus dem Ruder läuft“. Zwei Auflagen der Polizei be-

stätigte das Verwaltungsgericht im Elbverlauf: keine Demonstration durch die Mönckebergstraße im Herzen der City, keine Abschlussskundung unmittelbar vor den Häusern an der Hafenstraße, um die es ging.

So war die Lage, als die Demonstration mit einer Kundgebung auf dem Karl-Legien-Platz vor dem Gewerkschaftshaus begann und ein Pastor Christian Arndt von der Friedenskirche in Altona erkannte, ein „so breites Bündnis“ für die Hafenstraße trotz der „Hetzkampagne“ sei „ein großer Erfolg“. Der Senat dürfe die Häuser nicht abreißen, die Bewohner nicht „vertreiben“, notwendig seien hingegen „Freiräume für eine Gegenkultur“ in der Hansestadt.

Dann setzten sich die 5000 Demonstranten in Bewegung. Mit bestürzten Mienen betrachteten die Besucher der Innenstadt diesen lärmenden Lindwurm, der da durch die Straßen der Stadt zog: hinter einem straßenbreiten roten Transparent Vertreter von rund zwei Dutzend Gruppen und Initiativen, darunter Jungsozialisten, DKP-Genossen, GAL-Anhänger, auch 15 Mitglieder von Bewohnern der Hafenstraßen-Häuser, dann ein Lastwagen, gemietet von der Firma „interRent“ und mit Lautsprechern be-

stückt, auf dem Vermummte herumtanzten, während abwechselnd Rockmusik und aufputschende Parolen den dann folgenden Block der „Militanten“ – rund 1000 von der Polizeiführung schon Tage vorher angekündigte potentielle Gewalttäter – in Stimmung hielten.

Auf dem eleganten Jungfernstieg, vor dessen Bankfilialen Polizeitrupps standen, hörten die Geschäftsinhaber und ihre Mitarbeiter kopfschüttelnd die Botschaft der Demonstranten an die „lieben Hamburger“, „frei und selbstbestimmt“ solle „das Leben in der Hafenstraße sein“. Die Polizei hielt sich zunächst befehlsgemäß zurück, obwohl die Beamten schon vorher mit Farbbehältern und Knallkörpern attackiert worden waren, von Beschimpfungen und Beleidigungen ganz abgesehen. Das seit geraumer Zeit von den Sicherheitsbehörden der Hansestadt in der Hafenstraße geordnete RAF-Umfeld gab sich ungeeignet per Lautsprecher zu erkennen: „Kommt Zeit, kommt Rat, kommt Attentat!“ Und an die Adresse des Innenministers: „Alfons Pawelczyk, aus der Traum, auch du liegst bald im Kofferraum!“ Es war nicht die erste Drohung dieser Art. Immer wieder skandierten die Demonstranten ihren Schlachtruf „Feuer und Flamme für diesen Staat“.

Die ersten Tätlichkeiten ereigneten sich am Gänsemarkt, wo plötzlich die Scheiben zweier Bankfilialen klirrten. Kanonenschläge explodierten nicht nur inmitten der Polizeibeamten, sondern auch unter Passanten, darunter Mütter mit kleinen Kindern. Der Einsatzleiter der Polizei forderte die GAL-Abgeordnete Jelpke auf, sich an die Absprachen zu halten und für einen friedlichen Verlauf der Demonstration zu sorgen. Die Abgeordnete sagte das zu, doch zu diesem Zeitpunkt war ihr die Demonstration längst aus der Hand geglüht. Auf dem Weg zum Sleveking-

platz, dem Gerichtszentrum der Hansestadt, kam der Zug ins Stocken. Geplant war eine Zwischenkundgebung, die jedoch innerhalb von Minuten zur massiven Konfrontation mit der Polizei eskalierte.

Pawelczyk in seiner Bilanz vom Samstagabend: „Angesichts der vom gewalttätigen Bereich des Aufzuges begangenen Straftaten ordnete die Polizeiführung die einschließende Begleitung des Gewaltpotentials an. Die dafür bereitgestellten Kräfte wurden sofort aus dem militanten Block heraus durch Leuchtkugeln, Steinwürfe und Tränengas angegriffen. Zum Teil wurden die Straftäter über ihren Lautsprecherwagen mit Wurfgeschossen versorgt. Von diesem Fahrzeug aus wurde auch mit Leuchtkugeln auf Polizeibeamte geschossen.“ Ein Polizeitrupp versuchte vergeblich, diesen Wagen zu stürzen.

In diesen Minuten begann, was schnell zu einer Straßenschlacht wurde: Während die Polizeibeamten hinter ihren Schutzschilden mit Schlagstöcken den „harten Kern“ des Zuges einzukesseln versuchten, flogen aus der Menge Steine auf die Beamten. Sie wurden mit Knüppeln angegriffen und mit Zwillen beschossen. Die ersten Verletzten mußten notärztlich versorgt werden – darunter ein Bereitschaftspolizist, der von einem Stein am Kopf getroffen worden war und von seinen Kollegen mit äußerster Härte vor den Gewalttätigen geschützt werden mußte, obwohl er, für jeden erkennbar, schwerverletzt war.

Erneut bemühte sich der Einsatzleiter der Polizei um einen Kontakt mit der GAL-Abgeordneten Jelpke, während der Zug unter ständigen Rängeleien zwischen Demonstranten und Polizisten zum neuen Pferdemarkt zog, wo eine weitere Zwischenkundgebung stattfinden sollte. Dort wurden die Beamten mit Pfeissteinen, aus den Gehwegen herausgerissenen Platten und Latzen angegriffen und mit einer Mischung aus Tränengas und Frostschutzmitteln attackiert, während Vermummte Verkehrsschilder demolierten und Scheiben einschlugen.

Der Innenminister sprach am Samstagabend, mit allem Vorbehalt: von 14 verletzten Beamten. Tatsächlich sind es 93, davon 43 aus Bremen. Einer liegt schwer verletzt im Krankenhaus. Die Beamten sind vorerst dienstunfähig. Die GAL gab die Zahl der verletzten Demonstranten mit 31 Personen an, davon seien 16 am Kopf verwundet worden.



Polit-Striptease: Die blanke Kehle präsentiert dieser Demonstrant den Polizisten

Kaufen Sie jetzt über uns Edelmetalle in der Schweiz – mehrwertsteuerfrei.

Jeder weiß, daß zu einer ausgewogenen Vermögensanlage auch Edelmetalle gehören.

Deshalb ist unser neues Angebot jetzt besonders interessant: Wir vermitteln Ihnen mehrwertsteuerfrei Gold, Silber, Platin und Palladium auf einem Edelmetall-Konto bei der Deutschen Bank (Schweiz) AG. Diese Anlagen sind auch von der Schweizer Warenumsatzsteuer befreit.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten:

- Sie legen einen festen Betrag an.
- Sie erwerben eine bestimmte Menge Edelmetall.

- Sie legen mit einem Dauerauftrag monatlich einen festen Betrag an – das ist schon ab 250 DM möglich. Wählen Sie zwischen Gold, Silber und Platin.

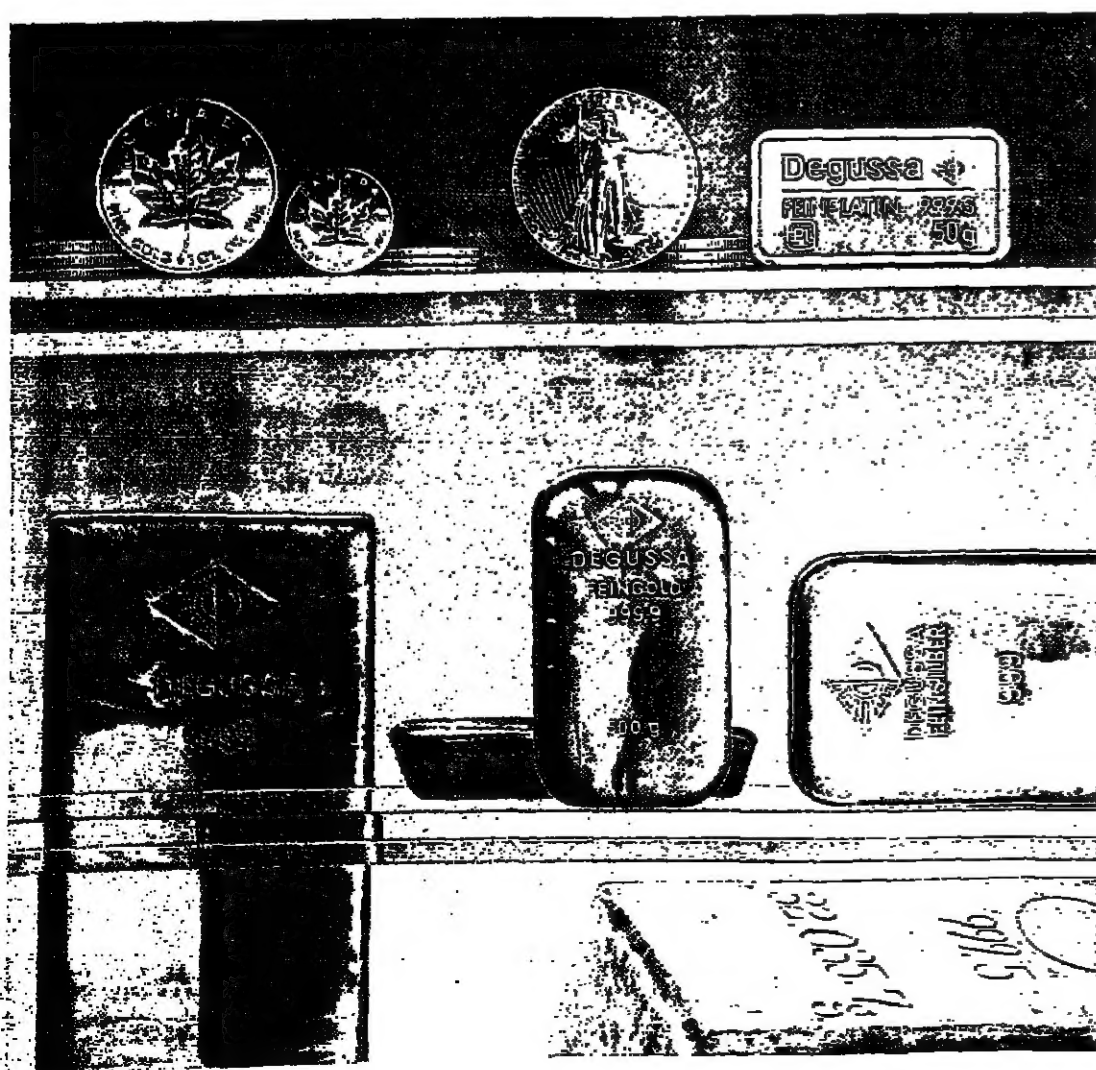
Bei Gold vermitteln wir Ihnen dort auch gern ein Depot – dabei fallen ebenfalls keine Umsatzsteuern an.

Unser Kundenberater berät Sie persönlich und umfassend und vor allem: Er erledigt alle Formalitäten für Sie – auch wenn Sie noch nicht Kunde bei uns sind.

Diese Anlage vermittelt Ihnen gern jede Geschäftsstelle unserer Bank.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank



FDP will auch über die Lufthansa verhandeln

Strauß hat Privatisierung des Unternehmens erneut abgelehnt

DIETHART GOOS, Bonn
Die jüngste Ablehnung aller Privatisierungsüberlegungen für Bundesunternehmen wie Lufthansa, Bundesbahn und Bundespost durch den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauss hat in der FDP-Führung Verärgerung hervorgerufen.

Nachdem ihr Vorhaben in dieser Legislaturperiode vor allem am Widerstand der CSU gescheitert ist, bekräftigen die Liberalen ihre Absicht, das Thema Privatisierung neben der Steuerreform zum Kernpunkt wirtschafts- und finanzpolitischer Themen bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU nach einer siegreichen Bundestagswahl zu machen.

Strauß hatte sich am Wochenende bei der Verabschiedung von Bruno Merk als geschäftsführenden Präsidenten des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes gegen „Privatisierungskampagnen“ gewandt und - offenbar an die Adresse der FDP gerichtet - erklärt, hier würden Äpfel mit Birnen verglichen. Unter Anspielung auf VW sagte der CSU-Chef, wohl könne man beispielsweise ein Automobilunternehmen bedenkenlos privatisieren, doch ein Staatsunternehmen wie die Deutsche Lufthansa habe auch nationale Aufgaben zu erfüllen, die nicht ausschließlich gewinnorientierten Aktionärsinteressen, vor allem nicht dem Einfluß ausländischer Kapitalinteressen preisgegeben werden dürften. „Daseinsvorsorge, flächendeckende Bedienung und landesweite Versorgung sind staatspoli-

tische Ziele, aber meist keine einträglichen Pflünde“, sagte Strauss.

In einem vertraulichen Schreiben an den haushaltspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Weng, dessen Inhalt jetzt bekannt wurde, hat Strauss, der Aufsichtsratsmitglied der Lufthansa ist, seine massiven Vorbehalte gegen die Privatisierung des Unternehmens noch mit zusätzlichen gewichtigen Argumenten untermauert: „Die Flotte der Lufthansa ist von erheblicher verteidigungspolitischer Bedeutung. Eine volle Division (etwa 10 000 Mann) kann mit persönlicher Ausrüstung in einem Zuge von ihr verlegt werden.“

Scharf wandte sich gegen diese Begründung der mittelständischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Josef Grünbeck. „Dies ist eine absurde Auffassung, das Lufthansa-Personal wird sich bei Herrn Strauss bedanken. Er verweigert unter völlig falschen Argumenten die Privatisierung. Ich bin geschockt und fordere als Mittelständler meine Parteiführung auf, bei den nächsten Koalitionsverhandlungen in Sachen Lufthansa-Privatisierung nicht locker zu lassen.“

Grünbeck verwies im Gespräch mit der WELT darauf, seine Partei verfolge bei den Privatisierungsbestrebungen nicht das Ziel, die Lufthansa ganz aus staatlicher Obhut zu entlassen. „Wir wollen den Anteil der öffentlichen Hand ja nicht auf Null reduzieren, sondern von 75 auf 51 Prozent.“

SPD mahnt zur Eile im U-Boot-Ausschuß

dpa, Bonn

Die SPD will die unterbrochene Arbeit des Bundestags-Ausschusses zur Untersuchung der U-Boot-Affäre wieder in Gang bringen. Der Ausschussvorsitzende Penner (SPD) will den Bundeswirtschaftsminister, den Finanzminister und den Außenminister sowie den Präsidenten der Oberfinanzdirektion (OFD) Kiel zu einem Informationsgespräch bitten und teilte mit, er stehe in der Weihnachtswoche zur Verfügung. Am vergangenen Donnerstag war die erste Sitzung des Ausschusses nach einem Geschäftsordnungsantrag der CDU/CSU abgebrochen worden. Über Beweisbeschlüsse will die Koalition erst am 7. Januar beraten. SPD und Grüne sprachen von Verschleppungstaktik. Sie hatten noch vor Weihnachten Zeugen vernahmen wollen.

Für seine Untersuchung will der Ausschuss Akten der von Penner angesprochenen Ministerien und der Oberfinanzdirektion heranziehen. Penner kritisierte, durch die erzwungene Vertagung sei dies unmöglich gemacht worden. Er erinnerte an den Untersuchungsausschuß zu den Krawallen in Bremen nach der öffentlichen Verurteilung von Bundeswehrsoldaten im Jahr 1980. Die damalige SPD-FDP-Regierung habe, wie die heutige Koalition, kein Interesse an der Untersuchung gehabt, jedoch dem selbstverständlichen Begehren der Minderheit nachgegeben. Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuß, Bohl, rief Penner gegenüber der „Welt am Sonntag“ zur Mäßigung auf.

Der erneute Versuch, mit einer Ostdenkschrift Politik zu machen

Koordinierte Vorstöße / Das EKD-Kirchenamt in Hannover geht auf Distanz

MICHAEL JACH, Hannover

Mit der „Friedensbewegung“ eng verbundene Kräfte innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) drängen auf eine „neue Ostdenkschrift“ der EKD an die Adresse der „Völker der Sowjetunion“. Leitmotiv ist ein erneutes Bekenntnis deutscher Schuld am Zweiten Weltkrieg; diese sei „unermesslich“ insbesondere gegenüber der Sowjetunion und der „Erfahrungsgrund“ für deren hochgerichtetes „Sicherheitsbedürfnis“.

Die verlangte „Geste der Versöhnung“ wird zugespielt auf den politischen Zweck einer „Sicherheitspartnerschaft“, damit die Kirche nicht mitschuldig werde an einem Krieg zwischen Ost und West.

Wortkargen Reaktion

Das EKD-Kirchenamt in Hannover zeigt bemühte Distanz zu den aufeinander abgestimmten Vorstößen, die zeitlich auf das 40-Jahr-Gedenken an das Kriegsende zurückgehen, urheberisch auf linksprotestantische Kreise wie „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ oder „Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Kirche Westfalen und Lippe“.

Absichtsvoll zitiert wird „die mutige und befreiende Klarheit“ der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985. EKD-Oberkirchenrat und Pressesprecher Rolf Koppe betont, weder von der Synode noch vom Rat der EKD liege ein Beschluss über eine „zweite Ostdenkschrift“ vor. Das Kommuniqué der jüngsten Ratssitzung vom 12./13. Dezember spricht von dem Vorsitz, öffentliche Stellungnahmen „auf wenige zu konzentrieren“, das schließt ein, auch ausdrücklichen „Bitten von Synoden einzelner Mitgliedskirchen... nicht zu entsprechen“.

Der Satz steht so, wird bestätigt, in Bezug zu landeskirchlichen Synodalen Beschlüssen im Sinne der anvisierten

Denkschrift. Erstmals verlangte Westfalen vor gut einem Jahr, die EKD müsse die Thematik „vorrangig bearbeiten“; die rheinische Kirche schloß sich an.

Vor vier Wochen kündigte die West-Berliner Synode zum Frühjahr 1987 eine „erste Vorlage“ an. Kurz zuvor hatte die EKD-Synode sich allgemein für „Brücken der Verständigung“ ausgesprochen. Kaum zufällig ist dies wörtlich der Titel eines jüngst erschienenen Taschenbuchs (Reihe GTB-Siebenstern), das die Vorstellungen der Denkschrift-Verfasser dokumentiert. Das Autorenverzeichnis reicht von den „Sühnezeichen“-Vertretern Pfarrer Volkmar Deile (Berlin) und Andreas Zumach (Bonn) über die Grünen-Abgeordnete und Pastorin Antje Vollmer (Bethel) zu den Heidelberger Sozialethik-Professoren Heinz-Eduard Tödt und Wolfgang Huber, Präsident des Düsseldorfer Kirchentages 1985.

Für den „Traditions“-Bezug zur bis heute umstrittenen EKD-Ostdenkschrift von 1965 stehen der damalige EKD-Ratsvorsitzende und Berliner Altbischof Kurt Scharf sowie deren maßgeblicher Anreger Professor Wolfgang Schweitzer (damals Bethel).

Die aktuelle Entwicklung weist denn auch Parallelen auf zu Ursache und Wirkung der 65er Denkschrift, die mit ihrer Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze Bahn brach für die Verträge von Moskau und Warschau. Ausdrücklich soll die Linie der kirchenpolitischen „Buße“ fortgesetzt werden, mit Ursprung in der Stuttgarter Schuldklärung der EKD von 1945.

Wie seinerzeit für den entscheidenden Anstoß zur Verständigung mit Polen, so heißt es, sei die Zeit überreif für den folgerichtigen Schritt in Richtung Sowjetunion.

Kirchenpolitische Szenenkenner vermerken das Zusammentreffen mit parteipolitischen Forderungen nach

einer gleichgerichteten „zweiten Phase der Entspannungspolitik“.

Ein neues kirchliches Schuld-bekenntnis soll speziell die „Mentalität des Antikommunismus“ brandmarken. Diese habe gleichermaßen 1933 den Nationalsozialismus, 1941 den deutschen Feldzug gegen Rußland und bis zur Gegenwart den „selbstmörderischen und labilen Abschreckungsfrieden“ begünstigt.

Ämterkollision?

Zeitziel der Denkschrift-Verfasser ist die Tausendjahrfeier der russisch-orthodoxen Kirche 1988.

Die EKD-Spitze scheint derzeit eher geneigt, wohl mit der allfälligen Jubiläumsschrift Motive wie Schuld, Versöhnung und Frieden aufzunehmen, ohne jedoch zur formal und inhaltlich hochgewichtigen Denkschrift zu greifen. Es sei denn, die EKD-Synode erklärt - keineswegs ausgeschlossen - 1987 einen entsprechend bindenden Willen.

Denkbar erscheint eine Ämterkollision für EKD-Ratsvorsitzenden Martin Kruse, der als Berliner Landesbischof von seiner heimischen Synode gegen die EKD-Haltung in die Pflicht genommen werden kann.

Daß das Zögern zusammenhänge mit ersten Warnungen vor abermals kirchlich ausgelösten ostpolitischen Konflikten, mag das Kirchenamt in Hannover nicht bestätigen.

Die theologische Auseinandersetzung nimmt der EKD-Ostkirchenausschuß auf. Repräsentanz der früheren Landeskirchen in Ostdeutschland.

Dessen Vorsitzende, Oberkirchenrat I.R. Gottfried Klapper (Hannover), unterstrich dieser Tage im Informationsdienst der Evangelischen Allianz (Ida): „Der Auftrag der Kirche, Gottes Gericht und Gnade zu verkündigen, darf nicht mit der Intention eines politischen Schuldbeitrages verwechselt oder vermischt werden.“

SAT 1 setzt sich in Berlin durch

dpa, Berlin

Im Standortwettbewerb der Bundesländer um die Ansiedlung potentieller Medienunternehmen hat Berlin einen nach Ansicht des Senats großen Erfolg erzielt. Das Aufsichtsgremium über den Privatfunk - Kabelrat - hat den Fernsehkanal 25 für drahtlose Verbreitung am Samstagabend an das deutsche Satellitenkonsortium SAT 1 vergeben. Damit erhielt SAT 1 den Zuschlag vor dem stärksten Mitbewerber RTL plus. Der Senat sieht in der Entscheidung des Kabelrates einen „großen Durchbruch für den Medienstandort Berlin, eine Bereicherung der Medienvielfalt in Berlin und eine attraktive Programmweiterentwicklung für die Berliner Fernsehschauer in West und Ost“.

Für die Entwicklung der Zuschauerreichweite von SAT 1 bedeutet die Entscheidung in Berlin, daß mit der Inbetriebnahme des dortigen Senders zu Beginn der Funkausstellung 1987 die 10-Millionen-Zuschauer-Grenze für SAT 1 überschritten werde. Zum Jahresanfang 1987 rechnet Doetj für SAT 1 mit einem Potential von fünf Millionen Zuschauern.

Ein Sprecher der Kabelanstalt bezeichnete den Beschluß als „ganz knappe Entscheidung“, da RTL plus mit seinen Zusagen für medienwirtschaftliche Betätigung in Berlin knapp unter den Offerten von SAT 1 gelegen habe. Die Fernsehfrequenz ging an SAT 1, weil das Konsortium zugesagt habe, neben seinem Stammsitz in Mainz und dem Produktionsort Hamburg für sein aktuelles Nachrichtenprogramm „APF-Blick“ einen weiteren Sitz in Berlin „mit dem Schwerpunkt Produktion und Auftragsvergabe“ zu errichten.

Als ganz folgenreiche Entscheidung hat Bernd Schipphorst, Mitglied des Verwaltungsrats von RTL plus, die Berliner Entscheidung zugunsten von SAT 1 bezeichnet. Bestehende Strukturen im Medienmarkt, insbesondere der Berliner Presselandschaft würden damit verfestigt.

An unsere Abonnenten

Kostensteigerungen, besonders im Personalbereich, machen leider auch vor der WELT nicht halt. Deswegen ist es erforderlich, den Abonnementspreis zum 1. Januar 1987 um 80 Pfennig monatlich auf 27,90 Mark anzuhöhen. Wir bitten Sie damit für Ihr tägliches WELT-Exemplar um rund drei Pfennige mehr.

Bei Bezugsgebühren, die bereits im Voraus bezahlt worden sind, verzichten wir auf Nachbelastung. Für unsere Abonnenten, die uns eine Einzugsanweisung erteilt haben, erledigen wir alle Formalitäten.

Wir bitten um Ihr Verständnis. Verlag und Redaktion DIE WELT

Tag der Genugtuung für den Markt-Grafen

DIETHART GOOS, Bonn

Manche Spitzengremien aus Politik und Wirtschaft hätten am letzten Samstag in der Godesberger Redoute Sitzungen abhalten können: FDP-Präsidium und Bundestagsfraktion hatten zum Geburtstagsempfang für Otto Graf Lambsdorff gebeten. Trotz des vorweihnachtlichen Termins kamen sie fast vollständig, die Präsidenten, Vorstandsvorsitzenden, Aufsichtsräte, Politiker von der höchsten Bundesebene bis hin in die Landes- und Kommunalpolitik. Sie alle wollten dem „Markt-Grafen“ zu seinem 60. Geburtstag gratulieren.

Für Graf Lambsdorff war es ein Tag innerer und äußerer Genugtuung. Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß der prominente Liberale nach Jahren der Verdächtigungen und Anfeindungen im Zusammenhang mit Anklagerhebung und Flick-Spendenprozeß nun das tiefe

Tal durchschritten hat und wieder in das Zentrum der politischen Machtgestaltung und -ausübung zurückgekehrt ist - im blau-gelb dekorierten Festsaal des klassizistischen Kur- und Ballhauses wurde dieses Faktum auch dem letzten Zweifler bewußt. FDP-Chef Martin Bange-mann, das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern am Revers („An einem Tag wie diesem trage ich das bewußt“) sprach in seiner Laudatio aus, was sicher die meisten der weit über tausend Gäste dachten: „Der Graf verkörpert schlechthin die Marktwirtschaft und damit ein so wichtiges Stück unserer Freiheit.“

Lambsdorff sagt nicht, daß Markt und Wettbewerb alles regeln und alles können. Aber er wird niemals aufhören, für seine Überzeugung zu streiten, daß politische, daß demokratische Freiheit ohne immer größere marktwirtschaftliche Freiheit nicht gedeihen kann. „Und dann ein

mit Beifall bedachter Zusatz, der nicht im Manuskript stand: „An Selbstbewußtsein hat es ihm nie gemangelt.“ Ebenso witzig wie geschliffen überbrachte Norbert Blüm die Glückwünsche des Kanzlers. Seine Rede dürfe zwar nicht als erste Leihstimme der CDU an die FDP verstanden werden, es sei vielmehr der Gruß von Marktwirtschaftler zu Marktwirtschaftler verschiedener Variationen. „Ich habe gerne mit ihnen zusammengearbeitet“, versicherte der Arbeitsminister seinem ehemaligen Kollegen Wirtschaftsminister.

Fast ging Blüms Ergänzung im tosenden Beifall unter: „Ich werde gerne mit Ihnen wieder zusammenarbeiten.“ Der sonst so kühl wirkende Graf dankte bewegt. Und es wäre nicht Otto Graf Lambsdorff, wenn diese Hinzufügung gefehlt hätte: „Ich habe die Lobesworte gerne gehört.“

Union erwägt Verfassungsklage

dpa, Frankfurt

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwägt eine Klage gegen die nordrhein-westfälische Medienpolitik beim Bundesverfassungsgericht. Nach den Worten des medienpolitischen Sprechers der Fraktion, Weirich, ist das im NRW-Landtag verabschiedete Landesmediengesetz „offenkundig mit der Verfassung nicht zu vereinbaren“. Die im Gesetz vorgesehene Trennung zwischen Geldgebern (Verlegern) und Programmgebern (Redaktionen) nannte Weirich eine „versteckte Zensur“.

Fischer: Ich bin sauer auf Rau

dpa, Mannheim

Hessens Umweltminister Fischer (Die Grünen) hat SPD-Kanzlerkandidat Rau vorgeworfen, die Chance auf eine Mehrheit auszuspielen. Mit seiner Strategie einer „Ausgrenzung“ der Grünen werde Rau, Kohl, Strauss und der rechten Wende die Bestands-garantie geben. „Deshalb bin ich so wahnsinnig sauer auf Rau.“ Die Grünen würden Rau zum Kanzler wählen. Voraussetzung seien der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie und der Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen.

„DDR-Kirchen keine Opposition“

AP, Köln

Der Präses der EKD-Synode, Jürgen Schmude, hat davor gewarnt, die evangelischen Kirchen in der „DDR“ als politische Opposition mißzuverstehen. Im Deutschlandfunk sagte er, die besondere Gemeinschaft der evangelischen Christen in Deutschland habe einen geistlichen, nicht jedoch einen politischen Hintergrund. Es sei jedoch Aufgabe der Kirche, sich um die Not von Menschen zu kümmern. Wenn diese Not politische Ursachen habe, dürfe die Kirche nicht schweigen.



...lieber gut beraten in Berlin

An der Spree weiß man, wo es lang geht. Hier ist der Anteil der Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt gemessen gegenüber 1970 um 264% gestiegen. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Beschäftigten um 26.000. Besondere Förderungsprogramme helfen nicht nur Existenzgründern sondern auch Spezialisten, die ihr Know-how vermarkten wollen. Die Chancen sind für viele interessant - für Designer ebenso wie für Planungsbüros, Datenverarbeiter und andere Service-Unternehmen.

Wirtschaftsförderung BERLIN

Wir helfen bei der Zusammenführung von Dienstleistungspartnern und informieren vertraulich und für Sie kostenfrei über die besonders günstigen Voraussetzungen der Industrie-Metropole Berlin für Dienstleistungen.

Wirtschaftsförderung Berlin GmbH, Budapeststraße 1, 1000 Berlin 30, Tel. (030) 2636-1

Wohlfahrtsbriefmarken gibt's auch in Markenheftchen!



Das hilfreiche Porto für die Brieftasche.

Hilft Ihnen portofrei aus der Verlegenheit. Hilft vielen aus großer Not. - Erhältlich nur bei den WELT-Fremdvertrieben -

Abonnieren Sie DIE WELT

- Ihren täglichen Informationsvorsprung

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Telefon 040/3473813

Bitte liefern Sie mir vom nächstreichbaren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Vorname/Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Beruf:

Vorw./Tel.:

Datum:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift:

Lesenswerter denn je
DIE WELT
FARBENREICHE THESISEITUNG DER DEUTSCHEN

Sie haben das Recht, eine Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

„SEE-SEMINARE“ IM NORDSEEBAD ST. PETER.

Für erfolgreiche Tagungen bieten wir Meer, 5 Räume für Seminare, Tagungen, Festlichkeiten bis zu 250 Personen, modernste Konferenztechnik, 90 Zimmer, Swimmingpool, Fitness-Center, direkt am Meer.

Wie Sie Ihre tägliche Korrespondenz schneller und effektiver erledigen

Nutzen Sie sofort einsetzbare „Ausdrucker“ für Ihre geschäftlichen und privaten Vorgänge. Sie brauchen nur den richtigen Musterbrief herauszuheben - Ihre Sekretärin erledigt schnell den Rest. Interessant für Sie? Dann rufen Sie uns unter Telefon 01 30 723 05 an, zum Ortsamt. Wir schicken Ihnen dann ausführliche Informationen.

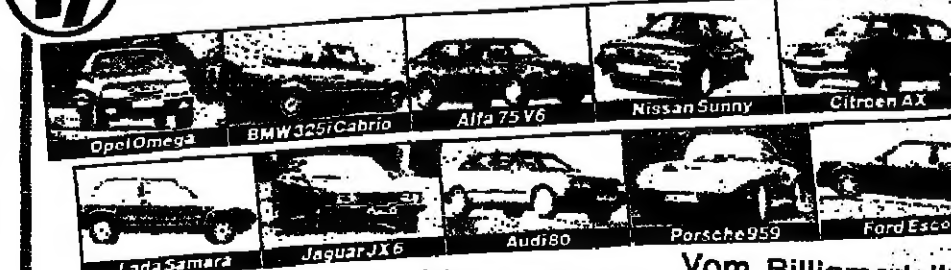
WEKA-Verlag, Wiesbaden

Diese Woche

Auto Bild

Die Verbrauch • Preis • Fahrspaß • Leistung

10 besten Autos '86



bis zum Hochttechnologie-Träger. 10 automobile Attraktionen aus 1986. In AUTO-BILD.

Europas größte Auto-Zeitung

Streit um Reformpolitik Chinas verschärft sich

Peking muß Eigendynamik der Studentenproteste fürchten

JOCHEN KEHN, Hongkong

Seit Wochen schon demonstrieren Studenten in Peking und einigen Provinzhauptstädten. In Schanghai mündete ihr Vorgehen am Wochenende in eine spektakuläre Protestaktion. Die Diskussion, die gegenwärtig innerhalb der kommunistischen Partei Chinas über die politischen Reformen geführt wird, wird sich dadurch weiter verschärfen und möglicherweise beschleunigen.

Die Studenten fordern eine schnelle und unbürokratische „fünfte Modernisierung“ – so die landläufige Umschreibung für Demokratie in Anlehnung an die vier Moderni-

mehr aufzuhalten sind. Mao und auch seine Gegner hatten sich zu Beginn der Kulturrevolution mehrfach der Studenten „bedient“, um ihre politischen Vorstellungen ins Rampenlicht zu bringen und damit einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Auch in Schanghai war diese Dynamik in Ansätzen spürbar. Eine begeisterte mitgehende Bevölkerung solidarisierte sich nicht nur mit den Studenten, sondern feuerte sie sogar an. Ganz gleich, ob die Demonstrationen spontan entstanden sind oder „von oben“ initiiert wurden, Argumentationsstoff liefern sie Reformen wie Orthodoxen allemal.

Eine Aufbegehrung an den chinesischen Hochschulen gab es bereits 1984 und 1985 gegen schlechte Lebensbedingungen und „die neue japanische Wirtschaftsinvasion“. In Wuhan in Mittelchina ertönten am 9. Dezember zur „äußersten Überraschung“ der Behörden laut Rufe nach „Freiheit“ und „Demokratie“.

Zu keinem Zeitpunkt aber wurde etwa die Führungsrolle der Kommunistischen Partei in Frage gestellt oder Forderungen nach einem Mehrparteiensystem erhoben.

Den Konservativen um den greisen Chen Yun und Parteideologen Peng Zhen – übrigens das erste prominente Opfer der Kulturrevolutionäre – ist die Reformpolitik zu schnell und zu weit vorangetrieben worden. Die studentischen Forderungen gar kanzeln sie als Versuch ab, die „bürgerliche Demokratie“ einzuführen, die ihrer Auffassung



Ein ungewöhnliches Bild aus Schanghai: Studenten demonstrieren, fordern mehr Demokratie, mehr Freiheit. FOTO: REUTERS

nach ja der Wahrung der kapitalistischen Ordnung dient.

„Als leuchtete der Mond der kapitalistischen Gesellschaft heller als unsere Sonne“ ereiferte sich unlängst Peng Zhen in einer Grundsatzrede vor dem Nationalen Volkskongreß und verteidigte nachdrücklich das Prinzip von der Überlegenheit der „sozialistischen Demokratie“, die der Gesamtheit der Arbeiter und Bauern diene.

Peng setzte sich damit im deutlichen Gegensatz zu Deng Xiaoping, der die ideologische Bevormundung der Bevölkerung lockern und damit günstigere politische Rahmenbedingungen für seine wirtschaftlichen Reformen schaffen möchte. Deng hat erkannt, daß der wirtschaftliche Reformprozeß automatisch eine Veränderung des politischen Bewußtseins der Bevölkerung hervorbrachte und damit das Monopol der Partei

in ideologischen Fragen allmählich zu zersetzen drohte.

Mit dem Beschluß des 12. ZK auf seiner 6. Plenartagung vor zwei Monaten über die „Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation“ vollbrachten die Reformen denn auch keine avantgardistische Leistung, sondern machten die Anstrengung, das durch die Politik der offenen Tür sich wandelnde Bewußtsein in neue ideologische Bahnen zu lenken.

Die Reform des politischen Systems darf nach diesem Papier aber nicht so weit gehen, daß die Führung der Partei und das Prinzip der demokratischen Diktatur des Volkes untergraben werden. Hier liegt die Grenze auch für die studentischen Demonstranten, aber auch das Dilemma, mit dem die Reformen zu kämpfen haben.

Im Rhein soll es im Jahr 2000 wieder Lachse geben

Die vier Anliegerstaaten beschließen Aktionsprogramm

HELMUT HETZEL, Rotterdam

„Im Rhein soll wieder Lachs schwimmen.“ Mit diesem Appell faßte die niederländische Ministerin für Wasserwirtschaft, Neelke Smit-Kroes, das Ergebnis der zweiten Sonderkonferenz der Umweltminister aus den vier Rhein-Anliegerstaaten in Rotterdam salopp zusammen.

Im Schlußkommuniqué der „Rotterdamser Erklärung“ gaben sich die Umweltminister optimistisch, daß die „wichtigste Wasserader Westeuropas“ im Jahr 2000 als Ökosystem wieder voll funktionsfähig sein wird. Ziel aller vier Rhein-Anliegerstaaten sei es, den ökologischen Zustand des Rheins wiederherzustellen, wie er vor dem Sandoz-Chemieunfall war.

Folgende Schritte sind nach Ansicht der Umweltminister dafür nötig: Ein verbessertes und über die nationalen Grenzen hinweg organisiertes Warnsystem müsse errichtet werden und dazu beitragen, daß ähnliche Umweltkatastrophen wie bei Sandoz rechtzeitig erkannt und verhindert werden können.

Die entsprechenden Kontrollposten entlang des Rheins sollen zu diesem Zweck sowohl technisch als auch personell verstärkt werden. Die Internationale Rhein-Kommission (IRK) wurde beauftragt, einen detaillierten „Alarmplan“ für solche Katastrophenfälle auszuarbeiten.

Ferner soll die Einhaltung des „Rhein-Chemievertrages“ von der IRK besser überwacht und müsse im Rahmen der „Regeneration des Rheins“ ein Abkommen erzielt werden, in dem sich alle Rhein-Anliegerstaaten dazu verpflichten, ihre Kühlwasserleitungen in den Fluß zu re-

duzieren. Damit will man einer zu starken Erwärmung des Rheinwassers vorbeugen.

Der deutsche Umweltminister Walter Wallmann erwägt außerdem, wie er vor der Presse sagte, eine Liste von chemischen Stoffen erstellen zu lassen, deren Produktion entweder ganz verboten oder doch zumindest eingeschränkt werden solle.

Entgegen der Ankündigung seiner Kollegen aus den Niederlanden und Frankreich war er jedoch nicht in der Lage, die deutschen Schadenersatzforderungen an das Schweizer Chemieunternehmen Sandoz finanziell zu konkretisieren. Wallmann zur WELT: „Die Schadenaufnahme ist noch nicht abgeschlossen.“

Frankreichs Umweltminister Alain Carignon dagegen bezifferte die Forderungen seines Landes gegenüber Sandoz auf voraussichtlich 250 Millionen Franc. Den Haag will von den Schweizern eine Schadenvergütung von zwei Millionen Gulden.

Der Schweizer Bundespräsident und Innenminister Alphons Egli sicherte zu, alle Forderungen zu prüfen und schnell durch die Schweizer Behörden und die Firma Sandoz abwickeln zu lassen.

Enttäuscht über das Ergebnis der Konferenz zeigten sich zahlreiche Umweltschutzorganisationen. Sie hatten gehofft, daß sich die weitgehende Haager Forderung, die längs des Rheins ansässigen Chemieunternehmen von einer unabhängigen internationalen Kommission regelmäßig überprüfen zu lassen, allgemein durchsetzen lassen würde. Dies war nicht der Fall.

Reagan will neue Raketen „mobil“ machen

SAD, Washington

US-Präsident Reagan hat den Plan gebilligt, die neuen amerikanischen Interkontinentalraketen vom Typ „MX“ künftig auf Eisenbahnwaggons zu montieren. Auf diese Weise könnten die riesigen Raketen, jeweils mit zehn Nuklearköpfen ausgerüstet, bewegt und praktisch unangreifbar gemacht werden.

Der Plan des Präsidenten sieht die Anschaffung von weiteren 50 MX-Raketen vor, so daß das strategische Kommando der amerikanischen Luftwaffe am Ende über 100 dieser Waffensysteme verfügen würde.

Der Vorschlag geht im US-Kongreß einem ungewissen Schicksal entgegen. Trotz aller früheren Drängens der Regierung hatte der Kongreß bisher nur 50 MX-Raketen bewilligt, und das auch nur unter der Bedingung, daß die Regierung gleich-

Interessante berufliche Positionen bietet Ihnen die BERUFS-WELT!

Wichtig ist, daß Sie über alle Berufs-Chancen für qualifizierte Bewerber rechtzeitig informiert sind. Nutzen Sie deshalb regelmäßig die BERUFS-WELT, den größten Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte mit wichtigen Informationen für mehr Erfolg im Beruf. Jeden Samstag in der WELT.

Auf Wunsch 4 Wochen kostenlos. Telefon 010-30-6010 zum Ortsamt. Oder Postkarte an:

DIE WELT
Postfach 20 30 20, 2000 Hamburg 36

Parteiklar, patent, puritanisch: Raissa Maximowa Gorbatschowa

Von R.-M. BORNGÄSSER

In Neu-Delhi verblüffte sie die Gastgeber, indem sie kokett fragte, was älter wäre, der Buddhismus oder Hinduismus. In London wollte sie von Premierministerin Margaret Thatcher wissen, wo diese denn ihre schönen Ohrringe her habe. Prompt kaufte sie sich das gleiche Cartier-Ohrringpaar für 6000 Mark. Das Karl-Marx-Grab interessierte sie nicht, dafür jedoch die Kronjuwelen im Tower. Und in Reykjavik charakterisierte sie kühn das sowjetische Außenministerium, als ihr die Besichtigungstour zu vollgepfropft erschien, so: „Die planen und planen, dann ändern sie alles.“

Die, die so mit lockerer Zunge durch die große weite Welt pendelt, immer nett anzusehen, frisch frisiert mit einem stets wasgerechten Lächeln im Gesicht ist Raissa Maximowa Gorbatschowa, die Frau des sowjetischen Parteisekretärs Michail Sergejewitsch Gorbatschow.

Eine „Kassandra des Kremls“, die beste PR-Waffe Gorbatschows, wenn er ins westliche Ausland jettet, um nicht müde zu werden, seine Friedensappelle anzuhören, die dann im Westen nicht ohne Wirkung bleiben, wie es scheint. Egal, wohin der Parteichef reist, egal wie beschwerlich auch immer diese Trips sein mögen, Raissa ist stets mit von der Partie. Alles an

ihm erscheint so parteiklar, patent und puritanisch, wenn sie ihre blaugrünen Augen im Großformat öffnet, hinterläßt sie stets einen irritierten Journalistenpulk, vergessen dann die SS 20, vergessen Afghanistan.

Was Nancy für Ronald Reagan, ist Raissa für Michail Sergejewitsch Gorbatschow. Geschicklich von seiner Umgebung beraten, öffnet dem Westen gegenüber seine familiäre Gemütsvine und zauberte die erdnahe Raissa hervor. Und diese eher kräftige als schmächtige erste Frau im Sowjetstaat genießt aus vollen Zügen ihr Publicity-wirksames Auftreten im westlichen Ausland.

Sie ist die erste Frau in der Sowjetunion, die so ungeniert mitmisch und sie ist bei der Sache wie noch nie jemand zuvor. Das Gefühl, ihrem Mann, ihrer Partei, ihrem Land Ehre zu machen, sitzt tief in ihr. Und der eigene Ehrgeiz treibt sie voran.

Raissa hat einen sowjetischen Traum in die Tat umgesetzt. Ein kleines Provinzmädchen mit viel Protektion (wahrscheinlich Nichte Gromyko) und großem Parteigeschick, gelang ihr doch der rare Sprung an die Moskauer Universität, um das Nobelpreis-Philosophie zu studieren.

Raissa stammt aus Stawropol. Ihr Alter wird auf 53 Jahre geschätzt. Über ihre Biographie breitet sich

Schweigen. Schon in frühen Studienjahren traf sie ihren Mann, den Jurastudenten Michail Sergejewitsch.

Angeblieh soll die Dissertationarbeit von Tochter Irina sich mit dem Problem von Alkoholsüchtigen befassen haben, sie hat somit Gorbatschows Anti-Alkohol-Kampagne maßgeblich beeinflusst. Nach den Moskauer Studienjahren kehrte das Ehepaar Gorbatschow nach Stawropol zurück, wo sie das gut situierte Funktionsarbeitsleben eines örtlichen Regionalparteihefts führten.

Hier trafen sie mit Andropow zusammen. Und aus dieser Zeit rührt auch die Freundschaft mit Schewardnadse aus dem benachbarten Tiflis. Nach erfolgreichen Provinzjahren folgte der Ruf nach Moskau: der rote Schicksalsfaden führte die Gorbatschows direkt in den Kreml.

Mit dem ideologischen Handgepäck einer linientreuen Kommunistin zieht Raissa Maximowa durch die freie westliche Welt. Mit ihren ungeniert abgezielten Ideen teilt sie alle Ansichten ihres alten Ehemannes immer im Gleichklang zwischen Gefühl und Vorurteil.

Längst ist es kein Geheimnis, daß sie kräftig intern mit reinredet, daß sie gern die Souffleuse spielt. Erstmals wurde nun die Frau eines sowjetischen Generalsekretärs auch in die



Mit Raissa Gorbatschowa können die Genossen noch nicht umgehen. FOTO: SVEN SIMON

öffentliche Funktion als Vorstandsmitglied des „Sowjetischen Kulturforums“ in Moskau berufen.

Das ist neu, denn bisher standen die Ehefrauen der Sowjetmächigen nur im Schatten ihrer Männer: Nina Chruschtschowa repräsentierte das mütterliche Rußland, als sie ihren Nikita in die USA begleitete. Die warmherzige rundliche Lehrerin im gebürtigen Kleid schien die Verkörperung der Babuschka, ohne deren Mithilfe in der Sowjetunion nichts gehen würde.

Kossigyns Frau und Breschnevs Wiktorija blieben zu Hause, und von Tatjana Andropowa erhöhte die Öffentlichkeit erst, als sie im Witwenschleier an den Sarg trat. Auch Tatjana Tschernomko sah man erstmals bewußt, als sie sich weinend über den Leichnam ihres Mannes warf, von Uniformierten beseitigt geschoben.

Raissa Gorbatschowa hingegen verkörpert die bislang größte Herausforderung an die Genossen – in einem Land, wo man zwar von Gleichberechtigung redet, was letztlich nur billige Arbeitskraft bedeutet, wo aber das hierarchisch männliche Parteiprinzip dominiert, Raissa, ein Nachschlagewerk für die PR-bedürftige Sowjetunion?

Noch ist die Frau des Parteisekretärs für die Funktionäre kein nachahmenswertes Modell. Noch wird sie hier ignoriert. Zwar erscheint ihr Bild mitunter in der „Prawda“ auf den Gruppenfotos der Politfunktionäre nach den offiziellen Reisen. Doch der Zeitungstext erwähnt sie nicht. Raissa hat keine offizielle Funktion.

Während sie in Genf, Paris, London, Reykjavik oder Neu-Delhi winkend aus der Vordertür des Sowjetjets mit Mann die Gangway hinunterstreift, benutzt sie bei der Rückkehr in Moskau auf dem Flughafen Wnukowa nur die Hintertür. Im

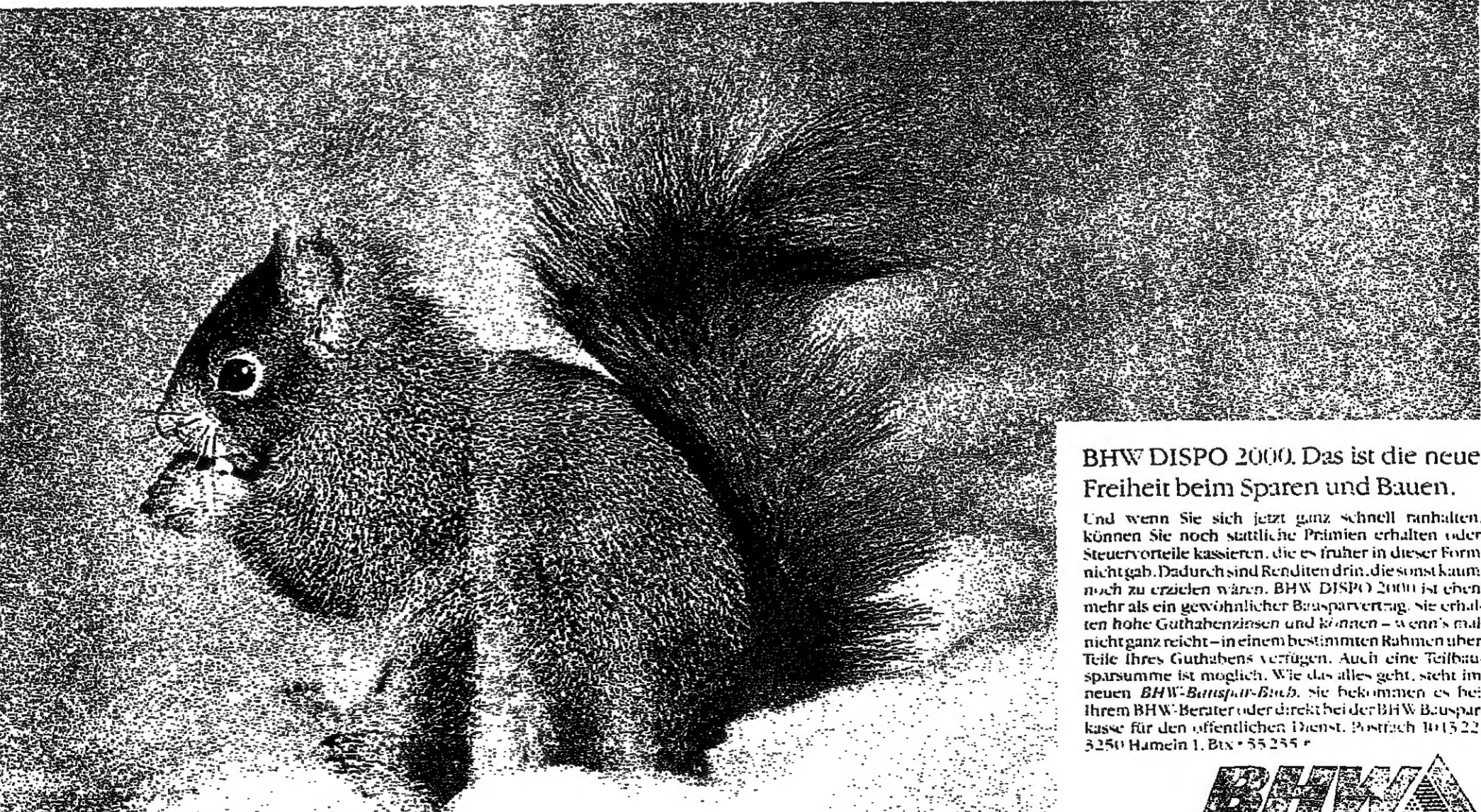
Land tritt sie stets ins zweite Glied zurück. Im eigenen Land verpflichtet Raissa sich freiwillig zu einem Konstruktionsprogramm. In Wladiwostok oder Moskau tritt sie auf dem unvorhersehbaren russischen Schuhwerk, trägt Plastiktaschen anstelle von Chevreauleder.

Selbst mit dieser Rolle tun sich die staatlichen Sowjetmedien schwer. Die Fernsehkameras verwelen zwar oft auf Raissa bei öffentlichen Veranstaltungen, bringen sie schießlich ins Bild, ohne allerdings zu sagen, um wen es sich hier handelt.

Als Raissa Gorbatschowa auf der Pressekonferenz des Kulturforums von Auslandskorrespondenten befragt wurde, las sie nur ein Statement ab, war zu keiner Aussage zu befähigen. Noch spielt sie im Lande die Rolle der „Puppe in der Puppe“.

Nicht wenige im Lager der Gegner Gorbatschows reiben sich an den Extravaganzen dieser ersten Dame des Staates, die so augenfällig ihren Luxus genießt, während das Land an der Armutsgrenze dahinschlittert. Die Stimmung, die Raissa so publikumswirksam für die Sowjetunion im Ausland einheimst, könnte sich innenpolitisch als Bumerang erweisen. Eine Gefahr, auf die immer öfters hingewiesen wird.

Raus aus dem Nest und ran an die Vorteile. Bis 31. 12. zum BHW.



BHW DISPO 2000. Das ist die neue Freiheit beim Sparen und Bauen.

Und wenn Sie sich jetzt ganz schnell ranhalten, können Sie noch stattliche Prämien erhalten oder Steuervorteile kassieren, die es früher in dieser Form nicht gab. Dadurch sind Renditen drin, die sonst kaum noch zu erzielen wären. BHW DISPO 2000 ist eben mehr als ein gewöhnlicher Bausparvertrag. Sie erhalten hohe Guthabenzinsen und können – wenn's mal nicht ganz reicht – in einem bestimmten Rahmen über Teile Ihres Guthabens verfügen. Auch eine Teilbausparsumme ist möglich. Wie das alles geht, steht im neuen BHW-Bauspar-Buch. Sie bekommen es bei Ihrem BHW-Berater oder direkt bei der BHW-Bausparkasse für den öffentlichen Dienst, Postfach 101522, 3250 Hameln 1. Btx: 55 255.

BHW
Die Bausparkasse mit Ideen

Von LOTHAR RÜHL

Seit dem Aufbau der gemeinsamen Verteidigung Westeuropas im atlantischen Bündnis ist die Frage gestellt, wie stark, wie beweglich, wie widerstandsfähig über die Zeit das militärische Abwehrdispositiv gegenüber einem Angreifer in Europa sein müßte, um Sicherheit zu bieten. Dabei sind stets zwei Überlegungen angestellt worden:

1. über die Wirkungen einer Kriegsführung mit modernen konventionellen Waffen;

2. über die Bedingungen für den Rückgriff auf Kernwaffen und die Folgen einer nuklearen Eskalation.

Die zweite Fragestellung hat wegen der Wirkung der Kernwaffen die erste zumeist überschattet, oft auch in militärischen Überlegungen überlagert oder sogar verdrängt. Die öffentliche Diskussion hat die nukleare Fragestellung als das Kriegsproblem an sich herausgehoben und dabei versucht, eine „konventionelle Alternative“ zur nuklearen Abschreckung zu finden. So ist in den politischen Sicherheitskonzeptionen die konventionelle Kriegsführung vielfach zu einer Art Ersatzfunktion für vorgestellte Nuklearkriegsführung als vermutete Konsequenz der nuklearen Abschreckung geworden.

Die Bedingungen für eine wirksame konventionelle Verteidigung in Mitteleuropa werden von der Geographie und von der Angriffsfähigkeit des Warschauer Pakts mit einer überlegenen konventionellen Truppenstärke, insbesondere nach der Kampfpanzerschlacht und der damit verbundenen Panzerangriffskraft vorgegeben.

Die dichte Aufstellung der WP-Panzerverbände und mechanisierten Infanterie der motorisierten Schützendivisionen auf gepanzerten Gefechtsfahrzeugen vor allem in Thüringen, Sachsen und Westbrandenburg, aber auch im Böhmen und im westlichen Polen stellt eine in kurzer Zeit einsatzbereite Masse dar, die in massiven Stoßkeilen konzentriert auf Durchbruchachsen nach Westen in Richtung Rhein und Ärmelkanal angestrichen werden kann.

Das 3:1-Kräfteverhältnis bei Kampfpanzern, Schützenpanzern, Panzerhaubitzen und so weiter zwischen den Armeen des Warschauer Pakts und der NATO würde nicht linear auf der ganzen Frontbreite zum Angriff aufgestellt. Es würde im Gegenteil dazu benutzt, an ausgewählten Gefechtsabschnitten größere Angriffsbereitschaft aufzubauen, so daß an den kritischen Punkten Kräfteverhältnisse von 5:1 oder sogar 10:1 geschaffen werden könnten, um den

Eine konventionelle Abschreckung für Europa?

Analyse zur Sicherheitspolitik / Ohne die Mittel der nuklearen Verteidigung würde der Krieg wieder „führbar“ werden

Durchbruch zu erzwingen und ausgreifend in die Tiefe vorzustoßen.

Da Westdeutschland wenig räumliche Tiefe hat, wäre die Distanz, über die ein Stoßkeil vordringen müßte, um operative Ziele am Rhein oder an der Weser zu erreichen, mit 120 bis 250 Kilometern nicht besonders groß. Diese kurze Wegstrecke für die Aggression aus dem Osten veranlaßt General de Gaulle als französischer Staatschef zu der Bemerkung: „Die Bedrohung steht nur drei Tagesetappen der Tour de France von Frankreich entfernt.“ Die Hauptprobleme für den östlichen Angreifer wären also der rechtzeitige verdeckte Aufmarsch in Angriffsaufstellung und die Verstärkung des Angriffs durch Entfaltung und Nachsetzen mit rechtzeitig aus dem Osten herangeführten Reserven.

Beide Probleme würden um so leichter zu lösen sein, je weniger Feuer der Verteidiger auf der NATO-Seite gegen das Aufmarschgebiet des WP, also im östlichen Mitteleuropa, zur Wirkung bringen, je weniger Einsatzflugplätze, Artillerie- und Panzerbatterien, Führungsanlagen und Lager er rechtzeitig bekämpfen könnte.

Die NATO-Verteidigung muß den Aufmarsch, die Konzentration von Angriffverbänden in Stoßkeilen, deren Verstärkung und den Ersatz für abgekämpfte Truppen wie den Nachschub unter ein hohes operatives Risiko stellen, und zwar ganz unabhängig vom strategischen Risiko nuklearen Eskalation, die auch das Gebiet der den Angriffskrieg gegen Westeuropa führenden Militärmächte, also der Sowjetunion, von vornherein einbeziehen müßte, um wirksam zu sein.

Das operative Risiko für eine Offensive gegen Westeuropa kann von starken konventionellen Kräften der NATO-Verteidigung dem Angreifer jedenfalls für seine erste Angriffsstufe und Luftstreitkräfte in der Reichweite der NATO-Waffen auferlegt werden. Konventionelle Verteidigung in Mitteleuropa, auf deutschem Boden, ist der westlichen Allianz also möglich, solange sie über kampfkraftige, das heißt panzerstarke und mit durchschlagenden Panzerabwehrwaffen ausgerüstete, bewegliche Truppen und über Luftstreitkräfte verfügt, die auch gegen die starke Luftabwehr des WP ihre Ziele auf

dem Aufmarschgebiet des Angreifers wirksam bekämpfen können.

Beide Komponenten: gepanzerte Abwehrkraft und angriffsfähige Kampfflugzeuge und Flugkörper sind notwendig, um eine konventionelle Verteidigung auch in der Zukunft zu erhalten. Die Standfestigkeit dieser Verteidigung gegen wuchtige Angriffsstöße hängt aber auch von dem Rückhalt ab, den Nachschub und rechtzeitige Verstärkungen ihr geben können.

Trotzdem sind dem konventionellen Abwehrkampf auf dem dicht besiedelten und bebauten eigenen Gebiet Grenzen gesetzt. Die Zerstörungskraft der modernen konventionellen Waffen würde zwar nicht die Substanz des verteidigten Gebietes vernichten, wohl aber bei Ausbreitung und längerer Dauer der Kämpfe hoher Intensität zu landweiten Verwüstungen und großen Verlusten auch der Bevölkerung führen.

Deshalb muß die NATO-Verteidigung auf dem konventionellen Sockel der Abschreckungskraft über Kernwaffen verfügen, deren Zerstörungskraft im Ziel das operative militärische Risiko eines Angreifers weiter vergrößert und ihn mit dem strategischen Risiko der nuklearen Eskalation, die seine Existenz bedrohen würde, konfrontiert.

Aus diesem Risiko darf die Sowjetunion in der militärischen Konfrontation nicht ausgespart, von diesem Risiko darf eine sowjetische Angriffsplanung, gleichgültig ob sie nur auf die konventionelle Angriffsstärke des Warschauer Pakts setzt, oder auch auf die Wirkung ihrer Kernwaffen, nicht freigestellt werden. Wenn eine Kalkulation der Risiken und des militärischen Aufwands für einen Sieg in Europa über die NATO oder auch nur für eine Okkupation einzelner Länder wie der Bundesrepublik Deutschland in Moskau keine sichere Option zur militärischen Entschei-

dung des Konflikts zuläßt, wird die Sowjetführung in der Krise auf den Krieg als Mittel ihrer Politik verzichten. Diesen Entschluß gegen den Krieg herbeizuführen, ist der Sinn und Zweck der Abschreckung, die seit dem Entstehen der militärischen Konfrontation zwischen Ost und West in Europa wirksam ist.

Den Sockel dieser Abschreckung bilden unbestreitbar die konventionellen Streitkräfte, mit denen die NATO ihr Gebiet zu Lande und zur See gegen Angriffe verteidigen kann.

Chruschtschow annehmen könnte, daß die USA nur die Atombombe hätten, um einen Angriff in Europa abzuwehren, er diesen Angriff wagen könnte, weil die Drohung mit Atombomben als Vergeltung dafür ihm wenig beeindrucken müßte.

Gleichgültig, ob diese Bewertung der sowjetischen Lagebeurteilung entsprach oder nicht, kommt in ihr die richtige Erkenntnis zum Ausdruck, daß eine Abschreckung nicht allein auf der Androhung massiver Vergeltung mit Kernwaffen beruhen kann, wenn der Gegner gleichfalls über solche Waffen verfügt.

Die neuerliche Diskussion in Amerika über „konventionelle Abschreckung“ als Ersatz für nukleare gründet auf das andere Extrem: Den Verlaß auf konventionelle Verteidigung. Der Gegenstand dieser Diskussion ist die Überlegung, daß konventionelle Abwehrkraft Abhängigkeit von Kernwaffen nicht nur verringern, sondern auch das existentielle Engagement der USA zur Abschirmung der Sicherheit Westeuropas begrenzen, im Falle einer allgemeinen nuklearen Abrüstung sogar aufheben würde.

Die Reagan-Administration hat sich bisher allerdings nur eine Halbierung der strategischen Kernwaffenarsenale und die Beseitigung aller Raketen aller Reichweiten zum Ziel gesetzt, im übrigen den Vorschlag der Beseitigung der landgestützten Flugkörperwaffen mittlerer Reichweite aus Europa und deren Begrenzung weltweit auf je einhundert Gefechtsköpfe aufrechterhalten.

Ersatz für solche nuklearen Optionen im amerikanischen Potential ist mit anderen Waffensystemen vorstellbar. Die US-Administration hat eine Kombination von Langstrecken-Marschflugkörpern und Kampfflugzeugen vorgesehen. Verzicht auf Raketen würde für die beiden Weltmächte verschiedenartige geostrate-

gische Situationen im Verhältnis zu einander schaffen, nachdem die direkte Raketenbedrohung über die interkontinentale Distanz und von See her fortgefallen wäre. Die peripheren nuklearen Angriffsmittel, also insbesondere die US-Kampfflugzeuge als Kernwaffenträger in Europa und auf See, würden strategisch aufgewertet.

Für Westeuropa könnten andere Trägermittel zur „extended deterrence“ durch die USA, zur auf das NATO-Gebiet in Europa ausgeweiteten Abschreckung bereitgehalten werden.

Welche Lösung des Problems auch immer gewählt würde, konventionelle Streitkräfte könnten Kernwaffen nicht ersetzen, jedenfalls nicht, solange die Invasionsfähigkeit des Warschauer Pakts mit konventionellen Angriffskräften gegen Westeuropa bestehen bleibt.

Es ist diese sowjetische Option zur Führung eines auf Europa westlich Sowjetrußlands begrenzten Angriffskrieges, die nukleare Abschreckung auch regional in Europa notwendig macht und es gebietet, die Sowjetunion im Kriegfall nicht zu einem Sanktuarium für Gegenschläge der NATO-Streitkräfte in Europa werden zu lassen.

Dabei ist ohnehin zu berücksichtigen, daß die „operativ-taktischen“ Raketen, deren Beseitigung Gorbatschow im Rahmen konventioneller Streitkräfteveränderungen angeboten hat, im Verband der Landstreitkräfte des WP, in einem Dispositiv kombinierter nuklearer, chemischer und konventioneller Waffen stehen; sie aus diesem Zusammenhang herauszulösen, erscheint in jedem Fall als äußerst schwierig. Es ist generell zu bedenken, daß Kernwaffen nicht willkürlich aus dem kombinierten nuklearen/konventionellen Optionsverbund herausgelöst und für Rüstungskontrolle isoliert behandelt werden könnten, wenn die Krisenstabilität des Kräfteverhältnisses bewahrt – und keine konventionelle Fähigkeit zur Kriegsführung in Europa freigegeben werden soll.

Es kann in Verhandlungen über intermedäre Nuklearwaffensysteme deshalb ohnehin nicht darum gehen, sozusagen von „Null-Lösung“ zu „Null-Lösung“ einen denuklearen europäischen Konfliktschauplatz zu schaffen, auf dem die konventionelle sowjetische Militärmacht

dominierte und wieder eine von nuklearen Risiken freie Option des begrenzten Krieges gegen Westeuropa hätte.

Schließlich stellt sich die Frage nach der Angriffsfähigkeit konventioneller Streitkräfte in Europa. Ohne die Mittel der nuklearen Abschreckung mit ihrer existentiellen Bedrohung für den Kriegsfall würde nach der Summe der historischen Erfahrung Krieg in Europa wieder führbar. Konventionelle Kräfteverhältnisse haben in der Geschichte sicherlich in konkreten Situationen den Entschluß eines Staates zum Kriege gegen andere abgeschreckt, weil die Staatsführung die eigenen Kräfte als zum Sieg nicht fähig oder das Risiko zu hoch eingeschätzt hatte.

Doch die Geschichte der Staaten ist bis zum Beginn der nuklearen Ära auch und weithin Kriegsgeschichte gewesen. Selbst militärische Kräftegleichgewichte und allgemeine Machtbalancen haben Kriege in der Vergangenheit nicht immer verhindert. Die Lage in Europa 1914 und 1939-41 war zwischen den späteren Kriegsparteien – Koalitionen und Allianzen – von ungefährtem Gleichgewicht gekennzeichnet. Es gibt zahlreiche Beispiele für die Kriegseröffnung durch den nach der Truppenstärke oder der Zahl seiner Feldgeschütze, Festungen, Kriegsschiffe unterlegenen Staat gegen den im Zahlenwerk der Kriegsmittel anscheinend Stärkeren.

Ein konventionelles Kräftegleichgewicht, so erstrebenswert es für krisenstabile Sicherheit in Europa und militärische Kräftebegrenzung auch ist, kann nicht mit zuverlässiger „konventioneller Abschreckung“ gleichgesetzt werden. Dies gilt auch für Streitkräfte, die mit moderner konventioneller Waffentechnik die Abwehroptionen gegen die Angriffsoptionen stärken und so das operative Risiko für den Angreifer vergrößern könnten.

Auch für diese beiden Fälle der Stärkung der militärischen Sicherheit durch Rüstungskontrolle beziehungsweise Technologie (die dem Angreifer auch verfügbar ist, um offensive Optionen zu verbessern) mit dem Nettoeffekt einer Stärkung der Verteidigung wird Abschreckung auf Mittel nicht verzichten können, die eine Risikobegrenzung für den Krieg ausschließen und also jede Erfolgschance für Angriffskrieg als Mittel der Politik diesem nicht abdeckbaren Risiko unterwerfen wie einem kaudinischen Joch. Darin liegen Wesen und Wert der nuklearen Abschreckung, für die konventionelle Stärke der Sockel ist, für die sie aber keinen Ersatz bieten kann.



Lothar Rühl ist Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Er hat vielbeachtete Analysen zur Sicherheitspolitik geschrieben und gehört dem Institut für Strategische Studien in London an.

FOTO: CAROLINE BRECHER-SCHULZ

Transport bedeutet mehr als die effiziente Beförderung von Gütern und Personen von einem Ort zum anderen. Dazu gehören auch Sicherheit, Komfort und ein durchdachtes System.

TRANSPORT

In aller Welt wachsen und gedeihen die Stadtgebiete, und parallel dazu wächst das globale Interesse an effizienten Bahnsystemen, die zuverlässig, sicher und bequem sind – und keine Bedrohung für die Umwelt darstellen.

Hitachi Wissenschaftler und Ingenieure erzielen rasche Fortschritte in Richtung auf Systeme, die kostengünstig alle diese Anforderungen erfüllen. Gegenwärtig testen wir Züge, die von einem neuentwickelten, kompakten, leistungsstarken Linearmotor angetrieben werden. Dieses Schienenfahrzeug gewährleistet glatte, geräuscharme Fahrt in engen Kurven und auf steilen Steigungen. Schwingen und Schwanken sind weitaus geringer, und das von konventionellen Zügen her gewohnte Kreischen ist praktisch eliminiert. Der Linearmotorzug ist außerdem sehr kompakt, was beträchtliche Kosteneinsparungen ermöglicht. Beispielsweise genügt für U-Bahntunnel das halbe Querprofil von gewöhnlichen Tunneln.

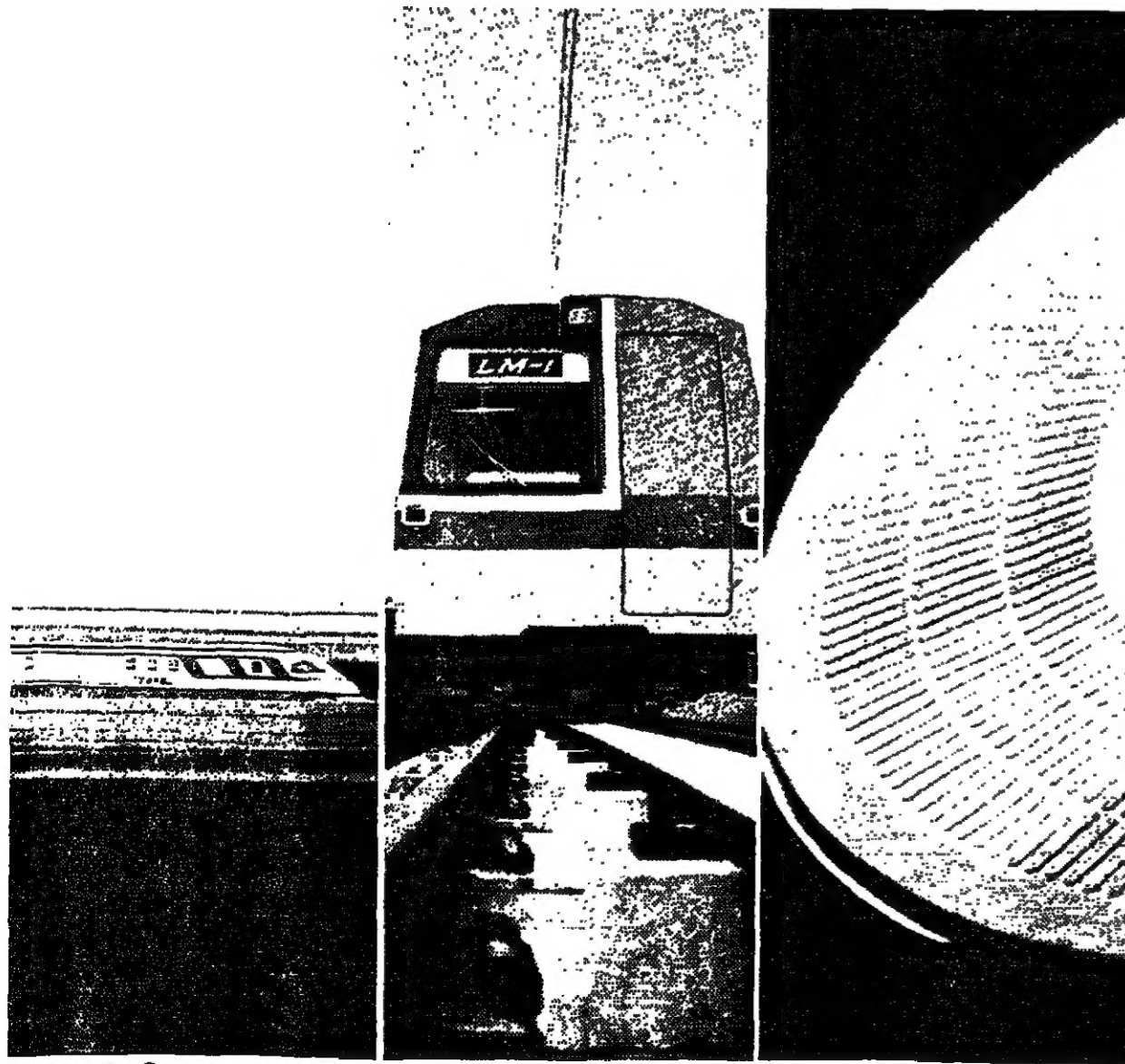
Hitachi produziert elektronische Schlüssелеlemente, darunter leistungsstarke Thyristoren, die den Energiebedarf wesentlich reduzieren, und Chips für großintegrierte Schaltkreise (LSI), die für automatische Steuer- und Betriebssysteme von Zügen eingesetzt werden. Wir entwickeln auch Hardware und Software für ein integriertes computersystem, das den gesamten Bahnbetrieb regelt – angefangen von der Fahrkartenausgabe bis zur Fahrplanerstellung und dem eigentlichen Fahrbetrieb. Außerdem bauen wir ultraleichte Züge, Schienenbahnen und Superexpresszüge.

Wir verknüpfen Technologie mit menschlichen Bedürfnissen. Wir glauben, daß Hitachi fortschrittliche Technologien zu Systemen führen, die den Bedürfnissen der Menschen auf mannigfaltige Weise dienen werden – durch mehr praktischen Nutzen und Komfort, geringere Kosten und umweltfreundliches Design. Unsere Zielsetzung im Transportwesen – wie auch in den Bereichen Kommunikation, Energie und Medizin – ist die Entwicklung und Erstellung von Systemen, die überall in der Welt die Lebensqualität verbessern.

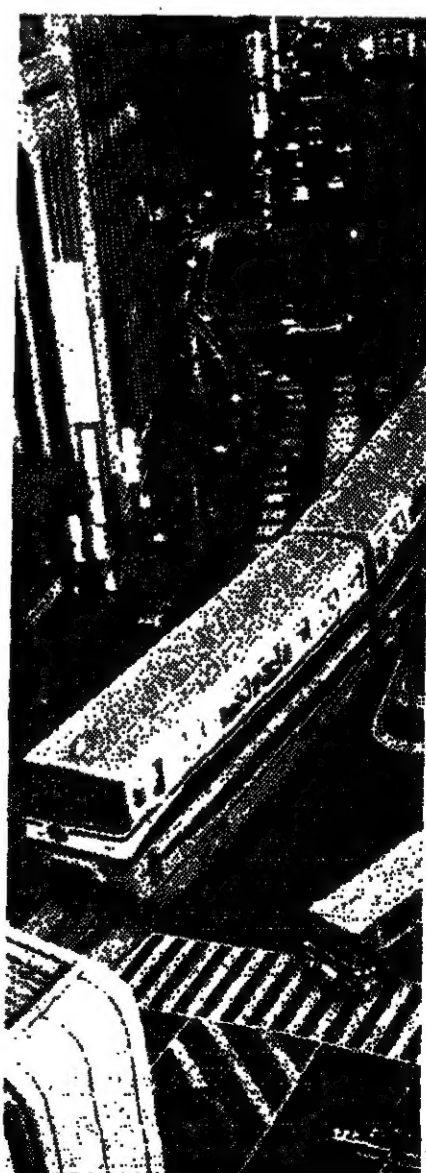


HITACHI

Hitachi, Ltd. Tokyo, Japan



Hitachi hat in Zusammenarbeit mit der Japanischen Staatsbahn einen Linearmotorzug mit einer potentiellen Geschwindigkeit von 500 km/h, einen glatt laufenden, geräuscharmen Linearmotorzug, effiziente Thyristoren sowie einen Schienenwagen entwickelt.



MIC
WA
Seit 1980 hat Hitachi
erfahren. So tragen
beim zuecht bei der
Entscheidung als auch
Unterstützung. Die Team

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Die Herausforderung

„Über die Schwierigkeit, Umweltänderungen zu betreiben“, WELT vom 16. Dezember

Wie im gesamten Umweltrecht herrscht im Umweltstrafrecht ein geradezu skandalöses Vollzugsdefizit.

Kube schildert anschaulich die Schwierigkeiten und Grenzen der Aufklärung und Verfolgung von Umweltkriminalität, seine Verbesserungsvorschläge sind bedenkenswert. Das weitgehend unentwickelte Unrechtsbewusstsein und die meist bewusste Vernachlässigung des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen zugunsten der Rentabilität sind nicht nur eine Herausforderung an staatliche Institutionen, sondern auch an die herrschende Wirtschaftsmoral. Die hohe Sozial-schädlichkeit der Umweltdelikte verlangt dringend eine Verbesserung der Strafverfolgung.

Höhere Qualifizierung der Strafverfolger bezüglich naturwissenschaftlicher und ökologischer Zusammenhänge und vor allem Veränderungen beim Schadensausgleich, zum Beispiel im Beweisrecht und durch die von Kube vorgeschlagene Aktivierung der Abschöpfungsinstrumente, sind notwendige Maßnahmen. Statt eine besondere Umweltpolizei zu schaffen, sollte die Zusammenarbeit von Umweltbehörden und Polizei intensiviert werden. Aus der Sicht der Grünen kommt der Zusammenarbeit mit den Bürgern herausragende Bedeutung zu. Nur wenn die Tätigkeit der Umweltverwaltung für die betroffene Bevölkerung einsehbar und kontrollierbar wird, zum Beispiel entsprechend dem von uns im Bundestag eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über das Einsichtsrecht in Umweltdaten, wird sich am Vollzugsdefizit im Umweltrecht wirklich etwas ändern. Eine „gläserne Umweltverwaltung“, die Verbandsklagen für Umweltschutzverbände, die Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie die konsequente und grundlegende Veränderung und Umstellung einer Vielzahl naturzerstörender Produktionsverfahren sind vorrangig gegenüber der Keule des Strafrechts.

Diese eigentlich selbstverständliche Auffassung vom Strafrecht als ultima ratio bedeutet natürlich nicht, daß nicht die oft an hervorragender Stelle unserer Wirtschaft tätigen,

kühl kalkulierenden Umweltstraftäter schnell und konsequent bestraft werden müssen. Umweltstraftäter dürfen jedoch keinesfalls als Sündenböcke von den überfälligen, weitgehenden wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Natur- und Umweltzerstörung ablenken.



Norbert Mann, MdB, Die Grünen

böcke von den überfälligen, weitgehenden wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Natur- und Umweltzerstörung ablenken.

Norbert Mann, Richter a. D. MdB, Die Grünen

Tierquälerei

„Hollmann warnt vor einem Trend zur Zirkusentwicklung“, WELT vom 2. Dezember

Herr Dr. Hollmann hat auf eine Entwicklung hingewiesen, die doch wohl schon in vollem Gang ist. Wenn die Menschen nur wegen des schönen Geldes ihre Gesundheit und ihren Körper ruinieren, dann ist dieses entsetzlich. Wenn Eltern aus Eitelkeit ihre Kinder diesen Torturen aussetzen, ist das ein Skandal. Dagegen könnten Sportlehrerinnen und Lehrer viel tun.

Wenn im Reitsport aber Pferde, die sich nicht dagegen wehren können, mit Gewalt gezwungen werden, Springen mitzumachen, oder über ihre Geländestrecken gejagt werden, dann ist dies eine Schande.

Es geht ja nicht, wie es früher einmal war, um sportlichen Wettkampf, sondern um sehr viel Geld. Darum werden die Tiere gequält. Schön wäre es, wenn die Menschen dafür Sorge tragen würden, daß die Pferde auch Anspruch auf Tierschutz haben.

Thorvald Roloff, Hamburg 52

Auch in Preußen

„Ja, heute geht eine Epoche zu Ende“, WELT vom 6. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren, die Behauptung, daß im heutigen Essener Stadtteil Werden 1804 die erste in Deutschland angefertigte Dampfmaschine gearbeitet habe, stimmt nicht. Die erste wirtschaftlich brauchbare, in Deutschland, das ist Preußen, hergestellte Dampfmaschine nach dem Wattischen System wurde bei Hettstadt im Mansfeldischen in Gang gesetzt. Auf dem 100 Jahre später vom Verein deutscher Ingenieure errichteten Denkmal steht: Am 23. August 1785 kam an dieser Stelle – dem König-Friedrich-Schachte – zum ersten Male eine aus deutschem Material und von deutschen Arbeitern hergestellte Feuermaschine in Betrieb zu dauernder gewerblicher Benutzung.

Mit besten Grüßen, Prof. Dr. Werner Gottwald, Erlangen

Muß das sein?

„Von SPD-Mitgliedern bis zu Personalisten“, WELT vom 15. Dezember

Sehr geehrte Herren, der skandalöse Spionage- und Verfallsfall im Bundespräsidialamt, der mit der Festnahme der dortigen Verwaltungsangestellten Margret Höke aufgedeckt wurde, führt zwingend zu der Frage, in welcher Weise in unserem Lande eigentlich geheime und geheimzuhaltende Staatsangelegenheiten behandelt werden.

Der Bundespräsident ist der Verfassung nach oberster Repräsentant unseres Gemeinwesens. Anders als dem Reichspräsidenten nach der Weimarer Verfassung ist ihm eine politische Machtstellung oder gar ein aktives politisches Einwirken in Entscheidungsprozesse der Regierung.

Wort des Tages

„Die Parteien sind das, was die Individuen sind, die sie verkörpern und billigen.“

Benedetto Croce, italienischer Historiker und Philosoph (1866-1952)

womit ein detaillierter Informationsstand begründet werden könnte, verwehrt. Abweichend von der Weimarer Verfassung ist die Stellung des Bundespräsidenten auf die Repräsentation des Staates als Staatsoberhaupt begrenzt.

Aus dieser verfassungsrechtlichen Voraussetzung ergibt sich die Frage: Was haben eigentlich geheime Staatspapiere und Verschlusssachen höchster Geheimhaltungsstufe und Akten im Bundespräsidialamt zu suchen, deren Inhalt streng geheime Erkenntnisse bundesdeutscher Nachrichtendienste darstellen, gesammelt zur Sicherheit unseres Staatswesens?

Mit freundlichen Grüßen, Henry H. Brüggemann, Hamburg 13

Forderungen

„Kürzere Arbeitszeiten müssen wir mit Wachstumsverlusten bezahlen“, WELT vom 16. Dezember

Sehr geehrte Herren, angesichts der begonnenen „Tarifrunde“ in der Metall-Industrie, sowohl „Gesamt-Metall“ wie „IG Metall“ ins Stammbuch:

● Die Gewerkschaften können nur für ihre Mitglieder, das ist eine Minderheit der Arbeitnehmer, sprechen. Vollständigkeit der Gewerkschafter ist also Theaterdonner.

● Die von den Gewerkschaften schon jetzt geäußerten Forderungen (Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und außerdem Tarifierhöhungen!) zeugen von der Mißachtung der Arbeitslosen, denn deren Behelfseinkünfte in Form von Arbeitslosengeld und -hilfe sinken relativ im selben Maße, wie die Einkommen der Arbeitsplatzinhaber steigen.

● Arbeitszeitverkürzung und Tarifierhöhungen wirken sich vor allem bei den kleinen und mittleren Betrieben aus. Sie können und haben in der Vergangenheit schon oft solche Betriebe in den Konkurs treiben! So wohl die Gewerkschaften wie die Arbeitgeber sollten daher bei ihren Verhandlungen immer die Situation solcher existenzgefährdeter Betriebe, nicht die großen Arbeitgeber vor Augen haben!

● Unmäßige Verhandlungsergebnisse beschleunigen die Abwanderung von Betrieben oder deren Teile in lohngünstigere Staaten. Statt einträglichem Export von Fertigwaren werden Arbeitsplätze exportiert. Zurück bleiben die bisherigen Platzinhaber als Arbeitslose.

Mit freundlichen Grüßen, Werner Gohrlich, Erkrath

Personen

PRÄSIDENTIALAMT

Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird am 7. und 8. Januar wieder zum traditionellen Neujahrsempfang einladen. Am ersten Tag bittet der Präsident Repräsentanten des öffentlichen Lebens, das Bundeskabinett, aber auch Bürger, die sich vor allem im sozialen Bereich verdient gemacht haben, zu sich in die Villa Hammerschmidt nach Bonn, seinen Amts- und Wohnsitz. Am 8. Januar findet auf Einladung des Präsidenten in der Bad Godesberger Redoute der große Diplomatenempfang statt. Richard von Weizsäcker und seine Frau Marianne fahren heute in einen kurzen Weihnachtserurlaub. Die Familie verbringt die Festtage wie schon in den Vorjahren in ihrem Haus bei Bad Tölz.

WAHL

Auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Manuelle Medizin in Hamm wurde Dr. Karl-Heinz Drogala zum dritten Mal als Präsident dieses Verbandes gewählt. Die Deutsche Gesellschaft für Manuelle Medizin ist eine Vereinigung von chirotherapeutisch tätigen Ärzten und widmet sich der Diagnostik und Therapie von Erkrankungen der Wirbelsäule und der Extremitäten.

EHRUNGEN

Professor Dr. Günther Kahle, Direktor der Iberischen und Lateinamerikanischen Abteilung des Historischen Seminars der Universität zu Köln, wurde vom Staatspräsidenten der Vereinigten Mexikanischen Staaten mit dem Orden des „Águila Azteca“ in der Stufe des Offizierskreuzes ausgezeichnet. Der Orden des Azteken-Adlers wurde von der mexikanischen Regierung zur Ehrung von Personen gestiftet, die sich für Mexiko und die Menschheit eigenmächtig eingesetzt haben. Durch diese Ehrung soll die Verbundenheit Professor Kahles mit dem auszeichnenden Land gewürdigt werden.

Die 50jährige Münchner Schriftstellerin Monika Hartig ist für ihr Buch „Wann blüht der Zuckerrütenbaum“ mit dem Zürcher Kinderbuchpreis ausgezeichnet worden. Der vom „Tages-Anzeiger“ gestiftete Preis ist mit 3000 Franken (rund 3600 Mark) dotiert.

te Preis ist mit 3000 Franken (rund 3600 Mark) dotiert.

Mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ist der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Eduard Hafkamp aus Oldenburg, ausgezeichnet worden. Durch die vorbildliche Zusammenarbeit zwischen dem Volksbund und der österreichischen Kriegsgräberfürsorge sind in Österreich zehn große deutsche Soldatenfriedhöfe angelegt worden.

GEBURTSTAG

Der Intendant des Süddeutschen Rundfunks (SDR) in Stuttgart, Professor Hans Bausch, wird morgen 65 Jahre alt. Bausch, der seit über 28 Jahren ununterbrochen an der Spitze der fünftgrößten ARD-Anstalt steht, hat die Medienlandschaft der



Hans Bausch

Bundesrepublik Deutschland wesentlich mitgeprägt. Als 36jähriger war der engagierte Journalist, Kommunikationswissenschaftler und CDU-Landtagsabgeordnete – ohne Unterstützung seiner Partei – zum jüngsten Rundfunkintendanten in der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Heute ist er der dienstälteste Intendant, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch innerhalb der Europäischen Rundfunkunion. Bausch ist der Vater der Medienforschung für Rundfunk und Fernsehen. Seit 1967 ist er ununterbrochen Vorsitzender der Medienkommission von ARD und ZDF, die für alle Fragen der Programm- und Medienforschung zuständig ist. Von 1967 bis 1985 leitete er auch den wichtigen Koordinierungsausschuß zwischen

ARD und ZDF, lange Jahre zusammen mit dem ZDF-Intendanten Dieter Stolte.

MUSIK

Der Freiburger Generalmusikdirektor Eberhard Kloke wechselt im August 1988 in gleicher Eigenschaft nach Bochum. Der künftige Chef der Bochumer Symphoniker wurde 1948 in Hamburg geboren und begann seinen Berufsweg in Mainz. Nach Verpflichtungen in Darmstadt und Lübeck trat er 1980 das Amt des Generalmusikdirektors in Ulm an. Seit 1983 wirkt er in Freiburg. In Bochum wird er den Israeli Gabriel Chmura (40) ablösen, der nach sechsjähriger Tätigkeit in der Ruhrstadt 1988 in der kanadischen Hauptstadt Ottawa die Leitung des NAC-Orchesters übernimmt.

DIPLOMATIE

Italien hat einen neuen Generalkonsul in Frankfurt am Main. Die Bundesregierung erteilte Gianfranco Facco Bonetti das Exequatur. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. Franz Ludwig, bisher freiberuflicher Architekt und ständiger Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Coburg sowie an der Universität Bamberg, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Baukonstruktion, Hochbaukonstruktion und darstellende Geometrie an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt erhalten. Ludwig, 1936 in Karlsdorf im Sudetenland geboren, hatte nach Tätigkeit als Hochbautechniker und Bauleiter von Großbaustellen an der Fachhochschule in Coburg und der TU Berlin Architektur studiert.

ERNENNUNG

Zum neuen Chefpiloten der Berlin-Flotte von PanAm ernannte die Geschäftsführung jetzt Captain Jack Ditzel. Sein Vorgänger John Bigelow arbeitet künftig in Toulouse, Europas Airbus-Zentrale. Dort fungiert er als Verbindungsmann zwischen dem US-Airliner und dem europäischen Luftfahrtsektor.

MICHELIN HAT AUCH 1986 GEWONNEN, WAS ES ZU GEWINNEN GAB.



Auch 1986 hat Michelin Siege über Siege eingefahren. So triumphierten Peugeot und Michelin sowohl bei der Rallye-Markenweltmeisterschaft als auch bei der Deutschen Meisterschaft. Die Teamweltmeisterschaft bei

den Sportwagen gewann ein Brun-Porsche auf Michelin, und die Deutsche Formel-3-Meisterschaft ging an Kris Nissen auf Ralt-VW ebenfalls mit Michelin. Auch bei Motorrädern wurde Michelin wieder Weltmeister aller Klassen,

ab 500, 250, 125 oder 80 ccm. Abgesehen von der erneuten Titelverteidigung bei der Rallye Paris-Dakar, der Endurance- und Trial-Weltmeisterschaft. Auch in Zukunft wird Michelin seine Siegesserie fortsetzen.

KEINE KOMPROMISSE.

MICHELIN

Thatcher fordert Moskau auf, die Mauer abzureißen

Sie begegnet Gorbatschow mit Vorsicht und Stärke

R. GATTERMANN, London

Margaret Thatcher, Großbritanniens Regierungschefin, die derzeit allen Grund zu Freude und Zufriedenheit hat, nachdem ihr die Meinungsumfragen einen überraschend großen Vorsprung vor der rivalisierenden Labour Party beschreiben, bereichte die Presse ihres Landes an diesem Wochenende mit einer Rarität: Für den „Sunday Express“ hat sie selbst zur Feder gegriffen.

Daraus wurde eine Art Weihnachts- oder Neujahrsbotschaft unter dem Leitern, daß nur Vorsicht, um nicht zu sagen eine gehörige Portion Mißtrauen, und Stärke der Welt Frieden und Freiheit beschreiben können.

The Right Honourable Margaret Thatcher MP (Member of Parliament) erinnert zunächst daran, daß 1986 weder den Afghanen, „für die das achte Jahr einer brutalen sowjetischen Besetzung beginnt“, noch Iran und Irak oder den „vielen Tausend, die in sowjetischen Gefangenenlagern eingesperrt sind und deren Straftat lediglich darin bestand, ihre grundlegenden demokratischen Rechte gefordert zu haben, Frieden gebracht hat.“

Keine Abrüstung

Von fundamentalen Veränderungen könne erst dann die Rede sein, wenn „die Berliner Mauer abgebaut ist sowie die Völker der Sowjetunion und Osteuropas etwas von der Freiheit genießen können, die wir im Westen als so selbstverständlich hinnehmen.“

JU: Nobelpreis für Dalai Lama

dpa, Bonn

Die Junge Union (JU) hat das geistliche Oberhaupt des tibetischen Volkes, den Dalai Lama, für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. JU-Chef Christoph Böhr begründete die Empfehlung damit, daß der Dalai Lama Tenzin Gyatso sich wie kaum ein anderer Politiker auf der Welt für den „geistigen Frieden“ einsetzt. Der seit 1959 im Exil lebende Dalai Lama habe sich der Gewaltlosigkeit verschrieben. Er lehne jede Feindschaft auch gegenüber dem mächtigen Nachbarn China ab.

Schwere Kämpfe in Tschad

dpa, Paris

Der Botschafter der Tschad in Paris, Allam-Mi Ahmad, forderte befreundete Länder zur Unterstützung der Regierung von Präsident Habre auf, um einen nahen Sieg über Libyen nicht zu verschenken. Nach Angaben der Tschad-Regierung sollen die Libyer bei einer Großoffensive schwere Verluste erlitten haben. Die Verteidiger hielten sich gut, ließ es Paris hatte Tschad in der vergangenen Woche aus der Luft versorgt, will aber nördlich des 16. Breitengrades militärisch nicht direkt eingreifen.

Pakistan: Regierungskrise

Kabinett Junejo tritt zurück / Blutige Unruhen

AP/dpa, Karatschi

In Karatschi haben sich Angehörige zweier islamischer Volksgruppen, der Pathanen und der Modschahiren, eine Woche lang blutige Kämpfe geliefert. Nahezu 170 Menschen sollen dabei getötet worden sein. Es waren die folgenschwersten Auseinandersetzungen zwischen Volksgruppen in Pakistan seit Erlangung der Unabhängigkeit von britischer Kolonialherrschaft im Jahr 1947.

Ausgelöst wurden die Unruhen von Razzien des Militärs in dem vorwiegend von Pathanen bewohnten Stadtteil Sohrab Goth, wo ein Hauptumschlagplatz für den Heroin- und Waffenschmuggel vermutet wird. Pathanen verdächtigen daraufhin Modschahiren, dafür verantwortlich zu sein, und griffen zwei Tage später die andere Volksgruppe an. Pathanen kommen aus dem Nordwesten Pakistans. Die Modschahiren sind Einwanderer aus einem Gebiet, das bei der Teilung des Subkontinents an Indien fiel.

Am Samstag wurden in Karatschi von der Polizei zwei Männer erschos-

sen, die sich nicht an das Ausgehverbot gehalten hatten. Ein weiterer Mann erlag seinen Verletzungen, die er bei einem früheren, ähnlichen Zwischenfall erlitten hatte.

Nach den blutigen Unruhen war das Kabinett unter Ministerpräsident Mohammad Khan Junejo am Samstagabend geschlossen zurückgetreten, um eine Regierungsumbildung zu ermöglichen und eine Beruhigung der Situation herbeizuführen.

Die Opposition unter Frau Benazir Bhutto reagierte darauf mit der erneuten Forderung nach dem Rücktritt von Präsident Mohammad Zia ul-Haq. Bei ihm allein liege die Macht; ein Auswechseln des zivilen Kabinetts sei nutzlos.

Politische Beobachter bewerteten unterdessen den Rücktritt des Kabinetts als Ausdruck monatelanger Spannungen innerhalb der Regierung. Die Unruhen in Karatschi seien letztlich nur ein Auslöser zur Regierungsumbildung gewesen. Aus Karatschi verläutete, Junejo wolle jetzt ein kleineres, aber leistungsfähigeres Kabinett bilden. Der aufgelisten Regierung gehörten 21 Minister an.

Steigende Tendenz bei Ausreisearträgen

W. K. Bonn

Die Zahl der Ausreisearträge von „DDR“-Bewohnern ist vor Weihnachten offenbar wieder gestiegen. Vor Büros der Abteilungen für Innere Angelegenheiten in Ost-Berlin und Mitteldeutschland standen Antragsteller Schlange. Die Zahl der Ausreisearträge wird zwar weiterhin als Staatsgeheimnis behandelt, dennoch spricht man in Ost-Berlin davon, daß den Ämtern 250 00 bis 300 000 Anträge vorliegen. Schätzungsweise eine weitere Million „DDR“-Bewohner trage sich mit Ausreise-Gedanken. Unverändert zeichnet sich unter den Antragstellern ein Nord-Süd-Gefälle ab. Das Gros will die Industriezentren der „DDR“ – vor allem das sächsisch-thüringische Revier – verlassen.

Der Grund für die steigende Tendenz wird darin gesehen, daß viele Bewohner der „DDR“ keinerlei Änderungen des kommunistischen Systems erwarten. Auf Anweisung der SED-Führung wurden in den letzten Tagen verstärkt „Betreuer“ eingesetzt, die Ausreisewillige überreden sollen, auf ihre Pläne zu verzichten oder den Antrag zurückzustellen. Dabei wird das Leben im Westen in schwarzen Farben geschildert. Statistiken sollen belegen, daß Übersiedlungsarbeiten, teure Wohnungen und eine rücksichtslose Elbogengesellschaft erwarten.

Selbst der durchaus begründete Hinweis, die Ost-Berliner Führung erlaube inzwischen in hoher Zahl Verwandtenbesuche im Westen, kann den Wunsch auszureisen offenbar nicht dämpfen. Unter einer Reihe von SED-Funktionären wird dagegen die Meinung vertreten, daß Besuche im Westen zu Vergleichen der Lebensverhältnisse anregen, wobei die „DDR“ klarer Verlierer sei.

Vergleichsweise „DDR“-Funktionäre darauf hin, daß im Jahr 1988 mit mehr als 30 000 Anträgen die zweitgrößte Zahl von Ausreisen genehmigt worden sei. 1985 seien es rund 19 000 gewesen. Wie von zuständigen Stellen in Bonn gegenüber der WELT bestätigt wurde, werden sich 1989 insgesamt etwas mehr als 25 000 Personen aus der „DDR“ in der Bundesrepublik Deutschland niederlassen. Diese Zahl schließt freigeverkaufte politische Häftlinge und Flüchtlinge aus dem sowjetischen Machtbereich ein. Rekordjahr war 1984, als rund 40 000 Menschen aus der „DDR“ im Westen eine neue Existenz suchten.

Gemeinsamer Hubschrauber „lebensfähig“

AFP, Metz

Optimistisch über das Projekt eines deutsch-französischen Kampfhubschraubers hat sich der französische Verteidigungsminister André Giraud geäußert. Dieses Vorhaben, das bisher aufgrund unterschiedlicher Ansprüche der Generalstäbe beider Länder in der Sackgasse steckte, werde jetzt „lebensfähig“, meinte Giraud am Wochenende bei dem Besuch einer französischen Luftwaffeneinheit in Metz.

Noch vor einigen Monaten sei dies nicht der Fall gewesen, da damals vier verschiedene Hubschraubertypen zur Debatte gestanden hätten. Inzwischen seien sich beide Seiten jedoch über den Typ des gewünschten Hubschraubers einig. Diskutiert werde nur noch die Anordnung der beiden Pilotensitze – nebeneinander oder hintereinander. Jede Variante habe Vor- und Nachteile.

Nach Angaben Girauds wollen sich französische und deutsche Experten Ende Januar treffen, um eine Bilanz der Verhandlungen zu ziehen.

Bundesfinanzminister rechnet damit, daß Konjunktur in Fahrt bleibt

Stoltenberg sagt höheres Wachstum voraus

AP, Hamburg

Deutlich optimistischer als die Sachverständigen und Wirtschaftsforscher hat sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg über die Konjunkturaussichten für das kommende Jahr geäußert.

Der CDU-Politiker sagte der „WELT“ am Sonntag, er erwarte für 1989 ein Wirtschaftswachstum zwischen 2,5 und etwas mehr als drei Prozent. Die „Fünf Weisen“ und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hatten eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von nur zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahr prognostiziert.

Der Bundesfinanzminister schloß Zinssenkungen im nächsten Jahr nicht aus. Er sagte, gegenwärtig habe die Bundesbank verständliche Sorge über die zu starke Ausweitung der Geldmenge. Sie lag in den vergangenen Monaten stets höher als der „Zielkorridor“. Das verhindere in der aktuellen Situation Zinssenkungen. Stoltenberg fügte hinzu: „Wenn es gelingt, die Geldmengen-Entwicklung 1989 zu verlangsamen, ist vielleicht noch ein Spielraum da.“

Zum Dollarkurs erklärte er, ein weiterer Rückgang liege nicht im Interesse der USA und auch nicht der Europäer. In den Vereinigten Staaten könnte ein noch stärkerer Rückgang Inflationsprobleme schaffen. In der Bundesrepublik würde die erkennbare Bremsspur bei den Exporten zu hart“, erklärte der Bundesfinanzminister.

Neujahrsgruß an Gorbatschow

dpa, Bonn

Bundeskanzler Kohl hat bereits die Neujahrsbotschaft an den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow unterzeichnet. Sie soll nach Weihnachten durch die Deutsche Botschaft in Moskau übergeben werden. Nach dpa-Informationen geht Kohl darin nicht auf die Irritationen wegen seines umstrittenen „Newsweek“-Interviews ein. Der Kanzler hatte bereits am 4. Dezember in einem Interview festgestellt, er habe mit seiner Erklärung vor dem Bundestag eine Entschuldigung ausgesprochen.

Franke kündigt „aktive Arbeitsmarktpolitik“ an

dpa, Nürnberg

Auf dem Arbeitsmarkt ist nach Ansicht des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, auch im nächsten Jahr eine positive Entwicklung zu erwarten. In einem dpa-Interview wies Franke darauf hin, daß im Durchschnitt des Jahres 1988 rund 70 000 Menschen weniger arbeitslos waren als 1985. Damit sei es zum ersten Male seit 1979 gelungen, die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr – 2,304 Millionen – zu senken. Nach seiner Schätzung wird sich dieser Trend 1989 fortsetzen.

„Viel mehr darf man schon deshalb nicht erwarten, weil auch 1987 das Erwerbspersonenpotential um etwa 135 000 Personen ansteigen wird“, sagte Franke weiter. Er wies auf den „kontinuierlichen Anstieg“ der Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik seit der Jahreswende 1983/84 hin: „Heute haben rund 600 000 Menschen mehr bei uns Arbeit als vor drei Jahren.“

Die Arbeitslosigkeit sei in diesem Zeitraum nicht entsprechend zurückgegangen, weil die Zahl der Menschen, die arbeiten wollen, noch immer kräftig ansteige. Zum einen seien das junge Menschen, die erstmals auf den Arbeitsmarkt kämen, zum anderen Frauen, die nach einer Zeit der Kindererziehung wieder einen Beruf ausüben wollten.

Mit einer „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ strebt die Bundesanstalt nach Frankes Worten für 1989

eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes um mehr als 410 000 Menschen an. Unter diesem Begriff faßt die Bundesanstalt die Zahlung von Kurzarbeitergeld, die Finanzierung allgemeiner Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die Förderung von Fortbildung und Umschulung sowie die Gewährung von Vorruhestandsgeld zusammen. 1986 seien von solchen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen rund 360 000 Personen erfaßt worden.

Eine „allmähliche Entspannung“ registrierte Franke bei den Ausbildungsstellen. Bis zu einem zahlenmäßigen Ausgleich werde aber noch einige Zeit vergehen. Das gelte besonders für Regionen mit hohen Geburtenraten, die zudem noch zu den strukturschwachen Gebieten gehörten.

Für 1987 müsse bundesweit noch mit mehr als 700 000 Bewerbern gerechnet werden. 1988 werde die Zahl aber schon deutlich sinken und 1990 wahrscheinlich unter 600 000 liegen.

Nach Auffassung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg könnten im kommenden Jahr zwischen 230 000 und 280 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Entwicklung der Arbeitslosenquote ließen sich nicht vorhersagen. Es sei schlecht einschätzbar, wie viele arbeitslos registrierte sich um einen Arbeitsplatz bemühen würden, so Stoltenberg in der „WELT“ am Sonntag.

Honecker bekundet Willen zum Dialog

D. D. Berlin

Die Bereitschaft der „DDR“ zu einem Dialog und zu internationaler Zusammenarbeit hat der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker bei einem Essen für die in der „DDR“ akkreditierten Diplomaten und Leiter der Vertretungen nationaler Befreiungsfronten bekräftigt. Auf das Verhältnis Ost-Berlin zur Bundesrepublik ging er dabei nicht ein. Vor dem Essen im Magdeburger Hotel „International“ fand die bereits zur Tradition gewordene Hasenagel für das diplomatische Korps statt.

USA tauschten mit Irak Waffen aus

rtt, Washington

Das US-Verteidigungsministerium soll bereits 1982 mit Irak Verhandlungen über die Lieferung von amerikanischen 175-MM-Artilleriegeschützen im Tausch gegen sowjetische Hubschrauber und gepanzerte Fahrzeuge aus irakischen Beständen geführt haben. Dies berichtet das Magazin „U. S. News and World Report“. Dieser Tausch sei zwar fehlgeschlagen, aber andere Waffentauschgeschäfte seien in den vergangenen vier Jahren mit Bagdad abgewickelt worden, heißt es.

Dachauer SPD „außer Rand und Band“

PETER SCHMALZ, München

Nach dem Debakel vom Freitag, als der Vorsitzende des SPD-Bezirks Südbayern, Jürgen Böddrich, zurücktrat und den Schritt damit begründete, die Partei sei „außer Rand und Band“, versucht die SPD schnelle Schadensbegrenzung. Schon heute soll die Antragsschrift fertiggestellt werden, mit der ein Ausschlußverfahren gegen den 41-jährigen Dachauer Landtagsabgeordneten Hans Hartl eingeleitet wird. Im Januar soll das Bezirksgericht entscheiden.

Allerdings erscheint zweifelhaft, daß mit diesem forcierten Tempo Ruhe hergestellt werden kann. Rechtsanwält Hartl (früher CSU), der mit einer Zweitstimmen-Kampagne trotz eines schlechten SPD-Listenplatzes den Sprung in den Landtag schaffte, kündigte im Gespräch mit der WELT an: „Ich werde mit allen politischen und juristischen Mitteln um meine Mitgliedschaft in der SPD kämpfen. Ich bin kein geborener Sozialdemokrat, aber ein gewordener, und ich fühle mich trotz aller Streitigkeiten wohl in dieser Partei.“

Außerdem müßte man mit ihm 90 Prozent der Dachauer SPD ausschließen, meinte Hartl, der Vorsitzende

des dortigen Unterbezirks ist. Er spielte damit darauf an, daß es ihm nach seinem SPD-Beitritt 1980 gelungen ist, führende Positionen mit seinen Anhängern zu besetzen. „Dann muß man auch zwei Träger der Georg-von-Vollmar-Medaille, der höchsten Auszeichnung der bayerischen SPD, und den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Dachauer Stadtrat ausschließen“, trumpfte Hartl auf.

Sie alle hatten auch eine Anzeige der Dachauer SPD mitunterzeichnet, in der vor einer Spaltung der SPD gewarnt wurde und die Anlaß dafür war, daß der Bezirksvorstand am Freitag ein für drei Monate befristetes Ruheverbot für Hartl verhängte.

Hartl aber beteuerte, mit dieser vom Unterbezirksvorstand einstimmig beschlossenen Annonce habe man sich nur gegen Aktivitäten eines „Forum Republik“ gewehrt, das der frühere bayerische Juso-Vorsitzende Klaus Ulrich Spiegel ohne Wissen des Unterbezirks als Gegenpartei gegründet hatte.

Über dieses Forum, dem Prominente wie Vogel und Glotz ihre Namen zur Verfügung stellten, ist mittlerweile auch der Bezirksvorstand

nicht mehr glücklich. Man sei über die Gründung nicht ausreichend informiert worden, räumte Geschäftsführer Günther Winkler ein. Der Initiator habe wohl tatsächlich beabsichtigt, in Dachau eine „Gegen-SPD“ zu gründen. Der Vorstand beschloß deshalb, die Aktivitäten des Forums hätten bis auf weiteres zu ruhen.

Doch nicht allein in Dachau gärt es. Böddrich, der 22 Jahre dem Landtag angehörte, betonte jetzt, es gehe nicht allein um den Fall Hartl. „In Rosenheim kracht's, in Kirchheim unter schreiben Genossen bei der Friedensliste, in München diskutieren die Jusos die Glaubwürdigkeit des Oberbürgermeisters.“ Und in Briefen, die ihn erreichten, sei ein an Gehässigkeit nicht mehr zu überbietender Ton erkennbar. Hartl indes vermutete eine innerparteiliche Auseinandersetzung zwischen jenen, die eine Volkspartei wünschten, und jenen, die in der SPD eine Vertreterin von Minderheiten sahen.

Vom südbayerischen Dilemma unbeeindruckt zeigt sich Bundesgeschäftsführer Peter Glotz. Er meinte, der Bezirksvorsitz wäre „eine reizvolle Aufgabe“.

Weizsäcker: Zwei Systeme in einer Stadt

gha, Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in den „Bonner Perspektiven“ die besondere Bedeutung Berlins hervorgehoben. Dabei sprach er seine Überzeugung aus, daß Berlin auf Dauer nicht geteilt bleiben könne und werde. Die WELT dokumentiert die Antwort des Bundespräsidenten zur Berlin-Problematik auf die Frage der ZDF-Sendung: „Im nächsten Jahr wird es die 750-Jahr-Feier Berlins geben. Ost-Berlin und West-Berlin werden getrennt feiern. Welche Akzente sahen Sie gerne bei den Feiern in West-Berlin?“

Von Weizsäcker: „Ich glaube, wir sollten diese Feier als die Feier einer Stadt sehen. Es gibt nicht zwei Städte, es gibt zwei Systeme in einer Stadt, die sowohl Mitte als auch Grenze ist. Auf der anderen Seite wird natürlich sehr viel mehr politisch geplant und vorgeführt, bei uns geht es bunter und demokratischer zu. Berlin ist eine Stadt, von der man glaube ich ohne Übertreibung sagen kann, man kann die ganze Geschichte Europas im 20. Jahrhundert von Berlin aus schreiben. Und ich glaube, daß Berlin diese Bedeutung auch in Zukunft behalten wird. Es ist anziehungskräftig als Mitte, es bringt uns die wichtigsten Aufgaben besonders nah, nämlich die Freiheit zu ehren und zu schützen, verantwortlich zu praktizieren, zugleich aber mit der anderen Seite Brücken zu bauen. Berlin, das ist für die Deutschen in der DDR auch immer ganz besonders wichtig, denn viele Westdeutsche würden die DDR viel schlechter kennen und sie auch viel seltener besuchen, wenn es Berlin nicht gäbe. Ich glaube also, Berlin ist gar nicht in erster Linie Empfänger, sondern es gibt uns in bezug auf Gedanken und Zukunftsperspektiven Entscheidendes. Und das wird, wie ich zuversichtlich hoffe, bei der 750-Jahr-Feier auch zum Ausdruck kommen, auch wenn sie in zwei verschiedenen Formen sich abspielen wird. Auf die Dauer bleibt es doch dabei, die Mitte, die Berlin ist, kann und wird auf die Dauer nicht Grenze bleiben.“

Zur ersten Hälfte seiner fünfjährigen Amtszeit sagte von Weizsäcker: „Menschen, die mit Akten und mehr im Gedankenkreislauf als dadurch, daß ich selber reden halte.“ Diese „Verteilung freut mich auch sehr“, wie sei im übrigen für ihn selber „sehr informativ“. Als seine wichtigsten Aufgaben nannte der Bundespräsident Zusammenführen, Konsens und Orientierung in der langfristigen Perspektive.

Akademie setzt sich gegen Belgrad durch

cgs, Belgrad

Zu einer politischen Auseinandersetzung, die mit einer Niederlage der kommunistischen Parteiführung endete, ist es während der außerordentlichen Generalversammlung der Serbischen Akademie der Wissenschaften in Belgrad gekommen. Die Mitglieder weigerten sich, die Forderung der Regierung nachzukommen und das Präsidium der Akademie abzusetzen. Statt dessen wurden deren Präsident, Kanazir, und der Generalsekretär, Medakovic, sowie der Exekutivsausschuß mit überwältigender Mehrheit in ihren Ämtern bestätigt.

Der Schriftsteller Dobrica Cosic erklärte, zum erstenmal in ihrer hundertjährigen Geschichte sei die Serbische Akademie von einer politischen Führung zum „Feind des eigenen Landes“ gestempelt sowie als Initiator eines „mörderischen Bruderkrieges“ sowie des „nationalen Hasses“ bezichtigt worden. Cosic sprach von einer publizistischen Kampagne, welche die Kommunisten gegen die Akademie entfesselt hätten.

COMMERZBANK

Bei der Commerzbank gibt es ein Weihnachtsgeschenk, das nie aus der Mode kommt, immer mehr wert wird, krisensicher ist und garantiert für glänzende Augen sorgt.

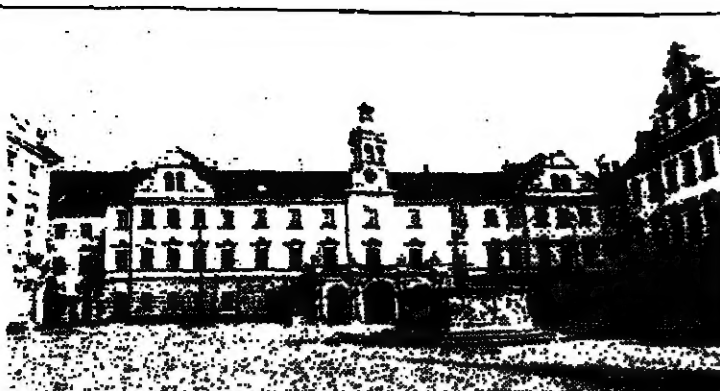
Wenn Sie jemandem eine ganz besondere Freude machen wollen, dann überraschen Sie ihn doch mit diesem schönen Weihnachtsgeschenk von der Commerzbank: dem kanadischen Gold Maple Leaf. Egal, ob Sie 1/10, 1/2 oder 1 Unze verschenken, Sie erhalten in jedem Fall ein Weihnachtsgeschenk, das es in sich hat. Der kanadische Gold Maple Leaf glänzt durch einen Feingoldgehalt von 999,9/1000. Er wird ausschließlich aus kana-



dischem Gold geprägt, ist als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt und kann ohne teure Reinheitsanalysen jederzeit verkauft werden. Aber das ist selten der Fall, denn wer einmal einen kanadischen Gold Maple Leaf hat, der behält ihn auch. Schließlich ist es eines der wenigen Dinge, die mit der Zeit nicht an Wert verlieren, sondern gewinnen. Fragen Sie doch mal bei der nächsten Commerzbank-Geschäftsstelle nach diesem glänzenden Weihnachtsgeschenk.



Commerzbank.
Die Bank an Ihrer Seite.



Für den 60-jährigen Johannes Fürst von Thurn und Taxis ist es eine Herausforderung, das vielleicht älteste Vermögen der westlichen Welt zu verwalten und zu bewahren. Dieses sehr große Vermögen gehört einem Haus mit mehr als 500-jähriger Tradition (unser Foto zeigt Schloss St. Emmeron), das sich im 18. und 19. Jahrhundert durch hohe Investitionen in Grund und Boden abgesichert hat. (S. 11)
FOTO: DIE WELT

WELTWIRTSCHAFT

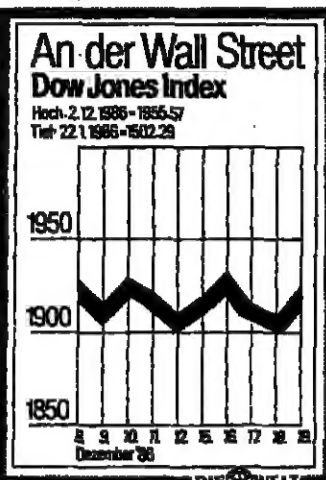
Mode aus Italien: Im Export bahnt sich eine Trendwende an. (S. 10)

Weihnachten: Bei den französischen Eisenbahnen offenbar kein Anlaß für christliche Nächstenliebe. Sie streiken und der Verkehr kommt zum Erliegen. (S. 10)

Gatt: Die Mitgliedsstaaten haben ihre Verhandlungen über den organisatorischen Ablauf am Samstag in Genf auf Ende Januar vertagt. (S. 10)

Großbritannien: Um durchschnittlich 0,5 Prozent hat sich das Brutto-Inlandsprodukt im dritten Quartal dieses Jahres gegenüber dem vorangegangenen drei Monaten erhöht. Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Wachstumsrate nach Angaben des statistischen Bundesamtes zwei Prozent.

FÜR DEN ANLEGER



Börsenmarkt: Überraschend hat sich in der letzten Woche eine etwas freundlichere Tendenz durchgesetzt. (S. 10)

Philips: Der niederländische Elektronikkonzern will über die Mailänder Börse vier Millionen Stammaktien zum Verkauf stellen. Es wird damit gerechnet, daß Philips die Aufnahme von 100 Mrd. bis 110 Mrd. Lire durch die Platzierung plane.

Liberalisierung: Schritte zur freien Konvertierbarkeit der Landeswährung und Gründung einer Export-Importbank kündigte der türkische Ministerpräsident an.

MÄRKTE & POLITIK

Nord-Ostsee-Kanal: Der Verkehr auf dem Kanal wies im November dieses Jahres zwar im Vergleich zum November 1985 noch ein Minus auf, mit einem Gütervolumen von über 5,5 Millionen Tonnen aber wurde das beste Monatsergebnis 1986 erreicht.

Deutschen Beamten-Versicherung: Mit Sonderauszahlungen von insgesamt 350 Mill. DM können die Lebensversicherungsunternehmen in den nächsten drei Jahren rechnen. Alle Versicherten, die 1987 bis 1989 eine Einzelkapitalversicherung besitzen, sind von dieser zusätzlichen Leistung begünstigt.

Renten: Wieder austreten können Selbstständige, die sich nach dem Rentenreformgesetz freiwillig in der Rentenversicherung pflichtversichert haben. Das Ausscheiden aus der Pflichtversicherung kann bis Ende 1988 beantragt werden. Voraussetzung ist, daß der Beiträger bis zum 13. Mai 1977 erfolgte und daß die Betroffenen durch die Abwertung der Ausfallzeiten für Ausfallzeiten im Rahmen des 30. Rentenansparungsgesetzes betroffen worden sind.

Kooperation: Ein Abkommen über die gemeinsame Gewinnung von Eisenoxiden haben die sowjetische Organisation Lencostrom und das österreichische Unternehmen Andritz geschlossen. Das langfristige Abkommen sieht die Weiterverarbeitung von Stahlabfällen mit Hilfe von in Österreich und der UdSSR entwickelten Recycling-Techniken vor.

Wo ist der Dorsch: Die deutschen Fischer zwischen Nord- und Ostsee plagen Sorgen. Zwar könnten sie innerhalb der EG-verordneten Fangbeschränkung mehr fangen, aber die Fische sind nicht da. Dorsch, Makrele und Seeläughe gehen seit einigen Wochen nicht mehr ins Netz.

Urteile: Selbst bei Kündigungsrechtsstreitigkeiten, die ein Drittel der Neuzugänge beim Bundesarbeitsgericht ausmachen und bevorzugt erledigt werden, vergeht zwischen Eingang und Erledigung normalerweise ein Jahr. (S. 10)

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

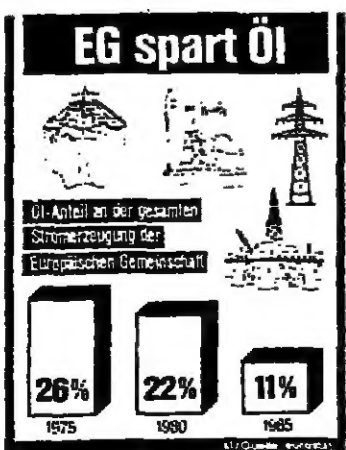
Citroën: Die zum französischen Peugeot-Konzern gehörende Automobilgesellschaft wird nach sechs verlustreichen Jahren 1986 mit einem Reingewinn aufwarten, den Konzernpräsident Jacques Calvet auf etwa 300 Mill. Franc veranschlagt.

Schweizer: Erstmal seit dem Krieg sind die Einnahmen unter dem Vorjahresniveau gesunken. Auch in den letzten Monaten zeichnete sich keine Besserung ab. Aus diesem Grund soll nächstes Jahr das Personal um 1,5 Prozent abgebaut werden. (S. 10)

Übernahme: Die schwedische Kolmar Industries-Gruppe hat den britischen Gabelstapler-Hersteller Coventry Climax, Coventry, übernommen.

Haltermann: Wie das Unternehmen mitteilt, wird die gesamte europäische Aktivität mit Wirkung zum Jahresbeginn 1987 in der Gruppen-Holding Haltermann International GmbH, Hamburg, zusammengefaßt. (S. 11)

Stadtsparkasse Köln: Die Nr. 4 unter den deutschen Großsparkassen hat in diesem Jahr die gesamte Sparleistung ihrer Kunden mit 748 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. (S. 11)



NAMEN

SEL: Dr. Gerhard Zeidler, Vorstandsmittel der Standard Elektrik Lorenz AG, ist zum Vorstandsvorsitzenden des Verbandes Deutscher Elektrotechniker gewählt worden.

LTU: Der Geschäftsführer der Düsseldorf Charterfluggesellschaft, Werner Krauss (63), scheidet zum Jahresende aus der Geschäftsleitung des Unternehmens aus. Nachfolger von Krauss, der

30 Jahre bei dem Unternehmen beschäftigt war, und alleiniger Geschäftsführer wird Werner J. Huehn (55).

WER SAGT'S DENN?
Wenn man kein Geld hat, denkt man immer an Geld. Wenn man Geld hat, denkt man nur noch an Geld.
Paul Getty

Opec einigt sich, zum Festpreis von 18 Dollar zurückzukehren

Unterstützung durch Norwegen und Mexiko - Irak verweigert Produktionsenkung

ALFRED ZÄNKER, Genf

Nach zehntägigen harten Verhandlungen in Genf hat sich die Organisation der Erdölproduzierenden Länder (Opec) auf eine neue Strategie geeinigt, mit der die Kartellstrategie wiederhergestellt werden soll. Die Opec will die Ölproduktion im ersten Halbjahr 1987 um 7,2 Prozent von gegenwärtig 17 auf 15,8 Mill. Faß (ein Faß gleich 159 Liter) pro Tag senken, wobei für jedes Land genau festgelegte Quoten gelten. Für Januar wurde bereits wieder ein „Referenzpreis“ für Opec-Öl von durchschnittlich 18 Dollar pro Faß festgesetzt. In Mexiko-City erklärte der Energieminister Mexikos und Norwegens auf einer gemeinsamen Pressekonferenz, sie seien bereit, preisstabilisierende Maßnahmen des Kartells mitzutragen.

Die Opec hat sich auch über die Preisdifferenzierung für sieben verschiedene Erdölqualitäten geeinigt, wobei der Abstand zwischen der leichtesten Qualität, „Bonny Light“ aus Nigeria, und der schwersten Qualität, „Arabian Heavy“, maximal 2,65 Dollar betragen soll. Ein Ausschuß soll die einzelnen Preise der Marktlä-

ge von Zeit zu Zeit anpassen, immer auf der Basis eines Durchschnittspreises von 18 Dollar. Jedes Land kann das Abkommen monatlich kündigen.

Die neue Vereinbarung hält sich somit an die Vorstellungen des saudiarabischen Königs Fahd, die von seinem neuen Ministerpräsidenten Nasser in Genf energiegeland worden waren. Aber das Abkommen hat eine Schwachstelle. Irak weigert sich immer noch, seine Produktionsquote von 1,46 Mill. Faß täglich einzuhalten. Der Irak verlangt eine gleich große Quote wie sein Erzfeind Iran - nämlich von 2,25 Mill. Faß. Bagdad fordert heute bereits 1,6 Mill. Faß pro Tag und ist dabei, seine Exportkapazität in einigen Monaten um 700 000 Faß zu erweitern.

„Es handelt sich nicht um ein wirkliches Abkommen, denn es besteht keine Einstimmigkeit“, meint der irakische Minister Quassim Taki Al-Oraibi. Von iranischer Seite wird erklärt, man müsse „König Fahd mehr Zeit lassen, den Irak zu überzeugen.“ König Fahd hat tatsächlich noch Druckmittel gegenüber Bagdad,

denn ein Drittel der irakischen Öl-Exporte fließt über Saudi-Arabien. Bagdad erhält zudem erhebliche finanzielle Hilfe.

Aus diesen politischen, aber auch wirtschaftlichen Gründen wird die neue Opec-Strategie in Kreisen des Ölhandels zunächst mit Vorbehalt aufgenommen. Es fragt sich auch, ob andere Opec-Länder die Produktionsquoten einhalten werden. Der neue Festpreis von 18 Dollar, wesentlich höher als die Notierungen von rund 14 Dollar in den letzten Wochen, scheint auch im Widerspruch zur Marktlage zu stehen. Fachleute weisen vor allem auf die hohen Vorräte an Erdölprodukten in Handel, Industrie und bei den Haushalten hin. Große Mengen Ölprodukte könnten nun rasch auf den Markt geworfen werden, sollten ernste Zweifel an der neuen Vereinbarung aufkommen.

„Jetzt hängt alles davon ab, wie der Markt anfangs nächster Woche reagiert. Wenn Skepsis überwiegt, könnte Opec-Öl statt auf 18 Dollar zu steigen, sogar wieder sinken“, warnt Baptist Gehr, Direktor der Schweizerischen Erdölvereinigung in Zürich.

Wall Street ohne „Hexen-Schrecken“

Dow Jones legte im Wochenvergleich um 16,59 Punkte zu - Günstige Inflationsstatistik

G. BRÜGGEMANN, New York

Die gefürchtete dreifache Hexenstunde hat an der Wall Street, wie die vergangene Freitag zeigte, offenbar einiges von ihrem Schrecken verloren. Zwar gab es einige Aufregung und Rekordumsätze von fast 245 Millionen Shares, aber die erwarteten Kursausfälle, die in früheren Hexenstunden die Anleger das Fürchten lehrten, blieben diesmal aus. Der Dow-Jones-Industrieindex stieg um 16,59 auf 2288,85 Punkte wie an einem eher ruhigen Handelstag.

Im Wochenvergleich war der Blue-Chips-Index um 16,59 Punkte höher, nach einer insgesamt ziellosen Börsenwoche ohne besondere Impulse. Die breiter angelegten Indizes der Nyse und Standard & Poors endeten unterschiedlich. Während der Nyse-Index um 1,04 auf 142,65 Punkte sank, legte der S & P-Index um 2,38 auf 249,73 Punkte zu.

Die sogenannte dreifache Hexen-

stunde tritt viermal im Jahr (jeweils an einem Freitag zum Quartalsende) ein, wenn gleichzeitig Aktienindex-Termingeschäfte, Aktienindex-Optionen und Aktien-Optionen auslaufen und zum Börsenschluß abgewickelt sein müssen. Während dadurch die früheren Gelegenheiten großer Abgabedruck entstand, der die Kurse teilweise stark drückte, erzeugte das große Angebot diesmal eine noch größere Kaufwelle, die das Material glatt aufnahm.

Dazu mag auch eine neue Verfahrensregel beigetragen haben, die vorschreibt, daß die Händler an der New York Stock Exchange an solchen Hexentagen spätestens eine halbe Stunde vor Börsenschluß ihre Verkaufsabsichten offenlegen müssen. Dies gibt auch potentiellen Käufern die Gelegenheit, rechtzeitig zu disponieren. Allein Salomon Brothers sollen nach Börsengerichten am Freitag für zwei Milliarden Dollar Aktien erwor-

ben haben. An der Wall Street ist mit einiger Genußnahme vermerkt worden, daß die Nyse die gewaltigen Umsätze in kurzer Zeit reibungslos abwickeln konnte.

Zu der Kaufbereitschaft dürfte die Meldung verholfen haben, daß die Preissteigerungsrate im November mit 0,3 Prozent im Rahmen der Erwartungen blieb. Auf Jahresbasis hochgerechnet entspricht das einer Preissteigerungsrate von 1,2 Prozent - ein Wert, der seit 1962 nicht mehr erreicht werden konnte. Das bedeutet, daß sich die US-Wirtschaft aus weiterhin in einem inflationsfreien Umfeld bewegt.

Obwohl diese Entwicklung die Realeinkommen der Verbraucher steigen lassen, hat sich ihre Kaufkraft, die in den letzten Jahren die Konjunktur weitgehend getragen hat, weiter beruhigt. Dies bekam vor allem der vorweihnachtliche Einzelhandel zu spüren.

Der letzte lange Samstag war ein Tag der kleinen Geschenke

Einzelhandel dennoch mit Weihnachtsgeschäft zufrieden

fu, Bonn

Ein „Tag der kleinen Geschenke“ - so charakterisiert der Einzelhandel nahezu einstimmig den letzten verkaufsoffenen Samstag vor Weihnachten. Auch wenn kaum Spektakuläres gekauft wurde, so sind die Warenhäuser mit ihren Umsätzen am vierten langen Samstag doch zufrieden.

Die Trendumfrage der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels bestätigt, daß trotz Schnee und Glätte in vielen Teilen Deutschlands eine überwiegend gute Kundenfrequenz verzeichnet wurde. Gefragt waren in erster Linie kleinere Artikel in den Bereichen Parfümerie, Bücher, Uhren und Schmuck in mittleren Preislagen, Schallplatten, Leerdosen und Spielzeug. Das Wetter brachte im übrigen auch eine stärkere Nachfrage nach Wintersportartikeln und Wintersportbekleidung.

„Tag der kleinen Geschenke“ hieß allerdings nicht, daß nicht hier und dort auch Preisen für den Weihnachtsabend eingekauft wurden. Im Berliner Kaufhaus wurde, dem Flaggschiff des Herten-Konzerns, wurden als teuerste Geschenke drei farbige Fuchsmantel (rosa beziehungsweise blau-grün) für 15 000 bis 25 000 Mark pro Stück, eine mit Diamanten und Perlen besetzte Fabergé-Dose (vom Hofe des Zaren Nikolaus II.) für

19 000 Mark sowie ein Brillantkollier für 26 000 Mark gekauft.

Dem Herten-Konzern zufolge war der lange Samstag auch ein Tag des Nord-Süd-Gefälles. So bewegte sich der Umsatz in Hamburg um 18,5 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt - nicht zuletzt aufgrund der Ausschreitungen in der Hafen-Straße.

Während die 62 Herten-Warenhäuser am vierten Weihnachtssamstag 41,5 Millionen Mark umsetzten und damit die Verkäufe von einem Jahr zuvor um 1,2 Prozent übertrafen, setzte die Herten-Gruppe mit 28,7 Millionen 1,4 Prozent weniger als am entsprechenden Vorjahresstag um. Im vorweihnachtlichen Geschäft insgesamt (November und Dezember) hat Herten den Umsatz allerdings um zehn Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit ausweiten können. Damit liegt Herten deutlich über dem durchschnittlichen Ergebnis im Einzelhandel, der im Weihnachtsgeschäft der beiden Monate ein Plus von ein bis vier Prozent vermeldet.

Der von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels prognostizierte zusätzliche Weihnachtsumsatz von gut 19 Milliarden Mark, 3,6 Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes, wird damit dem Verband zufolge erreicht. Von einer in den letzten Wochen vielzitierten Luxuswelle könne also keine Rede sein.

Arbeitszeitreform wurde durchgeboxt

Regierung in Paris entschloß sich zum ungewöhnlichen Weg über die Nationalversammlung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat es nun doch geschafft, ihre Arbeitszeitreform nach vier Jahren zu verwirklichen. Nachdem Staatspräsident Mitterrand am 17. Dezember seine Unterschrift unter eine entsprechende Gesetzesverordnung verweigert und diese damit zu Fall gebracht hatte, war erwartet worden, daß die Reform dem Parlament erst im Frühjahr zu Beginn der nächsten Sitzungsperiode als normaler Gesetzesentwurf mit mehr oder weniger großen Abstrichen vorgelegt werden würde.

Doch Premierminister Chirac entschloß sich dazu, den Verordnungsakt unverändert in einem Zusatzantrag zu einer anderen gerade beratenen Vorlage einzubringen. Er wurde am Wochenende im Hausrück-Verfahren von der bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung sowie des Senats verabschiedet.

Arbeitsminister Philippe Séguin

begründete das ungewöhnliche Vorgehen, welches selbst gaulistische Abgeordnete erstaunte, damit, daß durch diese Reform die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschleunigt werde. Sie würde überdies die Unternehmen in die Lage versetzen, ihre Arbeitszeiten besser der Auftragslage anzupassen. Dadurch könnten der Importdruck gemildert und im Export zusätzliche Aufträge hereingeholt werden.

Tatsächlich handelt es sich nur um ein Rahmengesetz für eine größere Flexibilität der Arbeitszeit, deren nähere Bedingungen von den Sozialpartnern innerbetrieblich (bisher nur branchenmäßig) auszuhandeln sind. Grundsätzlich ist vorgeschrieben, daß für Überstunden, die über die gesetzliche Arbeitszeit von 39 Wochenstunden bis zu 44 Stunden hinausgehen, dann keine Zuschläge gezahlt zu werden brauchen, wenn die effektive Arbeitszeit 39 Stunden im

Wochendurchschnitt des Jahres erreicht. Darüberhinaus werden die bisherigen üblichen Abfindungen (25 Prozent Überstundenzuschlag und für 20 Prozent zusätzliche Freizeit) gewährt. Diese Regelung ist von einem Abkommen inspiriert, welches bereits im Juli in der Metallindustrie unterzeichnet wurde.

Wirklich neu an dem Gesetz ist nur die Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit (von 22 bis 5 Uhr) für Frauen. Die Regierung sieht darin insofern einen Fortschritt, als in durchgehend arbeitenden Betrieben weibliche Arbeitskräfte nicht mehr gegenüber männlichen diskriminiert wurden. Die bisherige Regelung führte nämlich dazu, daß solche Betriebe (etwa in der Elektronikbranche) Frauen deshalb entließen, um Männer neu einzustellen. Die sehr gut bezahlte Nachtarbeit darf allerdings nur dort eingeführt werden, wo dies wirtschaftlich notwendig ist.

In den Industrieländern hält der Aufschwung 1987 an

Kieler Institut widerspricht Rezessions-Befürchtungen

HH, Bonn

Mit einer Fortsetzung des Aufschwungs in den Industrieländern rechnet das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) auch 1987. Das reale Bruttoinlandsprodukt werde im kommenden Jahr um rund drei (1986 voraussichtlich 2,5) Prozent zunehmen. Auf dieser Linie liegt auch die Schätzung des Instituts für die Bundesrepublik, die USA sowie für Westeuropa insgesamt. Spitzenreiter sind der Prognose zufolge Kanada, Italien und die Schweiz mit 3,5 Prozent.

Mit dem Hinweis auf den bereits lange andauernden Aufschwung würden neuerdings häufig Erwartungen begründet, der Aufschwung müsse bald auslaufen und in eine neue Rezession einmünden. „Bislang deuten jedoch wichtige Indikatoren darauf hin, daß sich der Aufschwung fortsetzt. Die privaten Verbrauchsausga-

ben expandieren weiterhin kräftig, und die Investitionsneigung ist vor allem in Europa hoch“, heißt es.

Die preisdämpfenden Wirkungen der Ölpreisentwicklung - in Japan und Westeuropa zusätzlich die der Aufwertung - würden 1987 abklingen. Schon deshalb sei mit einer „spürbaren Beschleunigung des Preisaufrichts“ zu rechnen. Die Verbraucherpreise dürften 1987 im Durchschnitt um mehr als drei (1986: zwei) Prozent steigen.

In den Industrieländern bestünde die Gefahr, daß sich die Beschleunigung des Preisanstiegs in einer konjunkturellen Verstärkung und kräftiger steigenden Lohnerhöhungen fortsetze. Ob diese Entwicklung in eine Rezession einmünde, hänge letztlich davon ab, wann und wie die monetäre Expansion wieder auf einen moderaten Kurs gebracht werde.

Gewagte Ölstrategie

ZÄ (Genf) - König Fahd hat gesprochen. Opec-Öl soll fortan 18 Dollar pro Faß kosten. Das ist ein

soviel wie im vergangenen Sommer, als der Preis zeitweise unter zehn Dollar gefallen war. Das wollen Saudi-Arabien und die Opec durch einschneidende Produktionskürzungen und Verknappung des Angebotes erreichen.

Der König braucht dringend höhere Einnahmen, um seine Wirtschaftsprogramme, seine hohen Militärausgaben zu finanzieren und um zu verhindern, daß die - immer noch hohen - Auslandsguthaben des Landes zu rasch aufgezehrt werden. Überall in der Opec kämpfen die Regierungen mit Finanzierungsproblemen. Bei 18 Dollar könnten auch andere Produzenten außer-

halb der Opec - wie Mexiko, Texas und Alaska, Großbritannien und Norwegen - einermäßig leben.

König Fahd hat gesprochen. Fraglich ist aber, ob der Markt das akzeptiert. In den wichtigsten Abnehmerländern sind in diesem Jahr - bei niedrigen Preisen - größere Lagerbestände denn seit Jahren aufgebaut worden. Wenn nur ein Teil davon jetzt auf den Markt käme, würden die Preise gedrückt. Auch wächst der Verbrauch von Ölprodukten nur sehr langsam, und der Anstieg dürfte sich 1987 bei nur mäßiger wirtschaftlicher Expansion eher noch abschwächen. Ungefragt ist zudem, ob die Opec die nötige Disziplin in den eigenen Reihen erzwingen kann.

König Fahds neue Ölstrategie ist voller Risiken. Mit seiner scharfen Preiserhöhung schwimmt er gegen den Strom. Ob diese Politik gelingen wird, kann nur der Markt entscheiden.

Manager-Defizite

Von JOACHIM WEBER

Der Manager der Gegenwart ist, ob Chemiker, Ingenieur, Jurist oder Betriebswirt, ein guter bis sehr guter Fachmann, fast immer Akademiker, zumeist promoviert und bis unter die Schädeldecke voller Sachkunde und Sinn für die Realitäten. Dennoch - oder besser deswegen - brachten sich die Chefche-miker wie jetzt im Zusammenhang mit der Sandoz-Katastrophe immer wieder in ein schiefes Licht, häufig sogar, ohne es selbst zu bemerken.

Das geschah mit schöner Regelmäßigkeit dann, wenn es um die vermeintlich „einfachen“ Dinge ging - um das Denken außerhalb der eigenen Expertise, um das Vermögen, mit Nicht-Fachleuten zu kommunizieren, um das Gespür für die emotionalen Belastungen der anderen und für die eigene Einbindung in ein soziales Gesamtsystem. All das gilt keineswegs nur für die Chemie, die gerade ins Scheitern gerät. Auch in anderen Branchen, etwa bei den Waffenschmiedern

gern jener Generation, die im Laufe der letzten einhalb Jahrzehnte aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, war sie noch eine Selbstverständlichkeit.

Eine rasante technische Entwicklung, die kein Element unternehmerischer Betätigung verschonte, hat aber inzwischen die betrieblichen Entscheidungsstrukturen und damit auch die Anforderungen an die Entscheider völlig verändert. Der internationale Wettlauf um die beste Technik und die zeitparende Betriebsorganisation hat notwendigerweise auch in den Führungssetzungen eindeutige Akzente gesetzt.

Der sichere Instinkt der Management-Altvorderen, der so manche

Daumenpeilung zum Voltreffer machte, nützt im komplexen System der Wirtschaftsmode nicht mehr ganz so viel wie einst (obwohl man ihn nicht unterschätzen sollte). Gefragt sind stattdessen analytische Fähigkeiten, Rationalität - all jene Eigenschaften, die

den guten Technokraten ausmachen, möglichst noch ergänzt durch die Fähigkeit zum Teamwork (hinter der sich nicht selten die Unfähigkeit verbirgt, Entscheidungen in eigener Verantwortung zu treffen).

Schaut man sich heute in den Führungsspitzen vor allem der großen Unternehmen um, dann ist die Wachablösung der menschlichen Führungsfähigkeiten durch die Sachkompetenz schon zu einem guten Teil absolviert. Emotionslosigkeit und menschliche Kühle werden zumindest gut gespielt, und nur die unaussprechlichen Hierarchiee-mbleme in den Führungs-Etagen deuten an, daß das Allzumenschliche nicht vollends verdrängt ist.

Die Entwicklung zum Technokraten-Management wurde zwar wesentlich durch äußere Zwänge bestimmt, wird sich aber kurz oder lang als korrekturbedürftig erweisen. Denn wo man die virtuose Beherrschung eines Instrumentariums (wie neu es auch immer sein mag) oder eines Apparats (wie bei Verbundeleuten, Gewerkschaften und Politikern beobachtet) schon mit Führungsfähigkeit gleichsetzt, da wird es ignoriert: daß sich alles Wirtschaften letztlich nur um den Menschen drehen kann.

In einer zunehmend technisierten Unternehmens-Umwelt wird es immer mehr auch zur Führungsaufgabe, den Mangel an menschlicher Wärme auszugleichen. Ein Studien-fach wird daraus kaum werden können, wohl aber ein Kriterium bei der Auswahl der nächsten Manager-Generation.

AUF EIN WORT



„Der Autohandel des nächsten Jahres wird Gewinne nur auf dem Sektor der Gebrauchtwagenverkäufe merklich steigern können. Profitable Vermarktung von Gebrauchtwagen ist deshalb anzustreben.“
Dr. Jürgen Creutzig, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Kraftfahrzeuggewerbes ZDK, Bonn.
FOTO: DIE WELT

Stundenlange Zugverspätungen

Frankreichs Eisenbahner streiken gegen neues Lohnsystem

J. Sch. Paris
In Frankreich hat sich das soziale Klima überraschend verschlechtert. Vor allem bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben kam es in den letzten Tagen zu mehr oder weniger wilden Streiks. Am stärksten betroffen wurden davon die Benutzer der staatlichen Eisenbahnen (SNCF). Sie mußten am Wochenende stundenlang auf ihren Zug warten. Nur etwa jeder zweite kam zum Einsatz. Auf manchen Strecken brach der Verkehr völlig zusammen – und das zu Beginn der Weihnachtsferien.

Aber gerade dieser Zeitpunkt schien den Eisenbahnern besonders günstig, um ihren Protesten gegen das von der Verwaltung angekündigte neue Entlohnungssystem Nachdruck zu verschaffen. Danach will die SNCF am Anfang nächsten Jahres über die allgemeinen Lohnerhöhungen hinaus nur noch für besondere Verdienste und nicht mehr entsprechend der Dauer der Betriebszugehörigkeit Aufschläge zahlen. Diese Auf-

schläge sind bei den Staatsbahnen von großer Bedeutung. An der diesjährigen Erhöhung der gesamten Lohnsumme um 3,03 Prozent waren sie mit 1,9 Punkten beteiligt.

Während 1986 fast alle Eisenbahner noch einen Kaufkraftzuwachs verbucht haben, dürften 1987 nach dem neuen System diejenigen ohne besondere Verdienste bestenfalls konstante Realbezüge empfangen. Die eigentlichen Tarifverhandlungen sollten erst am 6. Januar beginnen. Dieser Termin war allerdings vor den Studentenunruhen vereinbart worden.

Der Ausgang des SNCF-Konflikts ist deshalb von großer Bedeutung, weil er die Tarifverhandlungen im gesamten öffentlichen Sektor sowie in der Privatwirtschaft präjudiziert. Dort will das Patronat ebenfalls den Leistungen stärker Rechnung tragen und – vom gesetzlich garantierten Mindestlohn (SMIC) abgesehen – keine Lohn-Preisindexierung vornehmen, wie sie bei den Staatsbetrieben immer noch indirekt besteht.

Schlechtere Zeiten für Swissair

Aufgeblähter Personalbestand belastet die Ertragslage

Zä. Genf
Als „enttäuschend“ bezeichnete Direktionspräsident Robert Staubli das Jahresergebnis der Swissair in einer vorweihnachtlichen Personalansprache und kündigte zugleich drastische Sparmaßnahmen an. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte seien die Erträge massiv unter den Vorjahreswerten gesunken. Das Hauptziel der Geschäftsleitung für 1986 – ein positives Flugbetriebsergebnis – sei „klar verfehlt“ worden.

Durch beträchtliche Buchungsgewinne aus Flugzeugverkäufen könne die Swissair insgesamt zwar noch einen Gewinn ausweisen, der aber keinesfalls über den „Ernst der Lage“ hinwegtäuschen dürfe. Auch in den letzten Monaten hat sich keine Besserung angebahnt. Sitzplatzbelegung und Erträge sind weiter gesunken. Prognosen für 1987 zeigen ein „alarmierendes Bild“. Swissair werde um eine Dividendenkürzung nicht herumkommen, heißt es in Zürcher Finanzkreisen.

Externe Faktoren haben zu dieser ungünstigen Entwicklung beigetragen. Swissair hat die Katastrophe von Tschernobyl, die Terrorismusanlagen amerikanischer Touristen, die Konjunkturlaute in den Erdölstaaten so-

wie auch währungsbedingte Verluste durch die Aufwertung des Franken zu spüren bekommen. Der starke Franken bereitet Swissair „erhebliches Kopfschmerzen“ und belastet auch die Erwartungen für 1987.

Dazu kommen „besonders unerfreuliche“ interne Probleme: Mangelnde Kostendisziplin, mangelnder Einsatz des Personals. Der Personalbestand habe bedeutend stärker zugenommen als sich mit Produktion und Verkehrsvolumen vereinbaren lassen. Staubli rügte die Haltung mancher Mitarbeiter, die nach dem Motto „Was soll es, es geht uns ja gut“ arbeiteten. Diese Haltung könne sich Swissair beim heutigen scharfen Wettbewerb nicht leisten.

Die Firma wird deshalb ihr Personal in sämtlichen Abteilungen 1987 um 1,5 Prozent vermindern. Verkaufs-, Lohn- und Investitionspolitik werden überprüft. Überflüssige Flugzeuge sollen vermietet oder verkauft, unrentable Destinationen – wie Dublin, Colombo, Santiago und Oran – aufgegeben und gewisse Aktivitäten ins billigere Ausland verlagert oder an andere Unternehmen abgetreten werden. Dennoch will Swissair 1987 mit kleinerer Flotte 4 Prozent mehr produzieren.

Um Arbeitsplätze wird härter gestritten

Bis zum Urteilsspruch des Bundesarbeitsgerichts vergehen im Schnitt rund 21 Monate

SIEGFRIED LÖFFLER, Kassel
Rund 30 000 Urteile hat das Bundesarbeitsgericht seit seiner Errichtung im Jahre 1953 gefällt und damit zur Rechtssicherheit in der Bundesrepublik und West-Berlin beigetragen. Dennoch gibt es immer wieder neue Rechtsfragen, so daß die 28 Berufsrichter in den insgesamt acht Senaten nicht arbeitslos werden. Im Gegenteil: Sie schleppen zum Jahreswechsel rund 1250 unerledigte Fälle mit ins neue Jahr.

Das werden zwar – wie Gerichtspräsident Prof. Otto Rudolf Kissel während der traditionellen Jahresabschluss-Pressekonferenz vor Fachjournalisten in Kassel erklärte – knapp 200 weniger als im Vorjahr sein; die Rückstände und der Neueingang von etwa 1800 Revisionen und Rechtsbeschwerden (im Vorjahr waren es 1662) sorgen aber dafür, daß die Rechtsuchenden durchschnittlich ein Jahr und neun Monate auf die Erledigung bei der höchsten Instanz warten müssen. Dank Errichtung des 8. Se-

nats zu Jahresbeginn 1986 und der damit verbundenen Erhöhung der Richterzahl von 25 auf 38 hat sich die Geschäftslage aber etwas „entspannt“, die Wartezeit konnte um einen Monat verringert werden.

Kündigungsrechtsstreitigkeiten – sie machen nach wie vor ein Drittel bei den Neueingängen aus – werden bevorzugt erledigt; aber auch bei ihnen vergeht normalerweise ein Jahr zwischen Eingang und Erledigung. Auch in diesem Jahr fanden die Richter in der roten Robe eine alte Erfahrung bestätigt: Es wird hart um die Erhaltung der Arbeitsplätze gestritten; die Vergleichsbereitschaft der Prozessparteien hat eher ab- als zugenommen.

Der Große Senat des Bundesarbeitsgerichts, der nur selten – in doppelter Besetzung mit mindestens sechs Berufs- und vier ehrenamtlichen Richtern – zusammentritt, hat sich 1986 zu den Rechtsfragen geäußert, ob durch Betriebsvereinbarungen die Ansprüche der Arbeitnehmer

auf Sonderleistungen geschmälert werden dürfen und welche Form-Erfordernisse bei Rechtsmittelschriften zu beachten sind.

Im Mai 1987 will der Große Senat ein „heißes Eisen“ anpacken: Ausgehend von dem konkreten Fall, in dem durch die Unaufmerksamkeit einer Kinderkrankenschwester ein Säugling einen Meter tief auf den Fußboden der Entbindungsstation eines Berliner Krankenhauses fiel und dabei einen Scheitelerbruch erlitt, soll sich der Große Senat mit der Beschränkung der Schadenshaftung der Arbeitnehmer befassen.

Auch 1987 wird das Bundesarbeitsgericht wieder zahlreiche Grundsatzfragen entscheiden müssen. So wird der 4. Senat am 21. Januar darüber befinden, ob Vorruchstandsleistungen im Rahmen der von den Tarifpartnern vereinbarten Klausel von fünf Prozent der gesamten Arbeitnehmer eines Betriebes nur gewerkschaftlich Organisierten gewährt werden dürfen.

Beratungen über Gatt-Runde vertagt

DW. Genf

Die Vorbereitungen für die neue Welthandelsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) kommen offenbar nur schleppend voran. Vertreter der GATT-Mitgliedsstaaten haben ihre Verhandlungen über den organisatorischen Ablauf der GATT-Runde am Samstag in Genf auf Ende Januar vertagt. Ursprünglich hatten die Beratungen bereits am 19. Dezember abgeschlossen sein sollen.

Streitpunkt war besonders, mit welchem Überwachungssystem garantiert werden kann, daß in Zukunft keine neuen protektionistischen Maßnahmen ergriffen werden. Probleme ergaben sich auch im Zusammenhang mit den traditionellen Konfliktthemen Landwirtschaft und Dienstleistungen. Nach Eindruck aus Konferenzkreisen ist es der Haltung der USA zuzuschreiben, daß es zu keiner Einigung über die weitere Vorgehensweise kam. Eine neue Zusammenkunft der beiden für Waren und Dienstleistungen zuständigen Verhandlungsgruppen ist nach einwöchigen Konsultationen für den 22. Januar vorgesehen. Am 28. Januar tagt das Handelskomitee, das den beiden Ausschüssen übergeordnet ist.

ZF erwartet 1987 kräftiges Wachstum

dpa/WVD, Friedrichshafen

Die Zahnradfabrik Friedrichshafen hat 1986 einen Umsatz von rund 4,2 Mrd. DM erzielt und rechnet auch im kommenden Jahr mit einem kräftigen Wachstum. Dies erklärte Vorstandsmittglied Ernst Braun am Wochenende in einem Rückblick vor rund 1300 Rentnern. Gegenüber dem Vorjahr sei der Umsatz um etwa 200 Mill. DM gesteigert worden. Ferner sei ein Ergebnis erwirtschaftet worden, das die Substanz und die Wettbewerbsfähigkeit des Gesamtunternehmens absichere.

Die ZF sei in den vergangenen Jahren auf Wachstum eingestellt gewesen und habe die Ziele erreicht. Jetzt erfolge eine Stabilisierung der Position auf dem Markt. Zudem solle die Ertragskraft des Unternehmens weiter gesteigert werden. Im Gesamtunternehmen sind derzeit knapp 28 000 Mitarbeiter beschäftigt, 1640 mehr als im Vorjahr. Die Zunahme der Arbeitsplätze ist maßgeblich auf den Aufbau der Fertigung für das USA-Geschäft mit Ford zurückzuführen. ZF wird in den nächsten Jahren 600 000 Getriebe an Ford liefern. Vom Gesamtumsatz der ZF gehen rund drei Mrd. DM in den direkten und indirekten Export.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aalen: Nachl. d. Dorothea Edda Sigrid Andri-Frank Elwangen; Bad Burg: Hans-Joachim Buch, Kaufm.; Hiltner-Hankenberger; Bad Wildungen: Nachl. d. Jonny Tilly Michel geb. Beyer, Gastwirtin; Mandern: Bamberg: Bamberger Schachverlag GmbH; Bochum: Büro-Industrieanlagenbau GmbH; Braunschweig: Lindner GmbH; Brilon: Josef Papehenheim; Duisburg: Bernhard Bange GmbH; Oberhausen: KaWa Baulemente u. Montagen GmbH; Oberhausen II: Esser: JAM POT Marmeladen Vertriebs GmbH; Frankfurt: Büro f. Konstruktion u. Statik-Thomas Werner Ost GmbH; Gießen: Jost Immobilien GmbH u. Co. KG; Jost & Partner KG; Hamburg: OHG J. Fa. Heinrich Hümpel; Hohenheim: Nachl. d. Josef Köster; Idstein: Agentur Jan Thiele; Niederrhausen: Kiek; Dr. Karl Vitz; Ludwigshafen: Firmin Netter GmbH u. Co. KG; Osterstadt: Mühlendorf: Augusta Anna Albina Gielczynski; Altdorf: Neuss: BVI Ges. f. Baufinanzierungen, Versicherungsvermittlungen, Immobilien u. Verwaltungen mbH; Kassel: Oldenburg: KLA-RO-Holzhaus GmbH; Heinrich Rüsse; Kassel: Schütz-Druck GmbH; Osthofen: Beckinghausen; Weiden: Waltryp; Ernst Nowak GmbH & Co. KG; Ernst Nowak GmbH; Regensburg: Gertrud Trampusch; Rierstein: Rendsburg: Nachl. d. Ottilie Hansen geb. Ibe; Rendsburg: Heinrich Gewiehs & Sohn GmbH & Co. KG; Völs: Manfred Gall, Cerdau OT Bohnen; Vergleich beauftragt: Augsburg: Hans Beck; Bad Neuenahr: Inter-CAPITAL Finanzanlagen-Vertriebs-ges. mbH, Bad Breisig.

Damenmode sehr erfolgreich

Italiens Textilindustrie schraubt Exportanteil weiter hoch

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Die italienische Bekleidungsindustrie hat in dem jetzt zu Ende gehenden Jahr noch einmal die Erfolge der vergangenen Jahre angeknüpft, sieht jetzt aber zunehmend die Gefahr einer Trendumkehr im Export auf sich zukommen.

Zunehmend macht sich jetzt der Einfluß bemerkbar, der von der Schwäche des Dollars und des Pfundes ausgeht. Weitere negative Faktoren, die die italienische Bekleidungsindustrie zu spüren bekommt, sind die Verluste im Mittelostmarkt, auf dem das „made in Italy“ eine Zeitlang unumschränkt den Ton angab sowie die feste Haltung der Lira innerhalb des Europäischen Währungssystems.

Nach Schätzungen des Verbandes der italienischen Bekleidungsindustrie in Mailand hat sich der Gesamtumsatz der Branche gegenüber 1985 um 7,3 Prozent auf 13 200 Mrd. Lire erhöht, wobei die Ausfuhr überdurchschnittlich um 13,7 Prozent auf 5600 Mrd. Lire zunahm. Dadurch erhöhte sich der Anteil des Exports am Umsatz, der schon im Vorjahr von 37,2 auf 40,1 Prozent gestiegen war, weiter auf 42,4 Prozent.

Noch stärker erhöhte sich die Einfuhr. Sie stieg um 28,6 Prozent auf 1980.

1280 Mrd. Lire, so daß der Warenüberschuß im Bekleidungsaußenhandel, der in den beiden vorangegangenen Jahren noch um 23 bzw. 15 Prozent gestiegen war, nur noch um zehn Prozent zunahm.

Besonders erfolgreich waren in diesem Jahr die Hersteller von Damenoberbekleidung, die ihre Ausfuhr fast doppelt so stark ausdehnten wie die Kollegen in der Herrenkonfektion. Zum Teil hängt dies damit zusammen, daß die Firmen der Herrenmode in den letzten Jahren den übrigen Bereichen davongelaufen waren und Abnehmer und Lieferanten jetzt eine Konsolidierungspause einzulegen begonnen haben.

Als Hinweis dafür, daß sich hier eine Tendenzwende durchsetzen könnte, gelten dem Verband in diesem Zusammenhang die Aufträge für Frühjahr/Sommer 1987. Sie gingen im Durchschnitt der gesamten Bekleidungsindustrie im Ausland um 2,3 und im Inland um 0,8 Prozent zurück. Im laufenden Jahr verminderte sich die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben mit mindestens 20 Firmenangehörigen (Industriebetriebe) um 6000 oder 3,3 Prozent auf 173 000. Das sind 40 000 Beschäftigte weniger als 1980.

Rentenmarkt freundlicher

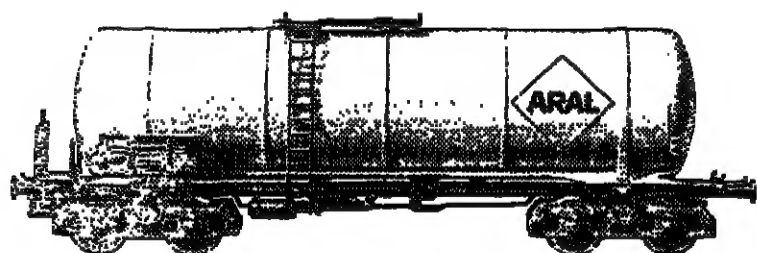
Aufwertungsspekulation lockte Ausländer an

Überraschend hat sich in der letzten Woche am deutschen Rentenmarkt eine etwas freundlichere Tendenz durchgesetzt. Das hing weniger mit dem als „marktfreundlich“ empfundenen Geldmengenziel der Bundesbank für 1987 zusammen als vielmehr mit der etwas intensiver gewordenen Spekulation auf eine Aufwertung der D-Mark im Europäischen Währungs-

system. So wurden einige Ausländer an den Markt gelockt, die sich nicht nur in Bundesanleihen, sondern auch in besser rentierenden Pfandbriefen mit längeren Laufzeiten engagierten. Bei einer Fortsetzung oder Verstärkung derart motivierter Auslandskäufe eröffnen sich Chancen für einen vorübergehenden weiteren Zinsrückgang am Kapitalmarkt. (cd.)

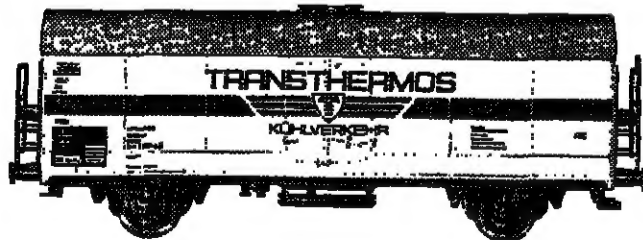
Emissionsen	19.12.86	12.12.86	30.12.85	28.12.84	30.12.83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,96	5,96	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,89	5,94	6,34	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,53	5,51	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,18	6,07	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,63	5,61	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,23	5,21	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,23	6,21	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,62	5,61	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,37	6,36	6,82	7,20	8,08

Über die ganz privaten Seiten der Güterwagen.

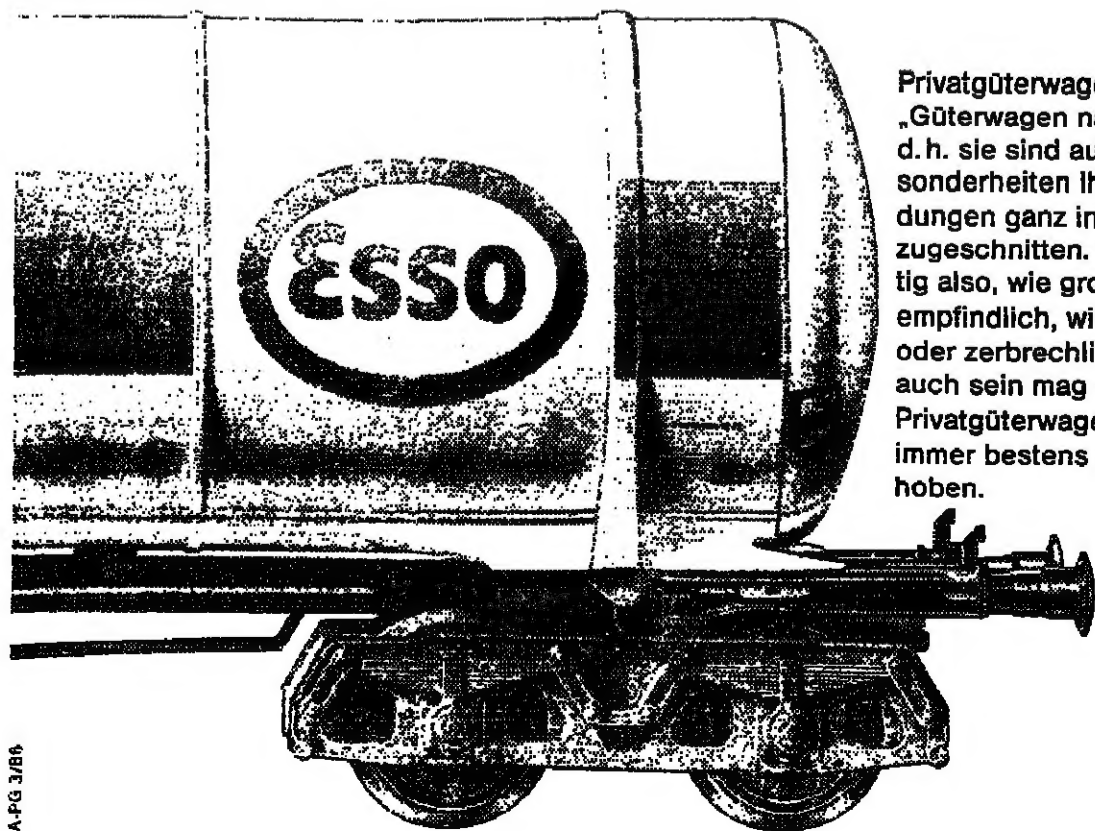


Ein Privatgüterwagen hat ausgesprochen viele schöne Seiten. Da ist zunächst einmal: die ausschließliche Nutzung. Die garantiert, daß Ihnen wirk-

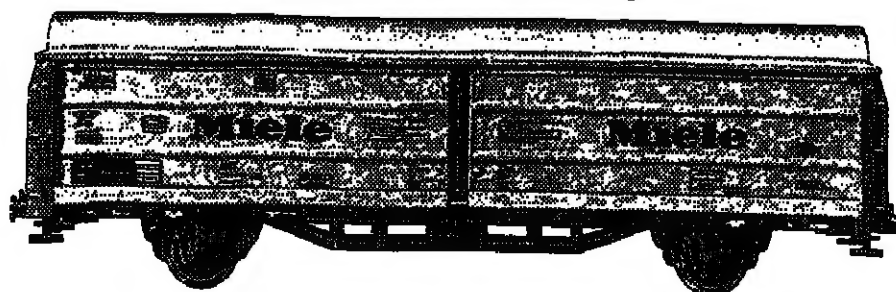
lich jederzeit genügend Laderaum zur Verfügung steht; auch dann, wenn das Wagenangebot der Güterbahn einmal etwas knapper ausfällt.



Privatgüterwagen machen flexibel. Weil sie sich z.B. bequem als zusätzliche Zwischenlager nutzen lassen. Und: Sie helfen Betriebsabläufe zu rationalisieren. Ganz einfach, weil bei ihrem Bau auch besondere örtliche Verhältnisse (z.B. Be- und Entladeanlagen) miteinbeachtet werden können.



Privatgüterwagen sind „Güterwagen nach Maß“, d.h. sie sind auf die Besonderheiten Ihrer Sendungen ganz individuell zugeschnitten. Gleichgültig also, wie groß oder empfindlich, wie schwer oder zerbrechlich Ihr Gut auch sein mag – in einem Privatgüterwagen ist es immer bestens aufgehoben.



Mit einem Privatgüterwagen setzen Sie Ihr Unternehmen bestens ins Bild. Denn Privatgüterwagen sind, wie Sie sehen, auch rein äußerlich auf Ihr Unternehmen perfekt zugeschnitten. Und d.h. kurz gesagt: Sie sind eine schöne, zusätzliche Werbung.

Und zu guter Letzt kommen Sie die vielen guten, schönen Seiten eines Privatgüterwagens keineswegs teuer zu stehen. Ganz im Gegenteil. Denn mit einem Privatgüterwagen sparen Sie nicht nur Standgebühren, sondern auch einiges an Frachten und Nebenkosten.

Ein Privatgüterwagen hat noch viele schöne Seiten. Sprechen Sie doch einfach mal mit dem Kundenberater der DB. Der informiert Sie gern über alles Weitere.

DB Die Bahn

Liga

Sieben Spiele fielen aus

DW, Bonn
Am letzten Spieltag der zweiten Fußball-Bundesliga vor der Winterpause sorgten Regen und Schnee dafür, daß sieben der zehn Spiele nicht stattfinden konnten. Wegen Unspielbarkeit des Platzes wurden gestern die Partien zwischen Osnabrück und Karlsruhe, Wattenscheid und Bielefeld, Oberhausen und Solingen abgesagt. Tags zuvor waren bereits ausgefallen: Ulm - Essen, Kassel - Darmstadt, Stuttgart - Hannover, Braunschweig - Aachen. Der FC St. Pauli bestätigte mit einem 2:1 über Freiburg, daß er der erfolgreichste Aufsteiger im bezahlten deutschen Fußball ist.

DIE ERGEBNISSE

St. Pauli - Freiburg	2:1 (2:0)
Köln - Aschaffenburg	1:1 (1:0)
Salzburger - Saarbrücken	3:3 (2:0)

DIE TABELLE

1. Hannover	30	17	1	2	32	35:5
2. Darmstadt	30	11	5	4	40	27:13
3. Osnabrück	30	11	5	4	34	27:13
4. Aachen	30	11	3	6	27	25:15
5. St. Pauli	21	10	5	6	35	32:17
6. Karlsruhe	30	9	4	7	37	34:22
7. Freiburg	31	8	7	3	29	22:30
8. Stuttgart	30	10	1	9	40	33:21
9. Saarbrücken	31	7	7	7	34	36:21
10. Wattenscheid	30	8	8	6	29	31:20
11. Essen	30	7	5	8	37	38:19
12. Oberhausen	30	8	8	9	29	34:18
13. Ulm	30	6	8	8	35	37:18
14. Solingen	30	8	11	3	32	40:17
15. Köln	31	4	9	8	29	30:17
16. Braunschweig	30	5	9	8	29	25:16
17. Bielefeld	30	4	8	8	29	16:24
18. Aschaffenburg	31	4	9	8	29	17:26
19. Kassel	31	4	8	9	30	35:14
20. Salzburger	21	2	5	14	24	30:8

DIE VORSCHAU

Start nach der Winterpause: 21. 2. 87, 14.30 Uhr: Aschaffenburg - Wattenscheid; 15.30 Uhr: Bielefeld - Braunschweig, Saarbrücken - Osnabrück, Darmstadt - Köln, Karlsruhe - Stuttgart, Aachen - Freiburg, 22. 2. 14.30 Uhr: Salzburger - St. Pauli; 16. Uhr: Essen - Kassel, Solingen - Ulm, Hannover - Oberhausen.

PFERDESPORT

Acatenango Galopper des Jahres

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln
Das Millionen-Publikum vor den Fernsehschirmen spürte am Samstagabend bei der Präsentation des „Galoppers des Jahres“ in der „Sportchau“ des ersten Deutschen Fernsehprogramms (ARD) nichts von der besonders heiklen Situation, in der sich Moderator Adolf Furler (53) befindet.

Acatenango wurde mit der absoluten Mehrheit von 52,6 Prozent der 509 289 Stimmen zum „Galopper des Jahres“ gewählt, 285 142 Stimmen entfielen bei der schon zum 30. Mal durchgeführten Wahl auf den Hengst des Gestüts Fährhof, der diese Abstimmung bereits im letzten Jahr gewonnen hatte. Seine beiden Konkurrenten Lirung (25,8 Prozent/129 884) und Derby-Sieger Philipp (21,6/108 791) hatten keine Chance.

Mitveranstalter der Wahl ist neben dem Westdeutschen Rundfunk das Kölner Direktorium für Vollblut und Rennen, dessen ranghöchster Angestellter, Hans-Heinrich von Loeper, heute nachmittags um 14.30 Uhr die Anlage gegen Furlers Tochter Vicky (23) vor dem Renngericht des Verbandes in Köln vertritt.

In erster Instanz war Vicky Furler wegen vorsätzlicher Nichtwahrnehmung der Gewinnchancen auf dem Wallach Karat bei einem Rennen in Frankfurt vom Ordnungsausschuss zu zehn Monaten Reibverbot verurteilt worden, auch damals fungierte von Loeper als Anklagevertreter. Während der Sendung hielt sich Loeper hinter den Kameraapparat, zahlreiche Mitarbeiter seines Hauses saßen als Zuschauer im Studio, schließlich wurde dort ihre Kollegin Regina Molenda (26) als neue Championesse von Furler präsentiert. Sie arbeitet in der Zuchtabteilung des Verbandes - und ist Nachfolgerin Vicky Furlers als Amateur-Meisterin.

Hinter den Kulissen war angeblich auch darüber diskutiert worden, Ad Furler in Anbetracht der besonderen Situation diese Sendung nicht moderieren zu lassen. Beim anschließenden Abendessen in Köln, zu dem Acatenango Züchter und Besitzer Walter-Johann Jacobs (79) eingeladen hatte, war Furler nicht mehr dabei.

Trainer Heinz Jentsch (66) verkindete in der Sendung, daß Acatenango 1987 erstmals in den King George VI. and Queen Elizabeth Stakes von Ascot antreten soll. In dieser Saison hat sich Jentsch, der in dieser Saison zum 26. Mal Trainer-Champion wurde, meist skeptisch geäußert, wenn es um mögliche Auslandsstarts von Acatenango ging.

Die 14köpfige Journalisten-Jury eines Fachblattes wählte überraschend erstmals auch nicht ihn, sondern Philippos Betreuer Hartmut Stegweitz zum Trainer des Jahres 1986 - trotz der überragenden Erfolge eines Acatenango.

SKI ALPIN / Exklusiv für Deutschland in der WELT: Weltcup der Marken - Bittners Sensationssieg

Die Stars und ihre Ski: Teurer Wettlauf um die schnellsten Bretter

Der Verlierer eines Skirennens wird interviewt. „Woran hat's denn gelegen?“ fragt der Fernsehreporter. Eine der häufigsten Antworten verblüfft niemanden mehr. Natürlich, die Ski sollen wieder einmal schuld gewesen sein. Ist der Einfluß des Sportgerätes auf Sieg und Niederlage wirklich so groß? Markus Wasmeier sagt in einem Interview mit dem „Spiegel“: „Es ist bei uns ungefähr so wie in der Formel 1. Der Fahrer mit den größten Siegchancen erhält auch das beste Material.“ Um eines gleich deutlich zu machen: Der Läufer entscheidet selbst, das Material ist oft nur Ausrede. Aber es ist wichtig, denn je. Die Firmen wenden viel Geld auf, um zu tüfteln und zu testen. Was am Ende die Stars ins Tal trägt, soll schließlich auch dem Hobbyläufer mehr Spaß bringen.

Die WELT beginnt heute in Zusammenarbeit mit „Die Presse“ (Österreich) und „Dolomiten“ (Italien) als einzige Zeitung in Deutschland einen besonderen Service: den Weltcup der Skimarken. Die erste Tabelle finden Sie am Fuß dieser Seite. Wirtschaft und Sport sind nicht mehr zu trennen. Michael D. Pfeffer, Mitarbeiter des Monatsblattes „Ski“, beschreibt den Aufwand, den die Ski-Hersteller betreiben und der am Ende auch den Freizeitsportlern zugute kommt. Für den großen Favoriten des Weltcup-Winters, Marc Girardelli, scheint die Saison bereits beendet. Er mußte ein Rennen mit ausgekugelterm Arm beenden (Foto ganz rechts), Superstar bei den Frauen bleibt offensichtlich Maria Walliser (Foto: Jubel nach dem Sieg im Riesenslalom von Val Zoldano).

Von MICHAEL D. PFEFFER

Den Zusatz „Zirkus“ haben die Skifahrer für ihre Saison längst von der Formel Eins übernommen. Auch sonst geht es hinter den Wintersport-Kulissen so turbulent zu wie im Motorsport. Vor allem die Ski-Hersteller arbeiten so emsig wie Automobilfirmen in der Formel Eins: Es wird geforscht, getüftelt und ständig neues Material ausprobiert. Über Sieg und Niederlage aber entscheiden letztlich die Läufer selbst.

Einmal kurz die Idealhöhe verlesen - das kann Zehntelsekunden kosten. Selbst ein gestreckter Arm bewirkt bereits kleine Zeitverluste. Andererseits haben Tests bewiesen, daß Konstruktion, Belag und Belagstruktur einen Ski erheblich schneller oder langsamer machen können. Deshalb scheuen die Firmen keine Kosten, um ihre Athleten möglichst auf die schnellsten Ski zu stellen.

Die Zahlen sprechen für sich: Die Firma Kästle gibt ihren jährlichen Aufwand für Skiforschung und Entwicklung mit 1,2 Millionen Mark an. Fischer ist mit rund einer Million Mark dabei. Und Blizzard hat dafür seit 1970 über 20 Millionen Mark ausgegeben.

Zudem besitzen alle großen Firmen bauseigene Teststrecken. Atomic hat einen Hang in der Nähe von Schladming. Dort testen vier Fahrer den ganzen Winter über neue Abfahrtski. Auch Kästle schickt vier rennerfähige Läufer auf seine Testpiste in Schüttnann (Hohenems). Und für Fischer sind auf der Taubitzalm sogar acht festangestellte Hobbyrennläufer beschäftigt. Blizzard läßt vier Testfahrer auf der Gerlosplatte experimentieren und ordert zusätzlich seine im Weltcup vertretenen Top-Athleten bis zu 20 Tagen pro Winter zu Testzwecken auf die Gerlosplatte. Zwischen Weihnachten und Neujahr werden bereits erste vergleichende Tests durchgeführt: Die bis dahin im Weltcup eingesetzten Bretter werden mit den frisch getesteten neuen Modellen verglichen.

Grundsätzlich testen die Firmen zwei Grundeigenschaften ihrer Skimodelle: das Gleit- und das Kurvenverhalten. Dabei werden die Kurvenverhältnisse von allen Firmen auf den Weltcup-Abfahrtsstrecken durchgeführt. Weil das Kurvenverhalten der Abfahrtski wichtiger ist als seine Gleit-

eigenschaften. Zwei Drittel eines Rennens entfallen auf die Kurvenfahrt, sagt der Entwicklungschef von Kästle, Rudolf Hirnböck.

Wichtigster Faktor ist die Bauweise eines Abfahrtskis. Und die unterscheidet sich bei den einzelnen Firmen in entscheidenden Details. Auch wenn Stefan Schwab, der deutsche Rennleiter von Atomic, sagt: „Bei uns gibt es keinerlei Spezialanfertigungen für den Weltcup, sondern unsere Asse fahren genau den Abfahrtski, den sich jeder über den Handel bestellen kann.“ Das behauptet auch Kurt Olschnöcker, Chefkonstrukteur von Blizzard: „Unsere Abfahrtski sind von der Konstruktion her grundsätzlich gleich.“ Grundsätzlich gleich - das heißt: Für den Weltcup-Fahrer werden individuelle Veränderungen an der Seitenform und der Kantendruckverteilung vorgenommen.

Bei Fischer heißen die Konstruktionsvariablen dann Verdrehsprung, Vorspannungsverteilung und Biegeelastizität. Was so wissenschaftlich kompliziert klingt, faßt Fischers Rennschef Jochen Strol so zusammen: „Bei uns hat jeder Spitzenfahrer seine eigenen Ski. Die von Wasmeier sind anders als die von Wildgruber.“

Kästle bestätigt: „Wir bauen spezielle Ski für bestimmte Läufer. Das richtet sich nicht nur nach Größe und Gewicht des Läufers, sondern auch nach dem persönlichen Fahrstil. Unsere Topleute Leonard Stock und Pirmin Zurbriggen führen den Ski zum Beispiel völlig unterschiedlich.“

Besonders eindrucksvoll sind die Zahlen bei den Allroundfahrern. Markus Wasmeier erhält von Fischer als Grundausrüstung für die Saison 16 Top-Rennski. Dazu kommen Trainings- und Ersatz für verschiedene Weltcup-Modelle. Im einzelnen besteht Wasmeiers Reisegepäck aus 26 Paar Ski: zehn für die Abfahrt, sechs für den Super-G, sechs für den Riesenslalom und vier für den Slalom.

Der Schweizer Weltcup-Sieger Pirmin Zurbriggen hat sogar immer mindestens zwölf Abfahrtski und ebenso viele Bretter für den Super-G. Kästle dabei. Den Vogel aber schießt Mark Girardelli ab. Er erhält von Atomic pro Saison etwa 100 Paar Ski. Girardelli fährt, wenn er gesund ist, nicht nur alle vier Disziplinen, sondern verschleißt auch viel.

Für den Lisen nicht gerade einseitig, daß die Fahrer so viele Ski mitnehmen, wenn - wie von einigen Fir-

men behauptet wird - die Grundkonstruktion identisch ist. Hier hilft der Vergleich mit der Formel Eins: Auch der schnellste Turbo-Bolid hat keine Chance, wenn er mit den falschen Reifen fährt. Was für die Reifen die Gummimischung ist, bei den Abfahrern die Belagmischung. Und was dem Reifen das Profil, ist dem Skibelag die Struktur.

Und noch eine Parallele zur Formel Eins: Die Laufflächen der Ski stammen überwiegend von Zulieferfirmen. Dabei haben sich die Ski-Hersteller ihre bevorzugten Belagmischungen in Exklusiv-Verträgen gesichert. Nur Fischer leistet sich ein eigenes Labor, in dem ein Chemiker ständig neue Belagvarianten testet.

Die meisten Firmen verwenden drei, manche vier Grundtypen. Bei Blizzard sind dies:

1. ein Universalbelag, mit dem auch die Rennski der Serienproduktion ausgestattet sind;
2. ein Belag für trockene Pisten, also kalte Temperaturen;
3. ein Belag für feuchte Pisten, also warme Temperaturen;
4. das allerneueste: ein Graphitbelag, der sich nach dem bisherigen Stand der Erkenntnisse eher für warmen Altschnee eignet.

So unterschiedlich die Beläge, so unterschiedlich ist ihre Struktur. Es gibt drei Grundschliffe: grob gerade, fein gerade und versetzt. Diese Strukturen können beliebig variiert werden. Mit einer einzigen Schleifmaschine sind 17 verschiedene Strukturen zu erzielen. Die meisten Schliffe sind so fein, daß sie mit dem bloßen Auge gar nicht sichtbar sind.

Die Rennläufer, auch die meisten Stars, wissen nur wenig von diesen Tüfteleien mit Belägen und Strukturen. Deshalb ist der wichtigste Mann im Hintergrund für die Abfahrtsläufer während der Saison nicht der Trainer, sondern der Servicemann. Er wählt die Beläge aus, kümmert sich um die Schliffe und wachst.

Ein Rennläufer ist allein gar nichts. Ohne den Servicemann hat er keine Chance, vom mitzufahren“, sagt Stefan Schwab von Atomic, das sich den Einsatz eines Servicemanns jährlich rund 100 000 Mark kosten läßt. Ein Servicemann aber kann dreie im Weltcup kaum mehr als drei Fahrer betreuen. Leute wie Wasmeier, Zurbriggen oder Girardelli benötigen sogar einen eigenen.



Trainer wußte es: Er wird Weltklasse

sid, Hinterstoder

Sieben Jahre lang mußte der Deutsche Ski-Verband (DSV) auf einen Slalom-Sieg warten. Seit Christa Neureuther triumphiert 1979 in Kitzbühel stand kein DSV-Läufer mehr auf dem Siegestreppchen eines großen internationalen Rennens. Jetzt stellte Armin Bittner aus Krün bei Mittenwald mit seinem Triumph im österreichischen Hinterstoder die Slalom-Welt auf den Kopf.

In 1:50,14 gewann der 23jährige Zeitsoldat den vierten Weltcup-Slalom dieser Saison souverän vor dem Jugoslawen Bojan Križaj (1:50,94) und dem Italiener Oswald Tötsch (1:51,10). Der Sontholzer Frank Wörndl machte als Fünfter in 1:51,98 den deutschen Triumph perfekt.

„Ich kann es gar nicht fassen“, sagte Bittner, der nach dem ersten Durchgang noch Dritter mit 33 hundertstel Sekunden Rückstand auf den führenden Bojan Križaj gewesen war. Mit der zweitbesten Laufzeit im zweiten Durchgang (54,43) hinter dem Italiener Oswald Tötsch (53,94) aber bewies der 1,84 Meter große und 79 Kilo schwere Unteroffizier bei Schneetreiben auf dem steilen Hang im Stoder-Tal eisernen Nerven und distanzierte den 29jährigen Jugoslawen (55,55) um über eine Sekunde - Welten in einer Sportart, die sonst nach Hundertstelsekunden zählt.

Als Armin Bittner die Sensation vor 10 000 enttäuschten österreichischen Zuschauern im Zielraum erkannte, reckte er beide Fausts immer wieder im Triumph empor und vergaß vor lauter Freude, seine Ski abzustellen. Als erster gratulierte sein Team-Gefährte Frank Wörndl. Selbst Riesenslalom-Weltmeister Markus Wasmeier, im ersten Lauf nach zweitbestem Zwischenzeit gescheitert, vollführte einen Freudentanz. „Mein Saisonziel war nur ein Platz in der ersten Startgruppe“, sagte Bittner.

DSV-Cheftrainer Klaus Mayr hatte schon vor dem Triumph prophezeit: „Der wird Weltklasse, da bin ich sicher.“ Vor einem Jahr, als die ruhige Abenteurerin der 2000-Seelen-Gebeirde Krün bei seiner Weltcup-Premiere ausstieg, wollte Bittner „das

Skifahren noch frustriert aufgeben.“ Ein Marken-Wechsel allerdings beendete die Krise. Der B-Kader-Läufer fuhr mit Platz zwölf im schwedischen Åre erstmals in die Punkteränge und ließ in dieser Saison schon in Strieberg und Madonna di Campiglio mit den Rängen elf und sieben aufhorchen.

Bereits im Training vor der Weltmeisterschafts-Saison 1986/87 fuhr der 22jährige, der den Schweden Ingemar Stenmark als Vorbild nennt, den Team-Kollegen auf und davon. „Ich weiß, was ich kann“, sagte Bittner. Während er im ersten Durchgang von Hinterstoder noch zurückhaltend fuhr, im Steilstück des mit 89 Toren längsten Slaloms dieser Saison nicht alles riskierte, setzte er im zweiten Lauf alles auf eine Karte und gewann. Sein Disziplin-Trainer Rainer Gattermann: „Seine Stärke sind harte, elstige Hänge, seine starken Nerven und vor allem sein Finish.“

Auch im Gesamt-Weltcup präsentiert sich nach Hinterstoder an der Spitze ein neues Gesicht. Der Italiener Richard Pramotton, zweimaliger Riesenslalom-Sieger dieser Saison und Sechster in Hinterstoder, ging mit 118 Punkten vor dem Schweizer Doppel-Weltmeister Pirmin Zurbriggen (112) in Führung. Riesenslalom-Weltmeister Markus Wasmeier liegt mit acht Punkten Rückstand auf Rang drei. Keine Rolle mehr im Kampf um den Gesamt-Weltcup spielt Pokal-Verteidiger Marc Girardelli, der nach einer Schulterverletzung für den Rest der Saison außer Gefecht schien, trotzdem in Hinterstoder überraschend antrat, aber gerade noch 22. wurde.

Die anderen Sieger der letzten Punktejagd im alten Jahr waren Bojan Križaj, den am Samstag 30 000 freudetrunkene jugoslawische Zuschauer als Sieger des dritten Slalomslaloms in Kranjska Gora vor Landsmann Rok Petrovic feierten, Erika Hess mit dem 21. Slalom-Triumph ihrer Karriere und ihre Schweizer Teamkameradin Maria Walliser, die nach dem 13. Weltcup-Sieg mit 110 Punkten wieder die Spitze der Gesamtwertung übernahm.

SKI NORDISCH / Überraschungen im Langlauf und im Biathlon

Gunde Svan zum ersten Mal besiegt Unbekannter Westling vor den Stars

sid, Davos/Oberstauern

Für den einen war es die erste und unerwartete Niederlage dieser Saison. Für den anderen der überraschende Erfolg einer jungen Laufbahn: In Davos unterlag der Schwede Gunde Svan beim dritten Weltcup-Skilanglauf und für den Landsmann Roger Westling wurde mit seinem ersten Sieg im Biathlon-Weltcup ein Traum wahr. Die Aktiven des Deutschen Ski-Verbandes blieben nur Staffeln im internationalen Feld.

Skilanglauf: Von 380 Rennen hat er in seiner Laufbahn bisher über 300 gewonnen, so haben die Statistiker ausgerechnet. Im dritten Weltcup-Skilanglauf des neuen Winters mußte sich Schweden Top-Sportler Gunde Svan (24) nach seinem Skating-Siegen von Ramsau und Cogne beim ersten Klassiker über 30 Kilometer in Davos als Vierter geschlagen geben.

Doch mit Thomas Eriksson (1:30:00,7) sprang ein anderer Schwede ein und gewann vor Waldmirm Smirnov (1:30:01,7) aus der UdSSR, der auch im Gesamt-Weltcup hinter Svan (63) mit 43 Punkten Zweiter ist. Smirnov war der einzige, der verhindern, daß der Weltcup in Davos zu schwedischen Meisterschaften wurde. Im Feld der 130 Läufer aus 20 Ländern standen dennoch sieben Schweden unter den ersten 15. Mit fast vier Minuten Rückstand auf den Sieger war der Willinger Jochen Behle (1:33:59,4) erstmals in diesem Win-

ter bester Teilnehmer des Deutschen Ski-Verbandes. Noch vor dem Münchner Stefan Dotzler (54.) kamen die jungen Robert Anzenberger (35.) aus Wall und Walter Kuß (47.) aus Brend ins Ziel.

Anders bei den Damen: Hier dominierten die Norwegerinnen, die in Cogne/Italien über 20 Kilometer in der freien Technik durch Grete Nylund (58:39,3) und Marianne Dahlmo (58:44,3) einen Doppelsieg feierten und in umgekehrter Reihenfolge die Gesamtwertung anführten. Läuferinnen des Deutschen Ski-Verbandes waren nicht am Start.

Biathlon: Ohne ihren nach der Doping-Affäre gesperrten Siegläufer Peter Angerer waren die Biathleten des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) beim Weltcup-Auftakt im österreichischen Oberstauern nur Mitläufer.

Zwei Tage nach dem Sieg von Weltmeister Waleri Medwetsew aus der UdSSR über 20 km gab es beim 10-km-Sprint einen Überraschungserfolg durch den bisher kaum in Erscheinung getretenen Schweden Roger Westling (36:19,7) vor Frank Peter Rötsch (36:32,1, DDR*) und Franz Schuler (36:43,2) aus Österreich.

„Den Namen Westling habe ich noch nie gehört“, meinte der Ruhpolder Routinier Fritz Fischer, der mit einer hohen Startnummer ins Rennen ging und von einem einsetzenden Schneesturm gebremst wurde. Einen Rang hinter Medwetsew

war auf den Schlußläufer nach 37:13,1 Minuten und einer Strafrunde dennoch Verlaß. Mit einem Superlauf und null Schießfehlern konnte er zwar drei Fehlschüsse seines Bruders Georg nicht mehr wettmachen, brachte dennoch die deutsche Vertretung auf den sechsten Platz. Als Achter im Einzel sammelte er seine ersten Weltcup-Punkte.

Im Deutschen Ski-Verband (DSV) ist seit Oberstauern Biathlon keine Männer Sache mehr. Einen glänzenden Einstand feierte Dorina Piper (Lüdenscheid). Sie kam über fünf Kilometer hinter Eva Korpela (Schweden/20:07,2) und der Norwegerin Sanna Grönid (23:28,9) in 25:50,5 Minuten auf einen hervorragenden dritten Platz. Die 16jährige Schülerin war über zehn Kilometer Neunte geworden und liegt nun im Europacup mit 21 Punkten an vierter Stelle.

Zu einem Eklat kam es bei der Premiere des Biathlon-Weltcup in Oberstauern: Josef Puczk, der Dopingarzt des Internationalen Verbandes für Modernen Fünfkampf und Biathlon (UIPMB), reiste erst am Freitag an, so daß die vorgeschriebene Dopingkontrolle nach dem 20-km-Rennen am Donnerstag nicht vorgenommen werden konnte. Auch am Samstag verschleifte der Mediziner aus Budapest die Dopingkontrolle. Der Ungar erschien erst im Zielraum, als die ersten 30 Läufer wieder in ihren Quartieren waren.

HANDBALL

Ein neuer Trainer für Gummersbach?

dpa, Gummersbach

Der VfL Gummersbach kommt in die Jahre, und Titelverteidiger TuSEM Essen läuft dem Rekordmeister und erfolgreichsten Handballverein der Welt in der Bundesliga immer mehr den Rang ab. Fast 11 000 Zuschauer waren in der Dortmunder Westfalenhalle begeistert, als Jochen Fraatz zwei Sekunden vor dem Abpfiff einen Siebenmeter zum 18:17 gegen den OSC Dortmund verwandelte und mit seinem achten Treffer Essen den 13. Sieg im 14. Spiel rettete. Einst hatte Gummersbach unter dem Dortmunder Kuppeldach zehn Meisterschaften, Europa- und Supercup-Triumphe gefeiert, nun hat der Nachbar die Nachfolge angetreten. 27,1 Punkte und den zweiten Titel vor Augen: Essen kann geruhsam Weihnachten feiern.

Nur 1500 Zuschauer fanden sich auf den Rängen in der Gummersbacher Moltkestraße ein, um das 22:16 gegen Polnischmeister MTSV Schwabing zu feiern. Platz sieben für den VfL Gummersbach und 14:14 Punkte: Seit der ersten Meisterschaft 1968 waren die Zukunftsaussichten des VfL trotz der besten Saisonvorstellung noch nie so trübe. Und noch nie hielten sich die Gerüchte in Gummersbach so hartnäckig, daß über kurz oder lang ein Trainerwechsel vor der Tür steht.

„Bei jedem anderen Verein wäre der Trainer längst gewechselt worden.“ Mit diesem Satz deutet Torwart Andreas Thiel an, daß das Problem mehr auf der Trainerbank als in der Mannschaft zu suchen ist. Die Ruhe im oberbergischen Land ist spätestens dahin, seit Essen ausgerechnet unter Gummersbacher Ex-Trainer Ivaescu in der letzten Saison den ersten Titel der Vereinsgeschichte holte. Erst Klaus Brand allein, dann sein Bruder Heiner als Assistent, übernahmen den Posten von Ivaescu. Seither führte der Weg ins Mittelfeld.

Daß Altes und bodenständige Gummersbacher Tradition nicht das Beste sein muß, hat Essen bewiesen - und mit dem abgehenden Diplompsychologen Ingi Gunnarsson als Coach einen Schritt in die Zukunft gewagt. Der Erfolg gibt dem Trainer so lange recht, wie er oben steht. Ob das Neue, wie Gunnarsson es mit psychologisch aufgebautem Training vor und nach Spielen versucht, wirklich zum Erfolg führt, davon sind noch nicht einmal Jochen Fraatz („Ich glaube nicht, daß das mehr bringt“), Stefan Hecker oder Thomas Springel überzeugt.

Aber daß in Gummersbach verstummt worden ist, rechtzeitig auf die Zukunft umzustellen, wurde spätestens klar, als der 34jährige Heiner Brand sich wieder zum Spielen überreden ließ. Verletzungen von Netzel, Krokowski oder Fizek haben die Mannschaft nach hinten geworfen. Die Rückkehr von Gerd Rosendahl ist ein weiterer Indiz für einen Schritt zurück statt nach vorn. Und Integrationsprobleme des Isländers Arason belasteten lange die Harmonie im Spiel.

Wenn Gummersbach nicht spätestens im IHF-Pokal-Viertelfinale gegen den SC Magdeburg zwischen dem 10. und 17. Januar „aufwacht“, wäre auch der letzte Strohhalm im internationalen Geschäft wie vom Winde verweht. Der Sieg gegen Schwabing sollte ein neuer Anfang sein.

EISHOCKEY

Ungewißheit um Kühnhackl

sid, Köln

Die geplante Rückkehr des ehemaligen Eishockey-Nationalspielers Erich Kühnhackl in die Bundesliga ist weiterhin ungewiß. Wie die WELT am Samstag berichtete, sind der EV Landshut und der deutsche Meister Kölner EC an einer Verpflichtung des 36jährigen Centers interessiert, den sein derzeitiger Verein, der Schweizer Nationalliga-Klub EHC Olten, ausleihen will. Gestern sprach Kühnhackl mehrere Stunden mit Kölns Präsident Heinz Landen, allerdings ohne endgültige Entscheidung. „Ich bin aber optimistisch“, sagte Landen. „Erich will nach Köln, und wir wollen ihn“. Morgen will der Kölner mit Olten verhandeln. „Dann gibt es entweder ein Ja oder ein Nein.“

Erich Kühnhackl spielte bereits von 1976 bis 1979 bei den Kölnern und war an zwei Titelgewinnen (1977 und 1979) beteiligt. Der Ausnahme-Spieler hatte von den Schweizern die Freigabe erhalten, da sie ihn offenbar nicht mehr bezahlen konnten. Der neue Verein soll das Gehalt, geschätzt 100 000 Mark, übernehmen. „Ich hoffe, wir können uns auf der Mitte treffen“, meinte Landen, ohne Zahlen zu nennen.

Der EV Landshut, der Kühnhackl schon Mitte voriger Woche verpflichtet wollte, um ihn bereits am letzten Freitag im Spiel gegen Köln einzusetzen, hat bereits signalisiert, die Kosten für den Spieler jetzt nicht mehr aufbringen zu können.

FUSSBALL / Lobesworte für die Schiedsrichter

Beckenbauer: Werde zurückhaltender sein

100

Pankraz, Abdallah und das Zuhausebleiben

In einer sehr interessanten Betrachtung über Religionsgespräche der Weltliteratur, die das Dezemberheft der „Akzente“ veröffentlicht, kommt Hans Blumenberg u. a. auf eine Anekdote zu sprechen, die von Mohammed überliefert ist. Dieser predigte während eines Gastmahls seinen Gästen, dass die Dinge doch nicht so weit von der Wahrheit entfernt seien, wie sie sich darstellen. Er erzählte, dass er selbst, der Prophet, nicht anders als ein Mensch sei, der die Dinge so sieht, wie sie sind. Er erzählte, dass er selbst, der Prophet, nicht anders als ein Mensch sei, der die Dinge so sieht, wie sie sind.

Blumenberg kommentiert das leider ziemlich kurzschlüssig. „Selbst die Wahrheit würde nicht rechtfertigen, zu denen zu gehen, die nicht von selbst gekommen sind“, schreibt er. „Warum sollte es nicht solche geben, die sie nicht hören wollen? Sollte man sie belächeln, indem man sein Haus verlässt und ihres heimsucht?“ Das läuft im Grunde auf die etwas fade Höflichkeit des berühmten „small talk“ hinaus. Man spricht auf Partys grundsätzlich nicht über Politik und Religion, um nicht in grundsätzliche Positionen zu geraten, die zum Sich-Schaffern führen und die Gastgeberin in Verlegenheit bringen.

Aber ist denn die Wahrheit eine Angelegenheit von Partys und von „small talk“? Hat sie nicht vielmehr mit Rettung zu tun, mit der Rettung des Einzelnen? Darf derjenige, der sich in ihrem Besitz glaubt, wirklich nicht zur Missionierung aufbrechen? Macht er sich nicht zum Sünder, wenn er einfach zu Hause sitzen bleibt und die anderen im Dunkel der Unwissenheit und der Unerlöstheit verharren lässt?

Die Schöpfer der großen Weltreligionen blieben bekanntlich nicht zu Hause. Christus war ein typischer Wanderprediger, Mohammed gar missionierte mit Feuer und Schwert, und noch der stationäre Buddha unter ihnen, Gautama Buddha, nannte die missionierende Lehre eine „edle Arznei, die alles Leid und alle bösen Dinge herabstößt“. Ungebrochen herrschte das Pathos der aktiven Bekehrung, das dann ja auch gewaltige Veränderungskräfte freigesetzt hat. Ohne religionsstiftende „Hausbesuche“, ohne Heilmission, Kreuzzug und Heiligen Krieg wäre die moderne Welt nie entstanden. Die „Bekehrung“ trieb ganze Völkerschaften auf Wanderung, unterwarf ganze Kontinente einem einheitlichen Willen, schrieb die politische Landkarte alle Jahrhunderte völlig neu.

Auch heute missioniert der Islam erfolgreich in Afrika und Asien, wobei neben das Schwert die überzeugungskraftige Sprache der Omillarden getreten ist, und weltliche Lehren wie der Marxismus-Leninismus zwingen tagtäglich unzählige Menschen zum Besuch von Grundkursen und Agitationsmeetings, auf denen sie sich mit Bekehrungsformeln bereisen lassen müssen. Lediglich dem liberalen Westen ist die Mission verdächtig geworden. Seine Bürger werden schon ängstlich, wenn sie hin und wieder von Zeugen Jehovas herausgekitzelt werden, und seine christlichen „Missio-

nare“ wagen kaum noch, von der Lehre zu kündigen, machen sich lieber als Sanitätshelfer oder Waffenbeschaffer autochthoner Animisten nützlich.

Da drängt es Pankraz wieder einmal zu der Mahnung, man möge die Dinge doch nicht so weit von der Wahrheit entfernt sein, wie sie sich darstellen. Sicherlich ist es eine nicht zu unterschätzende westliche Errungenschaft, daß man einen Anspruch darauf hat, von Proselytenmachern in Ruhe gelassen und nicht selbst zum Proselytenmachen verdonnert zu werden. Dennoch wirkt es ein wenig lächerlich, wenn sich dieselben Leute, die auf religiöse Hausmission fast hysterisch reagieren, via Fernsehen und Illustrierte jeden Tag mit aggressiver Werbung für Markenartikel und mit banalen politischen Wahlkampfphrasen überschütten lassen. Was man sich von Jesus nicht mehr gefallen läßt, läßt man sich von Persil oder F.D.P. allemal gefallen. Dieser Widerspruch offenbart, daß es weniger um Liberalität geht als vielmehr um Gleichgültigkeit. Der Sinn für die Wichtigkeit letzter, religiöser Fragen ist geschwunden.

Er läßt sich freilich nicht wieder schärfen, indem die Inhaber der Lehre zu künden, machen sich lieber als Sanitätshelfer oder Waffenbeschaffer autochthoner Animisten nützlich. Im Gegenteil müssen sie dafür sorgen, daß ihre Häuser einen Glanz ausstrahlen, der andere fasziniert und heranlockt. Das ist ja überhaupt immer die beste Mission gewesen, die andere nicht in deren Haus „beheligt“, sondern sie daraus hervorlockt und ins Haus des Lehrenden zieht. Buddha predigte unter einem Banyanbaum mit mächtig ausgreifendem Geäst, und seine Anhänger fanden sich wie von allein ein. Und auch bei Jesus überwiegt die Rhetorik des „Kommet her zu mir, die ihr mühselig und beladen seid“, sie ist dem „Gehet hin in alle Welt“ eindeutig übergeordnet.

Jesus wird zwar „unterwegs“ geboren, aber der Stall als provisorisches Geburtshaus verwandelt sich sofort in eine Stätte der Begegnung und des Ankommens, in einen Magneten von phänomenaler Anziehungskraft, um den sich Irdische wie Himmlische gruppieren und von dem Könige aus allen Enden der Welt herbeigezogen werden. Dasselbe wiederholt sich in der Kreuzigungsszene: Das Kreuz ist Durchgangstation auf dem Weg zur Erlösung und dennoch unübersehbare Zentral- und Haltepunkt, um den sich abwärts die Völker und Engel gruppieren. Nicht zufällig beschäftigt sich die christliche Bildkunst fast exklusiv mit diesen beiden Anknüpfungspunkten: peripathische Wanderszenen kann man mit der Lupe suchen.

Wie sagte Abdallah ibn Ubai in Blumenbergs Mohammed-Anekdote: „Es gibt nichts Schöneres, als was du da erzählst, wenn es wahr ist... aber bleib zu Hause!“ Als wahrhaft Weiser hätte er hinzufügen können: „Denn das Licht der Wahrheit kann gar nicht zu Hause bleiben, und sofern du wahr sprichst, werden die anderen ohnehin zu dir kommen.“

Pankraz

Opernpremier zum Fest: „Turandot“ in Berlin; „Rigoletto“ in Hamburg

Hier siegt Kandinsky über Maestro Puccini

Vielleicht stand ein Irrtum am Anfang, und die Deutsche Oper Berlin wollte „Wozzeck“ spielen, „Die Rastabilder“ oder eine andere Karglichkeit. Unversehens aber ist dem Hausleiter und Regisseur Götz Friedrich wie seinem Bühnenbildner Peter Sykora Puccinis „Turandot“ daraus geworden. Wir armen Leute!

Friedrich und Sykora „Turandot“ ist von Anfang an ein Spielplan. Sie will keine Puccini-Oper aufkommen lassen – und eine richtige Theater-Inszenierung steckt vorsätzlich den Kopf in den Ascheneimer. Sie durchläßt das an sich doch prunkende, musikalisch dahergleisende Stück wie eine freudlose Gasse. Sykoras Bühnenbild sieht aus, als habe die chinesische Prinzessin Kandinsky „Punkt und Linie zu Fläche“ studiert, ein paar Pinselstriche darauf gemacht und Gebäudeschachteln für die armen, grauen Chinesen errichtet, die fortgesetzt in ihre Mausfächer gepackt oder aus ihnen herausgeprügelt werden.

Turandot erscheint zunächst wie ein Götzenbild unter goldener Maske, diamantenumglänzt, hoch über den Sterblichen. Später, wenn sie die Maske abhebt, steht Linda Kelm da und singt. Sie tut das laut und recht schmerzhaft, sie beachtet jede musikalische Vorschrift, eine Musterschülerin von Prinzessin. Sie singt laut und ist brav! Eine eher behäbige, doch furchtlose Sängerin. Ihre Stimme schafft mühelos und durchdringend alle Strapazen der vertrackten Partie. Aber eine regierende Stimme in Puccinis Opernchina besitzt Linda Kelm nicht. Man zollt ihr Respekt, Bewunderung weniger.

Majestätische Inszenierungshilfen werden ihr überdies strikt verweigert. Wenn es um die triumphierende Schlussapotheose geht und der schwarze Vorhang im Hintergrund sich allmählich hebt, erstirbt kein tausendstimmiges Peking. Der Chor ist hinter eine weiße Leinwand verbannt und singt kaum noch hörbar aus der Ferne herein.

Turandot und ihr Prinz sind von aller Welt alleingelassen, und dies nur, um zu demonstrieren, daß sich in diesem Augenblick, fern allen Prunks, nur zwei schlichte Menschen gefunden haben jenseits allen Prunks, jenseits allen Prinzen- und Prinzessinnentums. Zwei kleine Teppiche, dem chinesischen sozialen Wohnungsbau angemessen, ebnen den Liebenden den auch den Einzug in den Kaiserpalast.

Musikalisch sieht die Sache weit besser aus. Marcus Creed hat die Chöre einstudiert, und die singen herrlich aus vollen Lungen. Aber Jesus Lopez Cobos schenkt ihnen auch nichts. Er läßt „Turandot“ spielen, als wenn sie von A bis Z von Franco Alfano wäre, nur daß Puccini dessen „Turandot“ kein Finale ankomponiert hat.

Lopez Cobos legt sich mächtig ins Zeug. Das Orchester geht schwer gewappnet unter seiner fordernden Hand. Es spielt markig, genau, voller Hingabe. Aber die Originalität der Partitur stäubt nicht auf. Selbst die Commedia dell'arte-Szenen der umtriebigen Minister klingen eher massiv, so sehr sich Peter Maus, William Pell und Barry McDaniel auch um Nuancen bemühen. Sie scheinen aus Sezzian, in dem Bertold Brecht lange regierte, in Puccinis Peking hineinge-

schnitten. Sie räkeln sich in ihren Majestätischen über den geduckten Köpfen der Massen. Ein Spiel trüben sie nicht. Sie übersingen sozusagen die Umhänge.

Nur wenn dann umgebaut ist, wird es auch nicht viel prächtiger. Die dekorative Wirmis leidet durch die Friedrichs Inszenierung eher hindurch als sich wenigstens in der Sängerführung künstlerisch bemerkbar zu machen. Nichts als die herkömmlichen Standardgesten hat Friedrich der Prinzessin und ihrem Prinzen in wochenlangen Proben offenbar abgetrotzt. Wenn gar nicht inszeniert worden wäre am Kaiserhof, es liefe wahrscheinlich auf dasselbe hinaus.

Den höchsten Beifall ersingen sich Ilona Tokody als Liu und Martti Talvela, der die kleine Partie des Timur mit großer Badewürde vorträgt. Die Tokody in der anderen mitleidhei-



Götzenbild unter goldener Maske: Linda Kelm als „Turandot“

FOTO: STORY PRESS

schenen Rolle zeichnet mit intelligenterm Singen das nicht nur gefühlte, sondern offensichtlich auch verstandene Mädchen nach. Talvela wie Tokody sahen sich am Schluss demonstrativ gegenüber den Stars ausgezeichnet.

Dabei besitzt Ermanno Mauro einen kräftigen, sorgfältig kontrollierten Tenor großen Kalibers, der zuverlässig über die Tonfluten klingt, die Lopez Cobos entsetzt. Außerdem versucht Mauro, Stimme und Vortrag gefällig zu halten. Schon das nimmt für ihn ein. Linda Kelm ist auf diese an sich naheliegende Idee dagegen noch nicht gekommen. Auffallend jedoch, wie gelassen, geradlinig und klugschön Peter Gougoloff die Zellen des Kaisers singt.

Am Schluss stand Betroffenheit. Der Überzeugungsjubiläum blieb aus. Als sich Friedrich und Sykora zeigten, versagte dem Publikum sogar die sprichwörtliche chinesische Höflichkeit.

KLAUS GEITEL
Weitere Aufführungen: 22., 26., 29. 12., 1., 5., 8. 1.; Karteninformation: 030/341 44 49

Der Hofnarr, der kein Narr sein wollte

So etwas soll den Hanseaten erst einmal einer nachmachen: eine Opern-Premiere zu lancieren, bei der der erste Regisseur nicht ein einziges Mal in Erscheinung tritt, weil er dem Dirigenten angeblich nicht paßt, der zweite mitsamt seinem Bühnenbildner vom aufgebrachten Star-Bariton ausgebootet wird und der dritte die Uralt-Arbeit eines vierten so unsäglich trübe nachstellt, daß man am besten gar nicht mehr hinsieht.

Ja, es ist vom Hamburger „Rigoletto“ die Rede, jener Krisen-Produktion, die zum musik-theatralischen Höhepunkt einer Staatsoper-Saison hätte werden sollen, die ohnehin durch die Spätfolgen eines Orchesterschießens schon schlimm genug auf konzertante Schmalspur gesetzt gewesen war.

Aber die Proben hatten kaum begonnen, da brach bereits schlimme Kunde aus dem Haus am Dammtor.



Leo Nucci und Lucia Aliberti in der Hamburger „Rigoletto“-Premiere

FOTO: DPA

In dem Rolf Liebermann denkt, aber der Gott des Mißgeschicks lenkt. Leo Nucci, Italiens Bariton-As, wollte sich als Rigoletto um keinen Preis der Welt zum Narren machen und in einen Käfig sperren lassen, in dem Johannes Schaff, der intelligente Salzburger „Capriccio“-Schöpfer, Gilda einzufangen gedachte als Symbol männlicher Besitzansprüche.

Sänger-Revolte also ob eines inszenatorischen Effekts, der Verdis Tragödie eigenwillig herauszuholen gedachte aus dem Dunkelstücken lähmender Theater-Traditionen. Denn, so durfte Schaff dann wenigstens im „Staatsoper-Journal“ argumentieren, unsere Ideen- und Empfindungswelten hätten sich so radikal geändert, daß für das Musiktheater neue Bilder jenseits der verwahrlosten Floskeln gefunden werden müßten.

Ach, je, neue Bilder! Was an diesem schneereigen-verdüsterten Abend in der Hamburger Staatsoper zu Premieren-Höchstpreis präsentiert wurde, war die trostloseste Fassade-Welt, die man je im „Rigoletto“

sah: Ein aus dem Jahr 1979 stammendes Bühnen-Standbild Ezio Frigerios, das man ebenso wie Gilbert Deflos Inszenierungs-Eutwurf wie eine Ladung ausgetrockneter Lebkuchen aus Nürnberg in den Norden gekarrt hatte und das denn auch in jeder Beziehung zu klein geraten war. Da hätten selbst die Meisterlinger von Nürnberg aufgeschrien, hätte man sie in ein derart finsternes und ödes Ambiente verfrachtet, das den Mord an Gilda gar in eine zertrümmerte Fabrikhalle verlegt.

Rigoletto alias Leo Nucci, den Titel-Verteiler, schien der Bühnen-Notstand freilich nicht im Geringsten anzufechten. Die Bravo-Rufe seiner Fans im Ohr, die ihn in öffentlichen Brief-Sendungen zu seinem Triumph über die schlimme Regisseurs-Diktatur beglückwünschten, ließ er, der sich offenbar mit seiner eigenen unvollständigen Bewegungs-Regie für Verdis wahren Sachwalter hielt, stimmlich zu glänzender Form auf. Eingesperrt zwischen die Pole des Feinigers und des Gepeinigten, ließ er die psychischen Qualen, ließ er die Zorn, Rache und Zärtlichkeit des genannten Vaters in imponierenden vokalen Attacken Niederschlag finden, beschwor er Pathos und Grauen in bewegender Deklamation.

Doch was wäre Nucci in dieser heiklen Bühnen-Affäre ohne Giuseppe Sinopoli gewesen, der ihn von Anfang an im Macht-Spiel gestützt hatte, so daß böse Zungen sogar von einer italienischen Mafia sprachen, und der nun vom Orchestergraben aus jene unverwechselbar emotionsgeladenen und höchst subtilen Impulse gab, die dieser Premiere musikalisch denn doch außergewöhnlichen Anstrich gaben. Sinopoli wußte „Rigoletto“ in seinem großartigen Ausmaß an Schrecken und Erhabenheit mit unerbittlicher Präzision und strenger und dramaturgisch schlüssiger Energie aufzuladen, die untergründige Spannung selbst dann noch gewährleistete, wenn ausgesprochen breite Tempi die Szenen beinahe auseinanderreißen drohten.

Dieser resolute und doch so sensible Italiener versteht es, mit feinem Gespür für kammermusikalische Nuancen Stimmen und Instrumentalfarben, die bei anderen im Einheitsbrei untergehen, mit Empfinden herauszupräparieren. Das gab dem Spiel des Philharmonischen Staatsorchesters delikates Profil. Und dürfte außer dem Balsam gewesen sein für eine so bemerkenswerte Sängerin wie Lucia Aliberti, die die Gilda ganz ohne heroischen oder gar weinerlichen Auftritten allein durch die Macht ihrer subtil geführten Stimme und einer anrührenden Empfindsamkeit und Noblesse glaubhaft zu machen verstand.

Als Herzog ihr zur Seite, da der von einem Infekt heimgesuchte Neil Shicoff bei den Proben mit Sinopoli einandergeraten war, weil er offenbar nicht hatte aussagen wollen: der über Nacht aus Chicago herbeitelefonierte Franco Bonisoli. Der nutzte wie erwartet – die Hamburger Verhältnisse zu hartnäckiger Zurschaufstellung seiner selbst und seines Schmelz-Tenors. Musik-Theater, auch das. Bejubelt und leicht um buht.

KLAUS WARNECKE
Weitere Aufführungen: 22., 26., 29. 12., 1., 5. 1.; Karteninformation: 040/35 15 55

JOURNAL

B. K. Tragelehn verläßt Bochums Schauspielhaus

dpa, Bochum
Nach nur fünfmonatiger Tätigkeit als Oberspielleiter des Bochumer Schauspielhauses verläßt B. K. Tragelehn am Jahresende das Theater. Er scheide auf eigenen Wunsch vorzeitig aus, teile ein Sprecher der Bühne mit. Gründe wurden nicht genannt. Der Ostberliner Regisseur, der auch heute noch zeitweise in der „DDR“ arbeitet, hatte in Bochum einen Dreijahresvertrag unterzeichnet, dessen Laufzeit im August begann.

Ist „Römische Kopie“ ein griechisches Original?

dpa, Rom
Ein bislang als römische Kopie betrachtetes zwei Meter hohes Bronzepferd in den Kapitولينischen Museen von Rom ist allem Anschein nach eine griechische Originalarbeit aus dem fünften Jahrhundert vor Christus. Das Pferd war 1849 in einem römischen Haus in der Nähe der Tiber-Insel gefunden worden. Zweifel an der römischen Herkunft des 400 Kilogramm schweren Werkes waren erstmals 1980 aufgekomen, als die Reiterstatue anlässlich einer Ausstellung gereinigt wurde. Dabei hatten Experten den Eindruck, daß die Gußtechnik nicht römisch, sondern griechisch sei. Spätere Analysen des Materials bestätigten diesen Verdacht.

Dortmund zeigt Werke von Kirchner

dpa, Dortmund
Ernst Ludwig Kirchner, Mitbegründer der Dresdner Expressionistengruppe „Brücke“, hat als Ertrag eines fruchtbarsten Künstlerlebens rund 20 000 Zeichnungen hinterlassen. Mit knapp 80 Arbeiten auf Papier, Zeichnungen, Pastellen, Aquellen und einigen Ölbildern stellt das Dortmunder Museum am Ostwall bis zum 15. Februar den Künstler mit seinen wichtigsten Stilwandelungen und Motiven vor. Die zwischen 1909 und der Mitte der 30er Jahre entstandenen Werke sind Leihgaben aus Museen der Bundesrepublik und verschiedenen Privatsammlungen.

Das erste nationale „DDR“-Theaterfestival

dpa, Berlin
Am ersten „Nationalen Theaterfestival“ der „DDR“ vom 24. Januar bis zum 1. Februar werden 28 Bühnen mit 43 Inszenierungen aus allen Sparten beteiligt sein. Davon kommen allen 21 Aufführungen von Ost-Berliner Bühnen, vorwiegend aus dem laufenden Repertoire. Entgegen der ursprünglichen Ankündigung werden Volker Brauns „Nibelungen“, die im Nationaltheater Weimar aufgeführt wurden, wegen technischer Schwierigkeiten nicht in das Festival-Programm aufgenommen, sondern auf April verschoben. Das Festival soll künftig alle zwei Jahre stattfinden.

Braunschweig richtet Filmdatenbank ein

DW, Braunschweig
An der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig entsteht eine Filmdatenbank. Am dem Projekt beteiligen sich zur Zeit vierzig deutsche Hochschulen, Bibliotheken und Archive. Das System will neben Spiel- und Dokumentarfilmen auch Lehrfilme und – im weitesten Sinne – FilmLiteratur erfassen.

Forscher empfehlen Archäologie-Parks

dpa, Köln
Die Einrichtung archäologischer Nationalparks in der Bundesrepublik hat der Verband der Landesarchäologen vorgeschlagen. Bis Mitte Januar 1987 will der Verband, in dem die Chefs der archäologischen Denkmalräte zusammengeschlossen sind, der Kulturbund der Bundesinnenministeriums aus jedem Bundesland ein exemplarisches archäologisches Reservat melden, in dem sich siedlungsge-schichtliche Funde von der Urgeschichte bis zum Mittelalter erhalten haben.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Ein sehr umfangreiches Thema hat sich Alfred Schickel vorgenommen: „Die Deutschen und ihre slawischen Nachbarn“. Diese Materialien zur Ostkunde umfassen aus schließlich das 20. Jahrhundert, doch man kann dem Autor den Vorwurf der Oberflächlichkeit nicht ersparen, denn dieses Thema erschöpfend auf nur 123 Seiten abzuhandeln, war wohl nicht möglich. Im dem Buch sind auch Kurzbiographien von Politikern enthalten, darunter sechs Zeilen über Hitler, die so enden: „... führte nach der Reichserklärung in Feindschaft zur CSSR, Polen und der Sowjetunion. Geboren 1889, gestorben 1945.“ Bo. Alfred Schickel: Die Deutschen und ihre slawischen Nachbarn, Ullstein, 123 S., 12,80 Mark.

Bilder, die zum Nachsinnen einladen: St. Gallen zeigt das Werk Mark Tobey's

Lichtpunkte glitzern in tiefer Nacht

Als 1986 in Bern zum ersten Male in einer großen Ausstellung die abstrakte amerikanische Malerei in ihrer Gesamtheit dem europäischen Publikum vorgestellt wurde, fiel Mark Tobey durch Feinheit und Intimität auf. Darin unterschied er sich von seinen Künstlergenossen. Gegenüber der Vehemenz und den gewalttätigen Effekten etwa eines Jackson Pollock trat Tobey eigentümlich zurück.

Unvergesslich jedoch blieb die Banalität einiger großer Bilder. Dazu sind beispielsweise die „Multiple windows“ zu rechnen. Hier sieht man unzählige Lichtpunkte aus einer tiefen nächtlichen Fläche aufschimmernd, als blicke man aus einem Flugzeug hinunter auf eine abendliche Stadt.

Dies Bild gehört auch jetzt wieder zu den hervorragendsten Stücken in der 80. Ol- und Tempera-Bilder, Gouachen, Aquarelle, Tuschküchen und Zeichnungen umfassenden Ausstellung, mit der die St. Galler Galerie im Erker den großen Maler wieder in unser Bewußtsein zurückholt, aus dem ihn – seit seinem Tode vor zehn Jahren – mancherlei Modisches verdrängt. Das hatte Tobey nicht verdrängt. Denn unter den ungenständlichen Malern der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts nimmt er einen besonderen Platz ein, was die St. Galler Ausstellung jetzt wieder deutlich vor Augen führt.

Die Werke Tobey's sind durch Bewegtheit und Plastizität gekennzeichnet. Indem sie nicht von Dingen „abstrahieren“, sondern ein Geschehen, eine Spannung oder eine Beziehung

anschaulich machen, stellen sie sich dem Betrachter nicht gegenüber, sondern nehmen ihn in ihr Geschehen mit auf. Selbst Bilder, die so besonders gefügig erscheinen, wie die „Weißen Steine“ oder der „Alte Teich“, sind gleichsam nur zur Ruhe gekommene Vorgänge – ein locker gefügtes Daliegen oder ein gestilltes, algendurchwachenes Strömen. Nicht zuletzt kennzeichnet daran, daß es keine zentral bestimmte Bildmitte gibt, sondern daß gleichsam in jedem

Augenblick alles erneut in Bewegung geraten könnte.

Viele dieser Bilder wirken wie Blicke auf ein ständig sich vollziehendes Gewebe, zuweilen größer und dann wieder von unendlicher Zartheit. Dabei kommt einem unwillkürlich Goethes schöner Vers in den Sinn – vom „Weben an der Gottheit lebendigem Kleid“. Man braucht dabei nicht einmal zu wissen, daß dieser Maler ein tiefgründiger Mensch gewesen ist.

Wer sich ganz dem Anspruch der einzelnen Bilder öffnet, erfährt ihre Stimmung unmittelbar, ohne etwa ihre Titel literarisch nehmen zu müssen. Vom „Midsommer“ geht die durchglühende Fülle eines Junitages aus; „Eastern splendour“ verschönert den goldenen Glanz des Ostens; „Western sky“ läßt die windtrüchtige Unruhe eines westlichen Himmels zihen.

Im Grunde – das kann nicht deutlich genug gesagt werden – sind alle diese Bilder meditativ und laden zum Nachsinnen ein. Ohne je Ostasiatisches nachzuahmen, merkt man ihnen doch an, wie viel Tobey an der Begegnung mit Fernöstlichem gelernt hat, wohl wissend, daß seine Kunst im Westen wurzelt und dort beheimatet bleiben mußte. (Bis 28. Februar 1987, Katalog 30 Sfr.) HEINRICH W. PETZET

Beindruckt durch Feinheit und Intimität: „Freu“ (ca. 1951) von Mark Tobey

FOTO: KATALOG

Geklautes und erste Wehen – „Weihnachtstod“ von Kroetz in München

Auf der Suche nach Pension Gerz

Heute kann ich in München machen, was ich will“, sagte Franz Xaver Kroetz neulich im Fernsehen. Dieses Eingeständnis einer absoluten Kunstfreiheit, die ja dem Lande je nach politischem Bedarf auch wieder abgesprochen wird, ließ manche gewis nichts Fröhliches, Gnadenbringendes ahnen für die Uraufführung des neuen Kroetz: „Weihnachtstod“, vom Autor auch Bayerisches Requiem genannt. Zumal offenbar keiner, einschließlich Kroetz, genau vorhersagen kann, wo Bayerns schreibender Geist gerade willens ist zu wehen. Hat er nicht erst neulich zugegeben: „Vor meiner Schreibmaschine graust mir schon zwei Jahre lang?“ Und: „Ich habe das literarische Pferd niedergeworfen, jetzt kommt mir das kalte Kotzen, wenn ich anfangen, über Proleten zu schreiben.“ Aber er meint auch: „Ich bin ein altes Theaterpferd.“

Daß er das wirklich ist, zeigte sich im Werkraum der Münchner Kammerspiele am Ende des anderthalbstündigen Spiels: Beim Verbeugen strahlte er so glücklich, wie es überhaupt nicht zum Trend seiner Gesamtproduktion paßt.

Es geht wieder einmal um das Standardthema „Wohnküchenmief“. Kroetzens sogenanntes Requiem ist ein Volksstück, in dem der arbeitsscheue, computergeschädigte Lohnbuchhalter Erwin beim Schmücken des Christbaums das ganze oppositionelle Lamento-Programm herunterwertet. Der Friede auf Erden wird hier vor allem dadurch gestört, daß Erwin als Weihnachtspresent für seine Frau Anni ein Armband (1256 Mark) gestohlen hat und es nun mit

dem trotzigsten Gefühl eines gerechten Finanzausgleichs überreicht.

Hat man erst den Eindruck, daß zumindest politisch dem Erwin die Sympathie des Autors gehört (Kroetz: „Ich habe es nicht verwunden, mit der Politik aufgehört zu haben“), so belastet er ihn plötzlich auf ein Klingeleichen moralisch auf schwerste. Denn draußen steht, mit dem unausweichlichen Anspruch der biblischen Geschichte, ein obdachloser Türke mit seiner Frau in den ersten Wehen.

Erwin tobt seinen ganzen Ausländerhaß gegen beide aus. Nur der Anni („Mein Mann nix Problem. Ich Chef“) ist zu danken, daß wenigstens das Kind hier zur Welt kommen kann, bevor die Türken wieder rausgekickt werden zur verzweifelten Weite such nach einer „Pension Gerz“. (Der Name kommt im Münchner Telefonbuch nicht vor, behauptet Erwin. Dabei steht er zehnmal drin. Und außerdem ist vielleicht doch „Herz“ gemeint, das richtig aussprechen ja nicht nur Türken zur Weihnachtszeit so schwerfällt.)

Ursprünglich ließ Kroetz die Türken ins Haus zurückholen, was ihm später vielleicht zu happy und nach all den Wutausbrüchen zu verlogen aussah. Jetzt wartet Anni nach ihrem ersten menschenfreundlichen Anfall hämisch darauf, daß sich Erwin, wie im Streit um gestohlene Armbänder versprochen, mit Brennspritzen übergießt und verbrennt. Doch Erwin begnügt sich mit Symbolik: Er zündet, als sei nichts passiert, die erste Kerze am Weihnachtstod in der Gasse.

Für diesen Weihnachtstod ist der ganze Werkraum freigekant. Das Publikum sitzt im Rechteck an den

Wänden. In den Ecken hat Karl Kneidl Wohnzimmer, Küche, Christbaumplatz und Telefonflur angedeutet – Franz Boehm und Enzi Fuchs haben also allerhand zu marschieren und zu rufen, um das Spiel gleichmäßig im Raum zu verteilen.

Die beiden sind ein bayerisches Dialektvergnügen, dank Kroetzens mundwarmer Silbenarbeit und seinem prima rhythmisierten musikalischen Schwung. Manchmal gehen sie aufeinander los wie mit verbalen Maschinengewehren der Bavaria, und es rattert, hämmert oder zielt im Einzelnen auf den anderen: „Schibnalla“, „Moandst“, „Sogst du!“

Wenn Boehm zu seinen virtuosen Ausbrüchen ansetzt über Starfighter und Menschheit, Banken und Arbeitslosigkeit, Dieberei und Freiheit, importiert vielleicht mehr diese losgelassene Sprechwut als der dahergeschimpfte Inhalt. Zumal der einem Nichtbayeren erst übersetzt werden müßte. Auch nimmt das Mephistofische in Boehm oft blitzartig überhand, schmilzt unversehens wieder dahin in Güte oder wird zum forschenden Abwarten. Wo er auch hinspielt, ist was los. Das befördert natürlich die stilisierte Renitenz von Enzi Fuchs, läßt ihre Anni keifen und pantoffelgemäß zern.

Das Türkenpaar (Erdal Merdan, Servet Özdamari) fremdeln durchaus realistisch. Und daß zu allem weihnachtliche Harmonien aus den Recordern erklingen, gibt dem Spiel eine provokierende Schärfe aus dem Kontrast. Die wird wohl Kroetzens Hauptsorge bleiben, was immer er tut.

ARMIN EICHHOLZ

